

# Arbeiter-Zeitung

Sport heute:  
vom Sonntag!

für Schlesien

Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Treibitzer Straße 40, Telefon 464 89. Postfach 544. Redaktion: Breslau 10, Treibitzer Straße 40, Telefon 430 02. Geschäftszeit der Redaktion von 12-13 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion: Oelsig, Sunig 6, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Verlagsort: Hauptverlag Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Postdruck“ AG, Ull. Breslau, Treibitzer Straße 80, Telefon 464 88.

## Brünning — der kommende deutsche Mussolini

### Severing, der getreue Brünning-Knecht, betreibt die Einsetzung eines Direktoriums in Berlin — Oberschlesien auf dem Altar der sowjetfeindlichen Verständigung geopfert — Gesamtliquidation der Belegschaften auf den Erzgruben

„Auf meiner Reise nach Chemnitz habe ich den kenographischen Wortlaut der letzten Finanz- und Wirtschaftsrede Mussolinis gelesen, und ich habe dabei mit einer gewissen Besriedigung festgestellt, daß die Maßnahmen, die Italien ergreift, in sehr starkem Maße den unsrigen ähneln. Mussolini hat Deutschland jetzt selbst als Vorbild hingestellt.“  
Der Systemwechsel wird jetzt in Deutschland vollzogen.“

Brünning in seiner Rede vor den sächsischen Industriellen am 23. Januar.

Wir haben bereits begriffen, daß mit dem Namen Brünning ein Systemwechsel in Deutschland verbunden ist, nur die sozialdemokratischen Führer wollen davon nichts gemerkt haben; wenigstens erzählen sie es ihren Mitglieberten. Woher hat es sich herausgestellt, daß sich nichts geändert hat, daß vielmehr Brünning der „Garnant der Demokratie“ ist, das „kleinere Uebel“ gegenüber Eugen-Berg-Hilfer.

Es ist zufällig, daß der „Vorwärts“ in seinem Bericht über die Rede Brünnings den Satz über den Systemwechsel unterschlägt? Natürlich nicht. Es könnte ja sonst doch einem Leser auffallen, daß die Braun und Severing bei diesem Systemwechsel aktiv beteiligt sind. Das muß mit allen Mitteln verhüllt werden, denn der Klassenmarsch der Proleten aus ihren Reihen ist sowieso schon groß genug.

Wenn wir noch eines Argumentes bedürft hätten, um die Rolle der Brünning-Regierung als die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur zu kennzeichnen, Herr Brünning hat es in Chemnitz geliefert. Die Berufung auf Mussolini, der in der Regierungspolitik Brünnings sein Vorbild sieht, ist doch so deutlich, daß jetzt sozialdemokratische Arbeiter, aber auch nationalsozialistische, begreifen müssen, wohin die Reise geht.

Eine der Hauptprioritäten, den faschistischen Charakter der Politik Brünnings zu durchschauen, ist für viele Arbeiter die Tatsache, daß Hilfer und Fried noch nicht in der Reichsregierung sitzen, und die Zentrumspartei als „gemäßigte republikanische Mittelpartei“ von der SPD, der Arbeitervereine gegenüber deklariert wird.

In Wirklichkeit ist das Zentrum eine reaktionäre Partei, deren Weltanschauung im tiefsten Mittelalter steckt und die sich heute „links“ und morgen rechts gebärden kann, je nachdem, wie die Zeitläufte sind. So kann man z. B. in der letzten Zeit beobachten, daß das Verhältnis zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten eine scheinbare Verschärfung erfahren hat.

Aus verschiedenen Gründen hält man es zurzeit im Zentrum für notwendig, sich weiter der Hilfe der Sozialdemokratie zu bedienen und dem Vager Hilfer vorübergehend die Latke Schuster zu zeigen.

Zur Durchführung der Lohnabbauoffensive, in deren zweite Etappe wir hineinkommen, und zur Sicherhaltung der Arbeiterklasse braucht man die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer und Parteipräsidenten.

(Schluß des Artikels dritte Seite erste Beilage)

MGD. erschöpft. Das zeigt auch der Bergarbeiterstreik an der Ruhr und in Oberschlesien, wo die Gewerkschaftsbürokratie den Gewerkschaftsapparat zur Streikbruchzentrale gemacht hat.

Die Konferenz hat die bisherigen Maßnahmen zur Vorbereitung und Auslösung des Streiks im Waldenburger und Neuroder Revier überprüft und beschlossen:

1. Energetische Fortsetzung der Mobilisierungsmaßnahmen mit dem Ziel, auch auf den Gruben mit relativ schwachem Einfluß der MGD Kampfausschüsse unter verstärkter Heranziehung sozialdemokratischer Arbeiter zu wählen.

2. Austrittung der gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter, verstärkte Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front

3. Organisation des Streikzuges mit Hilfe der Erwerbslosen und Frauen.

4. Am Mittwoch dieser Woche Belegschaftsversammlungen aller Gruben.

5. Auftrag an den zentralen vorbereitenden Kampfausschuss, die Entwicklung der Lage und Stimmung genau zu beobachten und im günstigsten Moment die Streiklösung herauszugeben.

### Parteiarbeiter-Konferenz in D. einmütig hinter den BR.-Beschlüssen

Sindenburg, 26. Januar. Auf der gestrigen Parteiarbeiter-Konferenz des ober-schlesischen Bezirkes waren über 150 Funktionäre anwesend. Hervorzuheben ist, daß das Landgebiet auf dieser Konferenz besonders stark vertreten war. Vor Eingang in die Tagesordnung ehrten die Parteiarbeiter die Führer der Revolution, Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, durch Erheben von den Plätzen.

Der Bezirksleiter der Partei, Genosse Selbmann, gab den Bericht von der Sitzung des Plenums des erweiterten Zentralkomitees, referierte über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Im besonderen behandelte er den ober-schlesischen Bergarbeiterstreik und seine Lehren. Hierzu ist von der Konferenz eine Entschlüsselung angenommen worden, die wir in der morgigen Ausgabe unserer Zeitung bringen. Wir werden morgen gleichfalls einen kurzen Bericht aus der dreitägigen Rede des Genossen Selbmann, der sich mit den ober-schlesischen Fragen beschäftigt, bringen. Wir weisen hierbei besonders auf die heutige Veröffentlichung der Rede des Genossen Selbmann hin, die er auf der Sitzung des Plenums des erweiterten BR. gehalten hat. Die Diskussion gab sehr deutlich die volle Einmütigkeit der Partei zur politischen Linie zum Ausdruck. Die Genossen übten an den gemachten Fehlern und Mängeln in der Parteiarbeit härteste Selbstkritik und gelobten diese auf das schnellste abzustellen.

Diese Tagung, getragen von stärkstem revolutionärem Kampfsgeist, wird der großen proletarischen Offensive zur Verhinderung der faschistischen Hungerdiktatur, gegen jeden Pfennig Lohn-, Steuer- und Mietentwurf, für Brot und Arbeit, für ein Sowjetdeutschland einer mächtigen Aufrüstung auch in Oberschlesien verleihen.

Neuer Betriebsräte-Wahltag der MGD.

Für den Gasenbetrieb des Reemtsma-Konzerns in Dresden fand am 26. Januar die erste Betriebsratswahl statt. Die MGD stellte zum erstenmal eine eigene Liste auf. Stimmen erhielten?

MGD	79 und 3 Stige
Reformisten	71 und 2 Stige

Bei der vorjährigen Wahl wurden nur zwei oppositionelle Arbeiter gewählt. Das diesjährige Ergebnis bedeutet also einen Vormarsch der MGD, eine Niederlage der reformistischen Streikbrecherbürokratie.

## Wie der deutsche „Erfolg“ in Genf aussieht

Genf, 25. Januar. Die Tagung des Völkerverbandsrates wurde heute im Eiletempo beendet. In der Oberschlesienfrage kam nach langwierigen Verhandlungen eine „Einigung“ zustande, die nichts anderes als eine Verschleppung der ganzen Frage bedeutet. Der polnischen Regierung wurden keinerlei Verpflichtungen auferlegt.

In dem vom Rat einstimmig angenommenen Bericht des internationalen Ausschusses über die Oberschlesienfrage wird lediglich festgestellt, daß „Verträge gegen die Minderheitenrechte“ vorgekommen seien. Die polnischen Behörden werden sehr schonend behandelt und in keiner Weise direkt verantwortlich gemacht. Ferner heißt es in dem Bericht, der Aufständischenverband sei zwar „von einem Geist befeelt, der nicht geeignet war, die Annäherung zwischen den beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern“, aber es bleibt nur zu wünschen übrig, daß eine Versöhnung dieser beiden Elemente eintraten möge.

Der polnischen Regierung wird lediglich anheimgestellt, dafür zu sorgen, daß kein „besonderes (!) Rand“ zwischen den Behörden und dem Aufständischenverband bestände. Zum Schluß wird Polen aufgefordert, möglichst noch vor der Mittagspause des Völkerverbandsrates über die Lage in Oberschlesien und seine Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Dieser nichtsagende Beschluß bedeutet eine eklatante Niederlage der deutschen Delegation, die ständig unter starkem englisch-französischem Druck stand. Die Verhältnisse in Oberschlesien bleiben wie sie waren. Die deutsche bürgerliche Presse bauscht den nebelhaften und beliebig deutbaren Genfer Beschluß als einen deutschen „Erfolg“ auf, wovon nicht im geringsten die Rede sein kann. Auf diese Weise wird das offizielle Deutschland auf Kosten der verratenen deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien eine Zeitlang chauvinistische Siegesfanfaren anstimmen.

### Vor dem Schiedspruch im niederschlesischen Bergbau

## Die MGD organisiert unermüdlich

### Die Gewerkschaftsbürokratie spekuliert auf eine Verbindlichkeitsklärung. Ende dieser Woche finden die entscheidenden Belegschaftsversammlungen statt

Waldenburg, 26. Januar. Die Gewerkschaftsbürokratie ist Hand in Hand mit dem Schlichter eifrig am Werk, den Lohnraub an den niederschlesischen Bergarbeitern noch vor dem 1. Februar unter Dach zu bringen. Die Schlichtungsverhandlungen am 23. Januar scheiterten, da die Hoffmann eine Verbindlichkeitsklärung haben wollen, um sagen zu können: „Wir sind vergewaltigt worden.“ Für Mittwoch, den 28. Januar, ist die Fortsetzung der Schlichtungsverhandlungen festgesetzt.

Währenddessen die Gewerkschaftsbürokratie feilscht und ketzerische Kampfmaßnahmen unternimmt, mobilisiert die MGD unermüdlich. Am gestrigen Sonntag fand in Weißstein eine Schlichter-Konferenz statt, die nach einem Referat des Genossen Funk aus Essen in einer ausführlichen Diskussion zu der Lage im Revier Stellung nahm und folgenden Beschluß faßte:

Die Schlichter-Konferenz am Sonntag, dem 25. Januar, in Weißstein stellt (nach wie vor) fest, daß der geplante Lohnraub bzw. Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich nur mit dem Mittel des Streiks erfolgreich abgewehrt werden kann. Die Gewerkschaftsbürokratie lehnt den Lohnabbau nur zum Schein ab und speku-

liert auf eine Verbindlichkeitsklärung eines Lohnraubspruchs. Diese Tatsache geht eindeutig daraus hervor, daß die Gewerkschaftsbürokratie bisher keinerlei Kampfmaßnahmen getroffen hat und ihre „Tätigkeit“ sich ausschließlich in einer unverdächtigten Fege gegen die

## Das Rote Berlin unter Geverings Anute

Berlin, 26. Januar. Am Sonnabend berichteten Berliner Blätter, daß die Verlegung eines Direktoriums auf Betreiben Geverings unmittelbar bevorsteht. Der Berliner Magistrat bestritt zunächst diese Meldung. Jedoch wird von informierter Seite bestätigt, daß in der Tat der Bürgermeister G e v e r i n g sich in einer Sitzung der „Deputierten“ für das Gutachten der Stadt Berlin über den Gesetzentwurf zur Umgestaltung der „Stadtschulverwaltung“ dahingehend geäußert hat, daß ein „Kollegium“ oder „Direktorium“ eingesetzt wird.

Es ist letzten Endes nur ein Streit um Worte, wenn Scholz hier etwas bemerkt. Tatsache ist, daß Gevering auf eine Entscheidung in der Richtung der Diktatur drängt. Am Montag tritt bereits der Gemeindevorstand des Preussischen Landtages zusammen. Es ist davon die Rede, daß Gevering das neue Gesetz durch Notverordnung einführen will, wenn seine Annahme im Preussischen Landtag sich verzögert oder als unmöglich herausstellen sollte.



# Unser die Betriebe!

## Der Kampf um rote Betriebsräte

Ist es ein Zufall, daß die Flamme des proletarischen Widerstandes im Ruhrgebiet und in Oberschlesien ausbrach? Ist es ein Zufall, daß die ersten mächtigen revolutionären Streiks seit 1 1/2 Jahren Lohnraub in den Gebieten und Betrieben ausbrachen, wo die roten Einheitsfronten bei den Betriebsrätewahlen die größten Erfolge hatten? Ist es ein Zufall, daß die Gruben mit roten Betriebsräten sich am besten in den Streiks der ersten Januarwoche geschlagen haben?

Katzenbisch ist das kein Zufall. Das ist vielmehr die erste Frucht der Revolution, die die Revolutionäre gegen die Kapitalopposition bei den Betriebsrätewahlen der letzten Jahre ausgeübt hat. Das ist die erste Erfüllung des Versprechens, das die KPD und die kommunistische Partei der Arbeiterklasse bei der Wahl der Betriebsräte gegeben hat.

Schritt aus euren Betrieben rote Burgen — haben wir der Arbeiterklasse bei den Betriebsrätewahlen gesagt. Schritt durch rote Wahlen die organisatorischen Stützpunkte für die proletarische Gegenoffensive — war unsere Parole. Und wir haben trotz des wütenden Widerstandes des gesamten Ausbeuterpacks und seiner Lakaien den ersten Schritt gemacht, das erste Beispiel statuiert, den ersten Schlag gegen das Kapital gewagt.

Hunderttausend Arbeiter verließen in der ersten Januarwoche die Betriebe auf den Ruf der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der roten Betriebsräte. Wir wissen: das ist nur der Anfang. Aber was für ein bedeutungsvoller, von mehr großer Entscheidung. Wir haben der staunenden Welt gezeigt, daß die deutsche Arbeiterbewegung im Erwachen ist, daß Millionen deutscher Arbeiter sich zum Widerstand und Angriff erheben, daß der an dem schmutzigen Karren der kapitalistischen Ausbeutung gespannte Gewerkschaftsapparat seine ausreichende Gewähr für die Niederhaltung der Arbeitermassen mehr ist.

Hunderttausend revolutionäre Streikämpfer — das ist nur ein Anfang. Wir sagen bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen den deutschen Arbeitern: schafft euch die Organe des proletarischen Widerstandes, schafft euch die Organe des Ausweges aus der Katastrophe, in die das Kapital das werktätige deutsche Volk hineingebracht hat. Wir zeigen auf den Selbstkampf an der Ruhr und rufen der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu:

Setzt die rote Fahne des Sieges auf jede Grube, auf jeden Betrieb!

★

Wie schaffen wir einen Damm gegen den Faschismus? Diese Frage bohrt im Kopfe jedes Klassenbewußten Arbeiters. ohne Unterschied des Parteibuches, das er in seiner Brusttasche hat. Wie verjagen wir die Nordbanden Hitlers von den Straßen der Arbeiterstädte? Was ist zu tun, um zu verhindern, daß die Hitlerische braune Pest in den Reihen der Arbeitermassen Fuß faßt? Das sind die Fragen, die jetzt die proletarische Öffentlichkeit bewegen. „Die Tatsache, daß der Lohnabbau von den Gewerkschaften kampflos hingenommen wird, schafft die Voraussetzungen zur leichteren Bildung faschistischer Zellen in der Arbeiterschaft selbst.“ schrieb vor einigen Tagen der „linke“ Sozialdemokrat Max Seydewitz im „Klassenkampf“. Seydewitz wiederholt hier das, was die revolutionäre Gewerkschaftsopposition tagein, tagaus einhämmert, was jeder Arbeiter im Betrieb sieht, was immermehr zum Gemeingut der gesamten deutschen Arbeiterklasse wird. Die Politik der deutschen Gewerkschaftsführer ist eine direkte Hilfeleistung für den Faschismus, das wird immer mehr zur Erkenntnis der deutschen Arbeiter.

Wer schlägt sich herum mit den Faschistenbanden? Die Kommunisten. Wer kämpft gegen den Faschismus im Betrieb? Die Kommunisten.

Wer hat bei den letzten Reichstagswahlen Millionen Stimmen an die Nazis abgegeben? Die SPD. Wer duftet und beglückigt die Nordbanden Hitlers? Die sozialdemokratische Preußenregierung. Wer hat die einzige Wehrorganisation des deutschen Proletariats, den Roten Frontkämpfer-Bund verboten? Der Sozialdemokrat Severing.

Der Kampf gegen den Faschismus kann aber nur dann siegreich sein, wenn die gesamte Arbeiterklasse ihn gemeinsam mit der kommunistischen Partei führt. Der Kampf gegen den Faschismus kann nur dann zum Siege führen, wenn er zugleich gegen die Helfer des Faschismus, gegen die Schrittmacher der blutigen Hitler-Diktatur, die Severing und Co., geführt wird. Der Kampf gegen den Faschismus kann nur dann zum Ziele führen, wenn die Arbeiterschaft sich in den Betrieben, auf den Gruben, auf den Baustellen revolutionäre Organe schafft, die die ganze Masse umfassen, die alle Schichten des Proletariats um sich scharen.

Die Betriebsräte sind die berufenen Organe der proletarischen Einheitsfront. Rote Betriebsräte werden die Betriebe zu Burgen gegen den Faschismus machen. Deshalb: Wer gegen Lohnraub kämpfen will, wer dem mörderischen Faschismus Widerstand leisten will, wer seine Klasse vor dem Angriff des Kapitals schützen will, wählt rote Betriebsräte.

★

Mit allen Mitteln wird der werktätige Mensch im heutigen Deutschland geschlagen. In den Regierungsstuben werden täglich neue Schläge gegen das schreiende Volk ausgeklügelt. Immer schwieriger wird die Arbeit und das Leben für die Werktätigen. Dem Mittelständler geht es schlecht, den Bauern schlecht, dem Kleingewerbetreibenden trostlos aber am schlimmsten geht es dem Arbeiter. An der Spitze der kapitalistischen Pyramide sitzt das Ausbeuterpack mit seinen Lakaien. Das ganze Volk, das vom Kapital unterdrückt und ausgebeutet wird, wütet. Aber unten liegt der Proletarier. Deshalb: Wenn der Proletarier aufsteht, werden auch die übrigen werktätigen Schichten des Volkes befreit, stürzt die ganze Pyramide der Ausbeutung in sich zusammen. Deshalb ist die proletarische Revolution zugleich eine Volksrevolution, deshalb ist die Befreiung des Arbeiters zugleich die Befreiung der gesamten schaffenden Menschheit.

Die Regierung der Brüning-Diktatur unterdrückt das gesamte arbeitende Deutschland. Die Brüning-Diktatur regiert gegen das Volk, für das häußere Ausbeuterpack. Die Brüning-Diktatur führt den Angriff des Kapitals gegen die Schaffenden

Nach Hitler auch Frick

# Fried bei den Ruhrmillionären

## Ein Vortrag nebst Sektgelage — Das Honorar für den Streikbruch der Nazis an der Ruhr heraus aus der Partei zum Schutze der Millionäre!

Essen, 24. Januar. (Eig. Drahtber.) Wie das „Ruhr-Echo“ aus völlig zuverlässiger Quelle erfährt, hat der Nazi-Innen- und Volksminister von Thüringen, Wilhelm Frick, mehrere Tage in Essen gewohnt und hat geheime Konferenzen mit den Zechenkapitänen und Metallindustriellen gehabt. Die Konferenz hat im feudalsten Hotel von Essen, im Kaiserhof, stattgefunden. Hier hat Herr Frick im geschlossenen Kreise von weit über 100 Großindustriellen gesprochen und die bedingungslose Unterstützung der Nazis bei allen Lohn- und Gehaltsauflagen zugesagt. Nachdem sich die Herren Millionäre der Unterstützung der Nazis vergewissert hatten, hielten sie mit Frick einen zweiten, sozusagen gemüthlichen Abend ab, bei dem die Politik eine weitaus geringere Rolle spielte als der Sekt.

Inzwischen hat Herr Frick in einer Rede in Kassel seine Zusammenkunft mit den Scharmachern des Ruhrgebiets be-

stätigt. Wie die Hugenbergsche TU. mitteilt, führte Frick, der jetzt gerade ein Jahr Young-Minister ist, dort aus: „Er habe kürzlich Gelegenheit gehabt, vor Industriellen des Ruhrgebiets über den Nationalsozialismus zu sprechen.“ Daß er das Sektgelage verschmäht, versteht sich.

Man stelle sich vor, der Führer des Ruhrproletariats, Genosse Florin, würde von den Ruhrindustriellen zum Vortrag und zum „gemüthlichen Zusammensein“ eingeladen, um sich ein plastisches Bild von der nationalsozialistischen „Arbeiter“-partei zu machen. Das ist auch ein Beitrag zum Streikbruch der Nazis im Ruhrstreik. Glaubt jemand, Frick wäre eingeladen worden, wenn seine Freunde im Ruhrgebiet, wie die kommunistischen Führer, den Kampf gegen den Lohnraub organisiert hätten? Die Konsequenz? Heraus aus der Partei zum Schutze der Millionäre!

# Die Angst vor der Welle Moskau

## „Germania“ heßt gegen die Sowjetunion und fordert Einschreiten gegen „Freien Radiobund“

In einem langen Artikel beschäftigt sich die „Germania“ mit der Tätigkeit der russischen Radiosender, die ihr eine große Angst einflößt. Es muß wirklich sehr schlecht um die kapitalistische Welt bestellt sein, wenn die „Germania“ derart herausfordernde Töne anschlägt. Besonders hat es ihr angetan, daß der russische Gewerkschaftsführer mehrmals wöchentlich Vorträge in deutscher Sprache sendet. Ganz aus dem Häuschen ist sie aber, wenn sie meldet, daß in Moskau der stärkste Rundfunksender der Welt gebaut wird, dessen Reichweite über die ganze Erde langt. Die „Germania“ fordert, daß die russischen Sender nur in russischer Sprache senden dürfen, vergißt aber scheinbar dabei, daß sich unter der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken auch eine Republik der Wolgadeutschen befindet. Außerdem sei hier ruhig klipp und klar gesagt, daß die russischen Gewerkschaften sich mit Recht von niemand Vorschriften machen lassen, in welchen Sprachen der Welt sie ihre Radiovorträge in die Welt hinaus-senden.

Da das System der Störungs-sender den Einfluß der russischen

Großsender nicht brechen konnte, fordert die „Germania“ nunmehr dreist und frech ein Vorgehen gegen den „Freien Radiobund“, der eine kommunistische Organisation sei. Ueber ihn heißt es:

„Hier wird unter schärfster persönlicher Auslese und Kontrolle eine Organisation aufgebaut, die bei etwaigen revolutionären Unternehmungen zu ganz bestimmten technischen Aufgaben herufen sein soll. Sie ist ein Teil der Rüstung, die sich der deutsche Kommunismus, von Moskau unterstützt, für die „kommende Weltrevolution“ zu beschaffen sucht.“

Das bedeutet natürlich, daß dieses Zentrumsorgan das Verbot dieser einzigen proletarischen Radioorganisation fordert. Um so notwendiger ist es, daß die Arbeiterschaft sich dem „Freien Radiobund“ anschließen und in ihr auch kämpfen gegen die reaktionären Bestrebungen, die Tätigkeit der russischen Sender auf die eine oder andere Art zu verringern oder unmöglich zu machen. Die deutsche Arbeiterschaft begrüßt die russischen Sendungen, die als einzige den Interessen des Proletariats entsprechen, da bekanntlich der deutsche Rundfunk bis jetzt noch im Dienste der Gegner der breiten Schichten der Werktätigen steht.

# Essener SPD.-Mitgliederversammlung aufgefliegen

## Ungeheurer Tumult — Seydewitz' Schlusswort geht im Lärm unter — Die SPD. ein Trümmerhaufen — Arbeiter singen die Internationale

Essen, 24. Januar. Die Generalmitgliederversammlung der SPD. Groß-Essens im Gewerkschaftshaus endete mit einem ungeheuren Tumult. Das „Ruhr-Echo“ veröffentlicht auf Grund der von empörten sozialdemokratischen Arbeitern übergebenen Berichte Einzelheiten darüber.

Auf Einladung des SPD.-Vorstandes befand sich eine Reichsbanner-Formation mit Gummischläuchen (gegen wen?) auf der Tribüne. Als Referent war der „linke“ Seydewitz erschienen. Interessant war die erste Diskussionstunde, die der Polizeidivisionär Schrader hielt, der es fertigbrachte, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von „rechts her“ zu kritisieren. Er meinte, daß die SPD.-Abgeordneten dem Bürgerblut noch nicht genug nachgegeben hätten. Abgeordneter Limberg, der nach ihm sprach, wies aber überzeugend nach, daß von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion alles gegeben sei, was die Kapitalisten wünschten. Dann hielt Seydewitz sein Schlusswort:

„Wenn der Reichstag wieder zusammentritt, werden die Beratungen über den Abbau der Erwerbslosen- und Sozialfürsorge wieder aufgenommen. Wie stellen wir uns dazu? Sind wir dagegen, dann liegt die Regierung auf.“

Limberg (dazwischenrufend): „Dann wird eben mit der Rotverordnung regiert!“

Seydewitz (fortfahrend): „Ja, mit derselben Rotverordnung, gegen die wir waren.“

Hamacher (Reichsbanner-Vorsitzender, rechter Volkswacht-

Redakteur und wie immer stark alkoholisiert): „Seydewitz, hör doch auf mit Deinem Quatsch!“

Seydewitz: „Es ist mir noch nie vorgekommen, daß ein prominenter Vertreter der Partei einen so unmotivierten Zuschreij machte.“

Jetzt entstand ein ungeheurer Tumult. Chorartig erschallt der Ruf: „Hamacher raus!“ Die Gegenpartei schreit: „Hamacher bleibt im Saal!“ Aber die Hamacher und Schrader bleiben beim Schreien in der Minderheit.

Der Vorsitzende Knipping versucht zu schlichten und brüllt über „ungebührliches Betragen Hamachers“, aber Seydewitz konnte sich nicht mehr verständlich machen und Knipping schloß unter riesigem Lärm die Versammlung. Die Hamacher-Schrader- und Wiebemann-Gruppe brüllte das Reichsbanner nieder während die Gegenseite die Internationale anstimmte.

Düsseldorf, 24. Januar. In der von der KPD einberufenen Betriebsversammlung des Dormagener I.G.-Farbenbetriebes erklärte der aus der Nazi-Partei ausgestretene Betriebsrat Kubaum seinen Eintritt in die KPD. Wörtlich begründete der bisher von den nationalsozialistischen Volksbetrieblägern irreführende Arbeiter seinen Eintritt wie folgt: „Wir müssen die Einheitsfront aller Arbeiter herstellen. Die KPD will diese Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse schaffen. Ich werde alles daran setzen, die Belegschaft dafür zu mobilisieren.“

Massen rücksichtslos durch. Aber am schärfsten wird davon der Arbeiter betroffen.

4 1/2 Millionen Arbeiter sind erwerbslos. Zehntausende werden täglich aus den Betrieben geworfen und die, die in den Betrieben noch verbleiben? Lohnraub und gesteigerte Ausbeutung — das ist ihr Los. Eine schlichte Tatsache, die aber mit tausend Hämmern in den Kopf des Arbeiters die Grausamkeit des kapitalistischen Angriffs hineinschlagen muß: Nach einer unlängst veröffentlichten Statistik waren von 100 Arbeitern im Jahre 1924 fünf bei der Ausübung ihres Erwerbs verunglückt, im Jahre 1929 neun. Die Zahl der Unglücksfälle hat sich verdoppelt. Das sind die Opfer der Nationalisierung. Die Gesetze aller Krisen im Kapitalismus zeigt, daß im Laufe der Krisenjahre immer eine neue Nationalisierungswelle entsteht. Neue Arbeitsmethoden werden eingeführt, die Arbeitskraft wird noch mehr ausgebeutet, der Arbeiter noch mehr ausgeaugt. Auch die jetzige Krise führt zur Verjährung der Ausbeutung, die Unfallszahlen werden erneut einen Sprung in die Höhe machen.

Wer soll den Arbeiter vor dem Anschlag der Unternehmer und seiner Beauftragten in den Regierungszustellen schützen?

Wer soll die neue Nationalisierungswelle bekämpfen? Das kann nur die Arbeiterschaft selbst tun, wenn sie sich revolutionäre Organe schafft und unter Führung dieser Organe vorstößt. Deshalb rote Betriebsräte!

★

Rote Betriebsräte — damit jeder Betrieb eine Burg gegen den Faschismus ist.

Rote Betriebsräte — um den Kampf der Millionen Arbeiter gegen den mörderischen Angriff des Kapitals zu organisieren.

Rote Betriebsräte — um die proletarische Front zum Massenkampf gegen die Brüning-Diktatur aufzurichten.

Rote Betriebsräte — um den täglichen Kleinkampf im Betrieb gegen den dauernden Abbau der Arbeiterklasse, gegen die Nationalisierungsschikanen der Direktion und der Meister, gegen neue Entlassungen, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu führen.

Rote Betriebsräte — um den Freiheiten der Ausbeuter ein Halt zu bieten.

Rote Betriebsräte — die Stützpunkte des proletarischen Widerstandes!



# Rede des Führers der KPD., Gen. Thälmann

auf dem Plenum unseres Zentralkomitees (15. bis 17. Januar 1931)

## Analyse der Situation und Perspektive der Entwicklung

Nachstehend veröffentlichten wir die wichtigsten Aussagen aus dem umfassenden Referat des Genossen Ernst Thälmann in der Januar-Plenartagung unseres Zentralkomitees. Das Referat selbst erscheint demnächst als Massenbrotschre.

Die Redaktion.

Genossen! Wenn man die allgemeine Entwicklung vom vergangenen Plenum des ZK im Juli vorigen Jahres bis zur heutigen Tagung überprüft, so ergibt sich heute für die Partei eine weitaus höhere Aufgabenstellung. Deshalb ist das heutige Plenum von besonders entscheidender Bedeutung für die Gesamtpartei und eine wichtige Tagung auch vom Standpunkt des kommenden Plenums der Kommunistischen Internationale.

Die bürgerlich-sozialdemokratischen Hoffnungen auf eine Überwindung der Krise, wie sie noch im Sommer vorigen Jahres

üblich waren, sind durch die ökonomischen Tatsachen und durch die Wirklichkeit zerfallen worden. Selbst die bürgerlichen Ökonomen können gegenwärtig die Schwere der Krise nicht leugnen. Diese Eingeständnisse der Bourgeoisie sind wertvoll für uns, aber sie dürfen nicht zu dem Fehler unserer Parteipresse verleiten, sich mit diesen bürgerlichen Darstellungen zu begnügen. Lassen doch diese bürgerlichen Darstellungen stets einen wissenschaftlichen Charakter fehlen, den nur die marxistische Forschung hat. Sie begnügen sich neben direkten Entstellungen bestenfalls mit der Schilderung der äußeren Umstände. Unsere Aufgabe ist demgegenüber die Analyse der wirklichen ökonomischen Zusammenhänge und Hintergründe, aus denen wir allein eine richtige Perspektive ableiten können.

Vor einem Jahre sah die Bourgeoisie die Lage viel hoffnungsvoller an. Damals erklärte der amerikanische Präsident Hoover und mit ihm die Führer des amerikanischen Kapitals, daß sie die Krise in kürzester Zeit überwinden werden. Noch vor kurzem verkündeten englische Kapitalisten und die SPD-Ökonomen, daß von der Verbilligung des Leihkapitals eine Besserung der Wirtschaftslage in Europa zu erhoffen sei. Heute stehen alle führenden Köpfe der Bourgeoisie der Krise verständiglos gegenüber. Bisweilen entschließt ihnen sogar das Bewusstsein ihrer Unfähigkeit. So malt der bekannte englische Liberale Norman Angell in einer Monatschrift über auswärtige Angelegenheiten vom Januar 1931 unter dem Titel „Ökonomische Chaos und internationale Zukunft“ folgendes trübes Bild:

„Der ökonomische Orkan, der die Welt verwüstet hat, ist mit keiner Universalität und Intensität die Tatsache des verflochtenen Jahres, hinter der alle anderen zurückzuführen. Die Geschichte kennt keine Tatsache dieser Art. In den drei großen Industrieländern der Welt sind nicht weniger als zehn Millionen — vermutlich eine noch größere Zahl Arbeiter erwerbslos. In dem goldenen höheren Typus ökonomischer Schöpfung zu verfallenen Schien, in diesem Eldorado liegen die Arbeiter zu hunderten auf der Straße, Banken stellen ihre Zahlungen ein, Bankiers erschließen sich, Vermögen, die so fest gegründet zu sein schienen wie Gibraltar, verflüchtigen sich in nichts und noch dauert die Depression an. Die ökonomische Krise wird begleitet von gewissen politischen Erscheinungen... Ein Beobachter bemerkte vor kurzem: Die Demokratie in Europa befindet sich im Niedergang. Ein anderer Beobachter meint: Laßt das Freiheitsniveau um weitere 20 Punkte sinken, und Europa wird zerrissen sein zwischen faschistischer und kommunistischer Diktatur.“

## Die Weltwirtschaftskrise

Welches sind die entscheidenden Tatsachen, die sich bei der Betrachtung der Weltwirtschaftskrise ergeben?

Der ungeheure Rückgang der Produktion in allen industriellen Ländern und die immer größere Schwierigkeit für den Kapitalismus, eine neue Basis zu finden, auf der das Kapital verwerthbar wird. Die Produktion ist z. B. in den Vereinigten Staaten gegen den letzten Höchststand im dritten Vierteljahr von 1930 um 28,3 Prozent zurückgegangen. In Deutschland beträgt dieser Rückgang 26 Prozent, in England 17,1 Prozent. Der Durchschnitt dürfte für das dritte Quartal 1930 25 Prozent betragen.

Mit diesem außerordentlichen Produktionsrückgang ist jedoch die Nichtausnutzung der Produktionskapazität noch keineswegs völlig wiedergegeben. So ist z. B. die deutsche Industrie schon im Oktober nur noch zu 53,4 Prozent ihrer Stundenzapazität und 59 Prozent ihrer Raumkapazität beschäftigt gewesen. Diesen Ziffern entsprach ein Stand von 3 1/2 Millionen Erwerbslosen, während inzwischen die Arbeitslosenzahl für Deutschland auf 4 1/2 Millionen gestiegen ist. Die Zahl der Erwerbslosen in der ganzen Welt, die nach den viel zu geringen Ziffern des Konjunkturforschungsinstitutes 15 bis 18 Millionen betragen soll, dürfte schätzungsweise heute 25 bis 28 Millionen umfassen.

Eine dritte wichtige Tatsache ist die Masse der aufgestauten Waren. Gegenüber dem tiefsten Stand der Vorratsbasis auf den Weltrohstoffmärkten ergibt sich schon für September 1930 eine ungeheure Steigerung. Sie beträgt z. B. für Weizen ein Anwachsen von etwa 3 1/2 Millionen auf fast 15 Millionen Tonnen, bei Steinkohle von 3 Millionen über 16 Millionen Tonnen usw.

Eine vierte Haupttatsache ist die Verschärfung der Industriekrise mit der Agrarkrise, wobei sich die Industrie und die Agrarkrise gegenseitig steigern und verschärfen. Ein wichtiger Faktor der Agrarkrise ist die Schere zwischen den Weltmarktpreisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die einen Rückgang von 70 bis 80 Prozent aufweisen, und den Preisen der industriellen Produkte, die auf dem Weltmarkt nur um 5 bis 16 Prozent gefallen sind.

Gerade gegenwärtig, bei der Anwendung von Technik, Elektrizität und Chemie im Dienste der Landwirtschaft, wird durch diese Schere zwischen Agrar- und Industriepreisen der Ruin der minderbemittelten Wirtschaft der Klein- und Mittelbauern und besonders der Farmerwirtschaften in Australien, Amerika und Kanada beschleunigt. Darüber hinaus bleibt die Landwirtschaft überhaupt immer stärker hinter der Industrie zurück, wodurch die Agrarkrise gesteigert wird.

Die fünfte Haupttatsache liegt im Bereich der sogenannten Geographie der Krise. Es ist die noch nie dagewesene Erscheinung, daß die Krise sich wirklich über die ganze kapitalistische Welt ausbreitet. Wir haben nicht nur keine Erholung der amerikanischen Krise, die doch entscheidend bei der Auslösung der Weltwirtschaftskrise mitwirkte, sondern auch Frankreich, das letzte Land einer gewissen Prosperität, wird von den Anfängen der Krise erfaßt.

Besonders bedeutungsvoll für die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise ist das Problem der Preisgestaltung. Abgesehen von der erwähnten Differenz zwischen den Preisen der Agrar- und Industrieprodukte finden wir eine außerordentliche Verschärfung bezüglich des Auseinanderlassens der monopolistischen Inlandspreise und der Weltmarktpreise. So beträgt der Preisrückgang für Roheisen vom Oktober 1929 bis Oktober 1930 beim Weltmarktpreis 25 Prozent, auf dem deutschen Markt dagegen nur 2 Prozent, in den Vereinigten Staaten 14 Prozent, in England 12 Prozent, in Polen 0 Prozent, während in Frankreich sogar eine Preissteigerung um 3 Prozent vorlag. Für Deutschland ist die Differenz zwischen den inlandsbestimmten und auslandsbestimmten Preisen für industrielle Rohstoffe und Halbwaren vom September 1929 bis Oktober 1930 um fast 300 Prozent, d. h. um das Dreifache gestiegen. In nahezu allen Ländern werden die Preise auf dem Inlandsmarkt mit Hochschutzwällen, mit Kartellbindungen künstlich hochgehalten.

Genosse Thälmann beschäftigte sich des Weiteren mit dem Problem der Gold- und Währungsfragen, wobei er u. a. auf die englisch-französischen Verhandlungen wegen des englischen Goldabflusses an Frankreich hinweist. Er wendet sich sodann dem Problem der sogenannten Young-Krise zu und untersucht die verschiedenartigen Bedingungen, unter denen der Young-Plan I. 31 zustande gekommen ist und heute gehandhabt wird. Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit den imperialistischen Konflikten und ihren ökonomischen Auswirkungen für die Weltwirtschaftskrise, wobei vor allem der englisch-amerikanische Konflikt und die

Einfluß-Sphären in Südamerika, und die Interessentämpfe Amerikas, Japans und Englands bei den Generalkriegen in China behandelt werden. Anschließend zieht Genosse Thälmann sodann eine Gesamtbilanz des Standes der Weltwirtschaftskrise:

## Die Lage in der Sowjetunion

Die höhere Stufe in der gesamten historischen Entwicklung bei der gegenwärtigen Tagung des Zentralkomitees gegenüber dem vergangenen Juli spiegelt sich vor allem auch in dem kühnen Vormarsch des Sozialismus in der Sowjetunion wider. Wir wollen die wichtigsten Tatsachen feststellen, die sich bei der Durchführung und Ueberholung des Fünfjahresplans ergeben. In der Produktion von Produktionsmitteln finden wir allein im letzten Jahr eine Steigerung von 40 Prozent gegenüber 24 Prozent, die der Fünfjahresplan vorgeesehen hatte. In der Stahlproduktion in den letzten zwei Jahren 10,2 Millionen Tonnen statt 9,9 Millionen auf Grund des Fünfjahresplans. In der Elektroindustrie 781 Millionen Rubel in Produktionen statt 588 Millionen, in der Erdölproduktion 30,6 Millionen Tonnen statt 28 Millionen Tonnen, in der gesamten Industrie Verdoppelung des Vorkriegsniveaus während der letzten zwei Jahre.

In der Landwirtschaft der Sowjetunion Steigerung der Anbaufläche im Jahre 1930 von 113 auf 127,7 Millionen Hektar 21,5 Prozent aller Bauernwirtschaften waren bereits am 1. Oktober 1930 kollektiviert, 36 Millionen Hektar wurden kollektiv bewirtschaftet, während der Fünfjahresplan selbst für das letzte Jahr (1933) nur 20,6 Millionen Hektar vorgeesehen hatte.

Die bisherigen Erfolge ermöglichen eine ungeheure Steigerung in der Aufgabenstellung für die Zukunft. Die Gesamtproduktion der sozialistischen Staatsindustrie wird in einem Jahr um 45 Prozent gesteigert. In der Traktorenfabrikation werden statt der im Fünfjahresplan vorgeesehenen 6500 Traktoren im Jahre 1931 mehr als 60 000 Traktoren, fast das Zehnfache produziert.

Der Millionenerwerblosigkeit in allen kapitalistischen Ländern steht in der Sowjetunion die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit gegenüber. Mit dem sozialistischen Aufbau Hand in Hand vollzieht sich die Hebung des sozialen Niveaus der Massen. Der Reallohn der Arbeiterschaft stieg in den ersten zwei Jahren des Fünfjahresplans um 12,1 Prozent. Am 1. Oktober 1930 besaßen 44,5 Prozent der Arbeiterschaft den Siebenstundentag, Ende 1931 werden es bereits 92 Prozent sein.

Die Hebung des sozialen Niveaus betrifft ebenso sehr die werktätigen Bauernmassen, die durch die Kollektivierung von den primitiven und menschenunwürdigen Arbeitsmethoden erlöst und in ihrem gesamten Lebensniveau gehoben werden. Hier zeigt sich das ganze Problem der Proletarisierung der Mittelschichten unter dem Sozialismus und unter dem Kapitalismus. Wenn der Kapitalismus die Mittelschichten proletarisiert, bedeutet das ihre Hinabschleuderung in die unterdrückteste, ausgebeutete Klasse. Unter der proletarischen Diktatur umgekehrt den Aufstieg zur herrschenden Klasse, zur Arbeiterklasse, die durch ihre Staatsmacht die gesamte Produktion übernommen hat. Diese Fragestellung ist von größter Bedeutung für unsere Agitation unter den Mittelschichten, um auch ihnen den Sozialismus als Ausweg zu zeigen.

Genosse Thälmann weist ferner auf einige Schwierigkeiten bei der Durchführung des Fünfjahresplans und auf den vor kurzem in der Parteipresse erschienenen Artikel des Genossen Heinz Neumann über das Plenum des ZK der KPSd hin und stellt sodann die Frage:

Was ergibt sich aus allen diesen Tatsachen? Der völlige Sieg der Generallinie unserer bolschewistischen Bruderpartei unter der Führung des Genossen Stalin. Früher sagten wir gegen Trotzki: Die KPSd-Politik bedeutet keine Erneuerung des Kapitalismus, sondern den erfolgreichen Wettkampf der sozialistischen Elemente in Industrie und Gesamtwirtschaft mit den privatwirtschaftlichen Elementen. Heute ist dieser Wettkampf in der Industrie längst entschieden und keine Streitfrage mehr. Früher stellte Bucharin die These „von dem Hinein-

wachsen des Kulaken in den Sozialismus“ auf. Heute ist die Liquidierung des Kulakentums als Klasse weit fortgeschritten und wird in kürzester Frist durchgeführt. Früher warnte Bucharin vor dem raschen Tempo der Industrialisierung und vor der Generallinie der Partei. Heute nähern wir uns dem Zeitpunkt, wo auch die Landwirtschaft die sozialistischen Elemente die privatwirtschaftlichen verdrängen.

Mit vollem Recht also konnte Genosse Stalin in seinem Schlusswort auf dem 16. Parteitag feststellen: „Wir sind bereits in die Periode des Sozialismus eingetreten.“

Zwei Systeme stehen sich in der Welt gegenüber. Das bankrotte System der kapitalistischen Profitwirtschaft und der kühn vorwärtsmarschierende, siegreiche Sozialismus. Die Dumpinghege der Bourgeoisie gegen die Sowjetunion und ihren Export zeigt nur die Angst der Kapitalisten vor dem Vormarsch des Sozialismus. Dabei geht die Kriegshege gegen die Sowjetunion Hand in Hand mit der Verschärfung der Krise in den kapitalistischen Ländern, mit der Angst vor dem eigenen Proletariat. So schreibt das führende englische Organ, die „Times“ vom 2. Januar unter dem Titel „Europa am Scheidewege“:

„In diesem Augenblick, wo das Jahr 1930 in das Jahr 1931 übergeht, herrscht auf dem Kontinent ohne Zweifel ein allgemeines Gefühl der Unruhe und Erwartung, eine nervöse Hoffnung auf eine Wendung und Ueberzeugung von ihrer Unvermeidlichkeit... Im deutschen Parlament verliert die kommunistische Partei über 77 Sitze und bei den kürzlichen Wahlen zum Danziger Parlament verdoppelten die Kommunisten ihre Stimmenzahl. Es ist eine Tatsache, daß der Kommunismus selbst in so entfernten Ländern wie Bulgarien und Spanien wächst... Die Anhänger von Marx und Lenin sind, es wäre absonderlich, das zu verkennen, — von einem großen Eifer für die Propagierung ihrer Ideen besetzt und sie streben nach einer außerparlamentarischen Regierungsform auf der Grundlage der Sowjets. Zwischen ihnen und den Faschisten geraten die Mittelparteien Europas in größte Bedrängnis.“

Noch deutlicher äußert sich das führende Blatt der französischen Bourgeoisie, der „Temps“:

„Die russische Wunde im Leibe Europas bleibt das größte Unglück unserer Epoche und, solange diese Wunde nicht ausgekratzt ist, wird die Welt fortjahren, in Wirrsalen und Unruhen zu leben.“

## Die ökonomische Lage Deutschlands

In den gesamten Darlegungen der Weltpresse anlässlich der Jahreswende, von denen die angeführten Zitate nur eine Probe darstellen, spielt naturgemäß die Lage in Deutschland die Hauptrolle. Die Entfaltung der Krise in Deutschland hat einen besonders hohen Grad angenommen.

Schon bei der internationalen Betrachtung wies ich auf die Tatsache hin, daß die deutsche Industrie bereits im Oktober 1930 nur noch zu 53,4 Prozent ihrer Produktionskapazität beschäftigt war. Es ist klar, daß diese Massenerwerbslosigkeit mit ihrer Herabsetzung der Konsumkraft der Arbeiterklasse ebenso wie der direkte Lohnraub eine dauernde Verengerung des inneren Absatzmarktes mit sich bringt.

Die Agrarkrise Deutschlands zeigt den gleichen dauerhaften Charakter wie im Weltmaßstab. Die Hochschutzwälle als Versuch, die Schere zwischen Agrar- und Industriepreisen zu schließen, sind für den Kleinbesitz völlig wirkungslos. Zwar steigen die Preise der landwirtschaftlichen Waren, aber werden die Herstellungskosten, besonders Futtermittel, Düngemittel, Maschinen, Geräte, Werkzeuge, außerordentlich verteuert. Ein besonderes Problem ist in Deutschland die große Masse von



Zweig- und Kleindauern, rund vier Millionen Betriebe, die zum größten Teil auf einen Nebenverdienst durch Lohnarbeit angewiesen sind. Die härtere Proletarisierung dieser Schichten erfordert von uns, dem Dorfe größere Bedeutung beizumessen. Die Massenverwerbslosigkeit, die naturgemäß auch die halbproletarischen Elemente trifft, verschärft die Agrarkrise.

Zur Industrie- und Agrarkrise tritt in Deutschland die permanente Krise der Staatsfinanzen. Alle Versuche, die immer neuen Löcher zuzustopfen, die sich im Budget des kapitalistischen Staatsapparates ergeben, werden durch die verschiedenen Faktoren der Krise stets von neuem durchkreuzt. Zu der Massenverwerbslosigkeit, die alle Berechnungen über den Hauften wirft, kommt die ungeheure Belastung durch Reparationszahlungen, wobei die deutschen Reparationsleistungen sich im Zusammenhang mit der Goldwertsteigerung um etwa 15 Prozent noch erhöhen. Der Reichsfinanzminister Dietrich hat eben erst das Defizit der Staatsfinanzen mit 1,33 Milliarden Mark angegeben.

Die Krise im Geld- und Kreditwesen, die insbesondere im September-Oktober im Anschluß an die Reichstagswahlen eine ungeheure Verschärfung erfuhr und zu einer Kapitalausfuhr von 1,6 Milliarden Mark führte, bleibt dauernd bestehen. Allein für Reparationszahlungen braucht Deutschland monatlich rund 240 Millionen Mark Kredit. Dieser Bedarf kann nur entweder durch Kapitaleinfuhr und neue Verschuldung oder durch Ueberwälzung in der Handelsbilanz gedeckt

werden. Nun haben wir zwar eine verhältnismäßig günstige Lage des deutschen Exports, im Vergleich zu anderen Ländern, im vergangenen Jahr zu verzeichnen. Das hängt einmal mit dem besonders niedrigen Lohnniveau der deutschen Arbeiter, zweitens mit einem gewissen Vorprung der deutschen Industrie in der Frage der technischen Rationalisierung und drittens mit der Tatsache zusammen, daß der deutsche Export zu einem entscheidenden Teil nach Frankreich ging, das von der Krise am längsten verschont blieb. Aber alle diese Tatsachen haben ja nur eine vorübergehende Wirkung.

Alle bürgerlichen Sachverständigen sind sich darüber klar, daß jede neue Erschütterung in der Art der Krise im deutschen Geld- und Kreditwesen, wie im September-Oktober vorigen Jahres nicht nur eine vollkommene Transferkrise, sondern einen Zusammenbruch des gesamten Kreditwesens und damit eine vollkommene Stokung des gesamten Wirtschaftswesens mit sich bringen würde. Heute schon beträgt die deutsche Verschuldung an das Ausland etwa 26-27 Milliarden, denen knapp 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Milliarden an Forderungen gegenüberstehen. Diese Verschuldung wird noch dadurch gesteigert, daß deutsches Kapital vielfach ins Ausland geht, dort etwa zu 4 Prozent verzinst und von den ausländischen Vermittlern wiederum zu Zinssätzen von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Prozent bis 11 Prozent als Auslandskapital nach Deutschland eingeführt wird. Dadurch ergibt sich ein jährlicher Zinsverlust von ungefähr 1,2 Milliarden Reichsmark, der naturgemäß die Lage des deutschen Geld- und Kreditwesens fortwährend katastrophal beeinflusst.

## Die Lage der deutschen Arbeiterklasse und der Werttätigen

Welche sozialen Auswirkungen die Wirtschaftskrise für die arbeitende Bevölkerung zeitigt, ist auf Grund der geschilderten Tatsachen klar. Es genügt deshalb, ganz kurz die Hauptmerkmale aufzuzählen.

Wir haben die riesige Massenverwerbslosigkeit, die einen dauernden indirekten Lohnraub an der Gesamtheit der Arbeiterklasse darstellt, zu dem die Kurzarbeit von Millionen von Arbeitern noch erheblich beiträgt. Die Lohnabbau-Offensive der Unternehmer bringt darüber hinaus einen direkten Lohnraub, der im Durchschnitt von Mitte 1930 bis zum kommenden April 1931 ungefähr 15 Prozent beträgt. Durch die künstliche Teuerung mit Hilfe der Zoll- und Monopolpolitik erfolgt eine weitere Herabsetzung der Reallöhne. Der Abbau der Sozialpolitik auf allen Gebieten in der Frage der Erwerbslosen, der Kranken, der Rentner und Invaliden, bei gleichzeitiger Steigerung der Soziallasten der Betriebsarbeiter und dauernder Verschärfung des Steuerwuchers, erzeugt eine weitere Senkung des Lebensniveaus der Massen. Die Lage der Mittelschichten in Stadt und Land ist von der des Proletariats nicht zu trennen. Der Lohnraub an den Arbeitern, Angestellten und Beamten und die Massenverwerbslosigkeit drücken, durch die Herabsetzung der Konsumkraft, unmittelbar auf die Existenz der Klein- und Handwerker treibenden in der Stadt, wie auf die bäuerlichen Kleinproduzenten. Unter diesen Schichten müssen wir unsere methodische Arbeit bedeutend verbessern. Die gesamte Verelendung der arbeitenden Bevölkerung, die sich in dem allgemeinen Konsumrückgang ausdrückt, ist auch eine Ursache für den starken Rückgang der Einfuhr, durch den im vergangenen Jahr allein die Erzielung des Exportüberschusses in der Handelsbilanz und damit die Erfüllung der Young-Zahlungen möglich wurde. Hier zeigt sich die enge Verknüpfung zwischen der Young-Politik der deutschen Bourgeoisie und dem Massenelend, das eine Voraussetzung der Young-Politik darstellt.

## Die besonderen Merkmale der jetzigen Krise

Auf Grund des angeführten Tatsachenmaterials vermögen wir die entscheidende Frage über den Charakter der jetzigen Krise zu beantworten. Die Bourgeoisie und Sozialdemokratie sind sich in dem Bestreben einig, die heutige Krise als eine gewöhnliche „normale“, wenn auch besonders schwere darzustellen. Der Haupttheoretiker der SPD., der Hilferding, immer mehr verdrängt, der ehemalige bürgerliche Vorkriegsredakteur Raphaeli, schreibt z. B. in seiner Broschüre über „Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit“:

„Weder Young-Krise, noch Rationalisierungskrise, noch gänzlicher Zusammenbruch des kapitalistischen Systems als Vorbote der Weltrevolution, sondern typische Krise des kapitalistischen Systems mit historischen Besonderheiten, wie sie jede Krise aufzuweisen hat.“

Um den sozialdemokratisch-bürgerlichen Schwandel zu widerlegen, muß man zunächst ganz kurz die Besonderheiten der jetzigen Krise zusammenfassen:

1. der allgemeine weltumfassende Charakter der Krise, der

keinen Teil der kapitalistischen Welt ausläßt und eine völlig neue Tatsache darstellt;

2. der Bestand der Sowjetunion und ihr sozialistischer Vormarsch. Die Tatsache, daß die proletarische Diktatur unabhängig von der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise den planmäßigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft durchzuführen vermag.

3. Die Tatsache, daß im Zeichen des Monopolkapitalismus die Krise nicht zu einem unwägen Preissturz der industriellen Produkte führt, der in der Vorkriegszeit stets der regulierende Faktor war, der den Umschwung von der Krise zur Depression mit sich brachte.

4. Auch in den Zeiten der Hochkonjunktur wurde die Produktionskapazität nicht voll ausgenutzt und es bestand ebenfalls bereits eine Dauererwerbslosigkeit. Der Preis der Ware Arbeitskraft ist bereits ständig unter den Wert herabgedrückt. Selbst in der Hochkonjunktur liegen die Löhne nicht annähernd so, wie der Wert der Arbeitskraft. Damit entsteht eine dauernde Herabsetzung der Konsumkraft der Arbeiterklasse, eine dauernde Verringerung der Absatzmärkte.

5. Mit der allgemeinen Verelendung entfällt für die Mehrzahl der Länder das Sparpolier, das während der Krise aufgezogen werden konnte.

6. die Industrie- und Agrarkrise tritt in enger Verflechtung mit der Agrarkrise auf, wobei sich beide gegenseitig verschärfen.

7. Die rasche technische Entwicklung beschleunigt den Verschleiß des Grundkapitals in der Produktion und verkürzt die Frist zur Erneuerung des Grundkapitals. Damit wird unter dem Monopolkapitalismus gerade der technische Umschwung zu einem Krisenfaktor. Den verkürzten Fristen der vorhergehenden Konjunktur steht die verlängerte Zeitdauer der Krise gegenüber.

Alle diese Tatsachen beweisen, wie lächerlich die Darstellung der Reformisten ist, die die heutige Weltwirtschaftskrise mit den „normalen“ typischen Krisen der Vorkriegszeit einfach auf eine Stufe stellen wollen.

Andererseits muß auch die Theorie zurückgewiesen werden, als hätten wir es heute lediglich mit der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems der Nachkriegszeit zu tun. Ein bestimmter konjunktureller Charakter der Krise liegt unbestreitbar vor. Es sind also gewisse zyklische Erscheinungen vorhanden. Andererseits sind Reihe von Faktoren, die sich prinzipiell von den Erscheinungen der periodischen Vorkriegskrisen des Kapitalismus unterscheiden. Was ergibt sich daraus?

Der Charakter der heutigen Krise ist der einer zyklischen Krise im Rahmen der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems im Zeitalter des Monopolkapitalismus.

Hier müssen wir die dialektische Wechselwirkung zwischen der allgemeinen Krise und der periodischen Krise verstehen. Erweitert man die periodische Krise ganz neue, viel heftigere und noch nie dagewesene Formen an, weil sie sich auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus vollzieht, weil sie von den Bedingungen des Monopolkapitalismus beherrscht wird. Andererseits wirken wiederum die Zerstörungen durch die periodische Krise vertiefend und beschleunigend auf die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems, was zweifellos auch durch keinen etwaigen Umschwung in die Depression oder irgendeine Erholung wieder ausgeglichen werden könnte.

## Die Perspektiven der Entwicklung der Krise

Ich komme nunmehr zur Prognose der künftigen Entwicklung. Welche Perspektiven ergeben sich? Das ist a) das Wesen unserer marxistischen Untersuchung, daß wir über die Beschreibung der Situation hinaus eine wirkliche Analyse der Kräfte der Wirtschaft und Gesellschaft geben können und aus dieser Analyse imstande sind, die richtigen Perspektiven abzuleiten. Mit Stolz können wir feststellen, daß gegenüber dem Bankrott aller bürgerlichen und reformistischen Theorien die kommunistische Internationale mit ihren Prognosen völlig recht behalten hat, weil sie allein die einzige wissenschaftliche Methode des Marxismus-Leninismus anwandte. Das erweiterte Präsidium des ZK der KPD im Februar stellte vollkommen richtig die Perspektive der heranwachsenden Weltwirtschaftskrise in ihrem ganzen Ausmaß. Die Perspektiven, wie sie damals Genosse Ranzilii entwickelte, sind völlig durch die geschichtliche Entwicklung bestätigt worden. Was haben wir jetzt für eine Prognose zu stellen? In unserer Resolution, die dem heutigen Zentralkomitee vorliegt, heißt es:

„Mit der weiteren Verschärfung der ökonomischen und politischen Krise in Deutschland entstehen bereits Tendenzen einer revolutionären Krise im Lande. Wie weit diese Tendenzen wachsen und sich entfalten, hängt in erster Linie vom Gang des Klassenkampfes, von der Kräfteentfaltung und Massenaktivität

des revolutionären Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei ab.“

Wir sprechen also von Tendenzen der revolutionären Krise. Zum Teil ergibt sich das schon aus den vorhergeschilderten Faktoren. Ich will sie noch erweitern. Wir haben zum Beispiel in der Frage der Erwerbslosen in Deutschland Anzeichen dafür, daß die Lagerhaltung trotz aller Produktionseinschränkung noch zunimmt, die Warenstauung sich steigert, so daß also Entlassungen und Kurzarbeit weiter ansteigen werden.

In der Frage des Exportes habe ich schon darauf hingewiesen, daß alle die Faktoren, die bisher dem deutschen Hungerexport zugute kamen, in Zukunft in Fortfall geraten werden. Wenn wir mit einer Steigerung der Erwerbslosen bis zum Februar auf 5 Millionen rechnen müssen, so bringt das zugleich eine weitere Verschärfung der Finanzschwierigkeiten des Reiches mit sich. Schließlich wird speziell der Januar mit der Fälligkeit von Steuern, Hypothekenzinsen, Mieten, Pachten usw. zusammen mit der dauernden Senkung des Massenlohns eine Verschärfung der Agrarkrise sowie erhöhte Schwierigkeiten für die bäuerlichen Mittelschichten mit sich bringen. Ein Ansteigen der Konkursfälle steht zu erwarten.

Nicht all diese Faktoren, die eine weitere außerordentliche Verschärfung der Wirtschaftskrise mit sich bringen, haben aber nur für Deutschland, sondern auch international Geltung. Dieser

internationale Charakter der zu erwartenden Verschärfung der Weltwirtschaftskrise bringt aber zugleich eine gewisse Bindung der Bourgeoisie der einzelnen Länder im Klassenkampf. Damit wird die Lage für das Proletariat in dem Lande, wo die Krise und der revolutionäre Aufschwung am weitesten fortgeschritten sind, objektiv günstiger.

Wie steht also die Aussicht für ein Umschlagen der Krise in Deutschland in eine revolutionäre Situation? Hier will ich an die Fragestellung auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees im Juli vorigen Jahres erinnern. Schon damals wiesen wir auf die These Lenins hin, wonach es aus Grund der objektiven Faktoren allein keine absolut ausweglose Situation für den Kapitalismus geben kann. Der Zusammenbruch des Kapitalismus, wie ihn Marx und Lenin aufzeigen, ist ein historischer Zusammenbruch, kein mechanischer, automatischer. Wir müssen die Situation ausweglos für den Kapitalismus machen!

Heute ist es noch viel klarer, wie notwendig diese leninistische Fragestellung gerade für uns ist. Wir haben auf der einen Seite den verzweifeltsten Versuch der Bourgeoisie, auf Kosten der Massen durch eine ungeheuerliche Verelendung einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise mit Hilfe faschistischer Methoden zu erzielen. Wir haben andererseits den wachsenden revolutionären Aufschwung.

Noch sind nicht alle objektiven Bedingungen der revolutionären Situation, wie sie Lenin formulierte, völlig gegeben. Aber die Rolle des subjektiven Faktors wird immer klarer. Und so lautet unsere Antwort auf die Frage nach dem „Entstehen“ einer revolutionären Situation:

Wir müssen die revolutionäre Situation organisieren!

Genosse Thälmann ätzert nun einige entscheidende Darlegungen Lenins über das Problem der revolutionären Krise und fährt dann fort:

Schon der Ruhrkampf hat gezeigt, ein wie gewaltiger, krisenverschärfender Faktor jeder Lohnkampf auf Grund seiner heutigen politischen Bedeutung werden kann, wenn ihn das Proletariat unter richtiger Führung durch die KPD entfacht. In Offensivgefechten, in der Gegenoffensive, im Massenkampf des Proletariats liegt der Schlüssel zur revolutionären Situation.

## Die politischen Auswirkungen der Krise

Ich komme nun zu den politischen Auswirkungen der Krise, wobei ich in den Mittelpunkt den revolutionären Aufschwung stellen will. Welches sind die wichtigsten Tatsachen der letzten Zeit, in denen er sich widerspiegelt? Da sind zunächst die Reichstagswahlen vom 14. September mit ihrem gewaltigen Erfolg der kommunistischen Partei.

Auf den 14. September folgte der Berliner Metallarbeiterstreik, der den Beweis brachte, daß unser Wahlerfolg kein parlamentarischer, sondern ein außerparlamentarischer Erfolg in der Massenmobilisierung für den revolutionären Klassenkampf war.

Als drittes wichtiges Faktum folgt der Ruhrkampf und der oberschlesische Bergarbeiterkampf, die schon in viel höherer Form die Zuspitzung des revolutionären Klassenkampfes zeigen.

Ein viertes Faktum des revolutionären Aufschwungs ist überhaupt die heutige, viel höhere Rolle der KPD.

Ein fünfter Faktor von besonderer Bedeutung ist die gewaltige Welle des antifaschistischen Massenkampfes in ganz Deutschland. Im Zusammenhang damit steht als letzte Haupttatsache die Radikalisierung der SPD-Arbeiter, der Mitglieder der SA, und auch von Teilen der proletarischen Mitgliedschaft des Reichsbanners.

Schließlich spiegeln auch die organisatorischen Fortschritte der Partei und des Jugendverbandes gleichfalls den revolutionären Aufschwung wider.

Als Gegenwirkung des revolutionären Aufschwungs vollzieht sich die Krise und Faschisierung der bürgerlichen Parteien, einschließend der Sozialdemokratie. Wenn wir die Vorgeschichte der jetzigen faschistischen Entwicklung Deutschlands etwas zurückverfolgen, so ergibt sich, daß schon die Spaltung der deutschen nationalen Partei seinerzeit einen wichtigen Ausgangspunkt darstellte.

Man muß einmal die Rolle Hugenburgs in ihrer ganz klassenmäßigen Bedeutung feststellen. Die Hugenburg-Politik bedeutet nichts anderes, als den Versuch des Klassenbewußtesten, extremsten Teils des deutschen Finanzkapitals, die Hitlerpartei im Sinne des Finanzkapitals zu erziehen, selbst auf Kosten der Zerschlagung der alten deutschen nationalen Partei, die bis dahin die härteste bürgerliche Partei gewesen war. Neuerdings wird diese Hugenburg-Politik auch von der Deutschen Volkspartei wieder bis zu einem gewissen Grade aufgenommen, die in ihren Organen davon spricht, die Nationalsozialisten müßten „kanalisiert“ werden, im Sinne des Finanzkapitals regierungsfähig werden.

Klassenmäßig bedeutet dieser Vorgang, daß die Großbourgeoisie, resp. Teile der Großbourgeoisie in die Hitlerpartei direkt oder indirekt „hineingehen“, um sich hier ein geeignetes politisches Organ zur Ausübung der faschistischen Diktatur heranzubilden. Gleichzeitig mit diesem Prozeß, in einer dauernden Wechselwirkung vollzog sich die faschistische Entwicklung des anderen Teiles der Bourgeoisie, der durch Brüning repräsentiert wird und an dessen Spitze das Zentrum steht. Einen gewissen Wendepunkt in dieser ganzen Entwicklung bildete der Aufstieg der Bourgeoisie für die SPD im März des vorigen Jahres, der die Hermann-Müller-Regierung erlebte. Gegenwärtig sehen wir nun, daß der gesamte Prozeß, wobei die beiden Lager des Faschismus, natürlich nicht schematisch, von einander getrennt sind, eine bestimmte höhere Entwicklungsstufe erreicht hat.

Wenn die deutsche Bourgeoisie heute unmittelbar an die Durchführung der faschistischen Diktatur herangeht, so ist das kein Ausdruck ihrer Stärke, auch kein Ausdruck einer Schwäche oder Niederlage des Proletariats, sondern im Gegenteil: Die Bourgeoisie greift zur äußersten Herrschaftsform, sie benützt den Faschismus als Sturmbock gegen die proletarische Revolution. Hier zeigt sich jener geschichtliche Vorgang, daß die Revolution mit ihrer höheren Entwicklung zugleich eine höhere Stufe der Konterrevolution produziert und wenn sie diese überwindet, zur höchsten Kräfteentfaltung heranzuführen kann. Jenen Prozeß schilderte in ähnlicher Form schon Karl Marx in den „Klassenkämpfen in Frankreich“, wo er aufzeigt, daß der revolutionäre Fortschritt sich „in der Organisierung einer geschlossenen, mächtigen Konterrevolution, in der Organisation eines Gegners, durch dessen Betämpfung erst die Umkehr“



partei zu einer wirklichen revolutionären Partei heranzuführen, Bahn gebrochen habe.

### Welches sind die wichtigsten Tatsachen, in denen sich der Übergang der Bourgeoisie zu faschistischen Herrschaftsmethoden ausdrückt?

Sie ist einmal der völlige Bankrott des Parlamentarismus. Die Bourgeoisie regiert nur noch mit Notverordnungen. Der Artikel 48 ist kein Ausnahmeparagraph mehr, sondern wird zur Regel. Der Reichsrat wird auch schon ohne formelle Verfassungsänderung, durch die Praxis der Bourgeoisie im Sinne eines faschistischen Staatsapparates, zu einer ersten Kammer. Auf der gleichen Linie liegen die Pläne bezüglich des Reichswirtschaftsrates als eines Ständeparlamentes und alle Pläne der Reichs- und Verwaltungsreform. Die kommunale „Demokratie“ ist nahezu völlig durch diktatorisch vorgehende, von oben eingesezte Staatskommissare ersetzt worden. Der Polizeiterror, die Demonstrationen und Zeitungsverbote, die Entlassung aller kommunistischen Beamten unter freiem Hohn auf die Weimarer Verfassung, schließlich die geplante, zum Teil schon praktisch eingeführte Arbeitsdienstpflicht sind weitere Tatsachen der Faschisierung.

Ein ganz besonderes Kapitel stellt die Außenpolitik dar, bei der sich die Zeichen der imperialistischen Kriegstendenzen außerordentlich verschärfen. Die offene Ankündigung der Notwendigkeit, den Young-Plan zu revidieren, Deutschlands Aufrüstung zu betreiben, die chauvinistische Hege gegen Polen, die Ostsee, die allerdings durch uns durchkreuzt wurde, die nationalsozialistischen Truppenformationen in Schlesien und Ostpreußen, das alles kennzeichnet den kriegerischen Kurs in der Außenpolitik. In welcher Richtung entwickelt sich diese Kriegspolitik des deutschen Imperialismus? Die Zuspitzung des deutsch-polnischen Gegensatzes und damit ein bestimmter Druck auf Frankreich, sowie die gesamte Revanchehetze der Nationalsozialisten bedeutet keine Abschwächung, sondern eine Steigerung der Gefahr des Interventionistrieses gegen die Sowjetunion. Solche Konflikte der imperialistischen Mächte untereinander können leicht umschlagen. Man „einigt“ sich zum gemeinsamen Raubzug gegen den klassenmäßigen Feind aller imperialistischen Mächte, gegen die Sowjetmacht.

Die faschistische Entwicklung Deutschlands schließt den Ring der imperialistischen Interventionsfront gegen die Sowjetunion. Wie frech diese Kriegshetze bereits betrieben wird, zeigt ein Zitat der „Hamburger Nachrichten“, in dem es heißt:

„Man kann von der Bildung eines in sich festgelegten deutsch-französischen Blochs die Zukunft Europas abhängig machen. Und es ist durchaus richtig, daß ein solcher Bloch dem alten, müde gewordenen Erdteil Europa noch einmal große schöpferische Kraft sowohl in der Richtung nach Afrika, wie in der Richtung auf Asien verschaffen könnte. Es ist durchaus richtig, daß dieser Bloch dem trunkenen Bild ungeachteter wirtschaftlicher Perspektiven eröffnen würde. Vor ihm würde die Rätemacht in Moskau dahinschwinden, das große, weite Rußland mit Sibirien läge den kolonialen Bestrebungen deutsch-französischer Wirtschaftsunternemhungen offen. Alles, was der Zerfall der Rätemacht in dem weiten Reich mit seinen fast 150 Millionen Menschen zerstört hat, könnte wieder erobert werden zugunsten der mittel- und westeuropäischen Wirtschaft.“

## Das Problem der faschistischen Diktatur

Von ausschlaggebender Bedeutung für die faschistische Entwicklung Deutschlands ist die verschiedenartige Rolle, die einerseits der Sozialfaschismus, andererseits der Faschismus spielt, und ihr Verhältnis zueinander.

Wir sehen zunächst die abwechselnde Ausnutzung der beiden Kräfte seitens des Finanzkapitals, wie sie sich einerseits in der Regierungspolitik mit der SPD, andererseits der Thüringer oder Braunschweiger Regierung mit den Nazis zeigt. Die Politik der Sozialdemokratie hat nicht nur den Nazis den Weg geebnet, sondern die heutige Rolle des Sozialfaschismus ist förmlich die einer Hilfspolizei des Faschismus. Wenn zum Beispiel die Sozialdemokratie die parlamentarische Stütze der Brüning-Regierung ist, so gibt sie gerade mit dieser Unterstützung, die angeblich gegen eine Hitler-Regierung wirken soll, in Wirklichkeit den Nazis einen Spielraum, so daß sich diese in einer gewissen Scheinopposition erst recht eine breitere Massenbasis schaffen können. Das Wichtigste an der heutigen Rolle des Sozialfaschismus ist seine außerparlamentarische Stellung der Brüning- und Brüning-Diktatur mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaften bei der Durchführung des Lohnraubes und des Abbaues der sozialen Leistungen. Auf der anderen Seite stellen die Nazis in allen Fragen der Außenpolitik aber auch zum Teil in der Innenpolitik die entscheidende außerparlamentarische Massenbasis für die Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Politik. Das beste Beispiel ist die Rolle der Goebbelsbanden beim Verbot des Remarque-Filmes.

Mit der revolutionären Zuspitzung wächst die Bedeutung der bewaffneten Konterrevolution als Massenbewegung für die Bourgeoisie. Diese aber können nur die Nazis in ausschlaggebendem Maße stellen, nicht die Sozialdemokratie. Selbst in der Notzeit wurde ja die damalige bewaffnete Konterrevolution zwar politisch von der Mehrheitssozialdemokratie eingesetzt und geleitet, faktisch jedoch nicht von den sozialdemokratischen Organisationen, sondern von den Freikorps, diesen Keimzellen der heutigen Nazi-Partei, durchgeführt. Mit der Verschärfung des Klassenkampfes und andererseits mit dem dauernden Rückgang des Masseneinflusses der SPD wächst daher die Rolle der Nazis. Wenn gegenwärtig die Volkspartei zum Teil auf die Linie der Jugendbewegung, der Heranziehung und „Kanalisierung“ der Nazis einsetzt, während andererseits das Zentrum, besonders Kaas, sich gegen die jetzige Ausschaltung der Sozialdemokratie wendet und Abfragen an die Nationalsozialisten richtet, so spiegeln auch diese Gegenjünglichkeiten nur die Zerklüftung im kapitalistischen Lager auf Grund der Krise wider.

### Zur Frage der faschistischen Diktatur

Zweifellos stellen die geschilderten Tatsachen der Faschisierung eine neue höhere Phase gegenüber jener Entwicklungsstufe dar, wie sie in der ersten Periode der Brüning-Regierung nach dem Austritt für die SPD vorhanden war. Wenn die Partei die neu auftauchenden Probleme mit aller Kühnheit in Angriff genommen hat, so ist das zweifelsohne ein Verdienst, das auch dadurch nicht geschwächt wird, wenn wir bei der genaueren Analyse nicht von vornherein alle Fragen sofort zu klären vermöchten.

Was ist der klassenmäßige Inhalt des Begriffs faschistische Diktatur? Zweifellos die Diktatur des Finanzkapitals genau so wie in der bürgerlichen Demo-

kratie, also nicht der Klasseninhalt, nicht der Herrschaftsinhalt, sondern die Methoden, die Herrschaftsformen, lösen die bürgerliche Demokratie durch die faschistische Diktatur ersetzt wird.

Genosse Thälmann beschäftigt sich nunmehr ausführlich mit den Darlegungen des Programmes der Kommunistischen Internationale über den Faschismus und kommt zu dem Schluß:

Insgesamt ergeben sich aus den Darlegungen des Programms Anhaltspunkte dafür, schon heute in Deutschland von faschistischen Herrschaftsformen zu sprechen. Andererseits liegt das Programm einen solchen Zustand nicht vor, wo die Bourgeoisie bereits mit faschistischen Methoden regiert, die faschistische Massenpartei sich aber noch außerhalb der Regierung, sogar in einer Scheinopposition befindet. Schließlich ist es

## Die Lösung der Volksrevolution und der Massenkampf gegen den Faschismus

Eine richtige und konkrete Analyse der Situation muß ihren Niederschlag auch in der Aufgabenstellung der Partei und ihren politischen Lösungen finden. Heute steht als zentrale Aktionslösung der Massenkampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur. Hier müssen wir um jeden Schritt, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen und die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen. Wir können deshalb nicht mechanisch gegenüberstellen den Sturz und die Verhinderung der faschistischen Diktatur.

Wie steht es mit der Frage der Volksrevolution? In der heutigen Situation, wo wir Tendenzen einer revolutionären Krise in Deutschland entstehen sehen, aber alle Bedingungen dieser revolutionären Krise noch nicht vorhanden sind, kann die Lösung der Volksrevolution nicht als kurzfristige Aktionslösung angewandt werden. Heute ist die Lösung der Volksrevolution eine zentrale zusammenfassende Propagandalösung, das strategische Hauptziel, zu dem wir die Massen auf der Linie unseres Freiheitsprogrammes voranzuführen und sammeln. Es ist klar, daß mit der revolutionären Entwicklung eine Propagandalösung zur unmittelbaren politischen Aufgabe werden kann.

Bedeutet die Lösung der Volksrevolution eine Verwischung der klaren, massenmäßigen Zielsetzung unserer revolutionären Aufgaben? Keineswegs. Die Lösung der Volksrevolution ist

klar, daß im industriellen Deutschland mit seiner arbeitslosen und starken kommunistischen Partei der vollen Entfaltung der faschistischen Herrschaft ernste Hindernisse entgegengekehrt werden.

Es ergibt sich nach alledem als konkrete Analyse das, was wir auch in der Resolution aussprechen:

Wir haben in Deutschland den Zustand einer ausbreitenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur. Die Regierung Brüning ist in ihrer jetzigen Entwicklungsphase die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur. Gegen sie und alle ihre Hilfskräfte müssen wir den schärfsten Kampf der Massen führen!

ausschließlich ein Synonym der proletarischen Revolution, eine populäre Formulierung, die dabei die Lehre Lenins in sich schließt, daß das Proletariat unter der Führung der revolutionären Partei sich die Werkstätten in Stadt und Land zu Bundesgenossen machen muß. Was sagt Lenin über die Volksrevolution? In der Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, geschrieben 1905, heißt es:

„Der die proletarischen Aufgaben in der demokratischen Revolution einengt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus einem Führer der Volksrevolution in einen Leiter eines freien Arbeiterverbandes. Ja, der Volksrevolution. Die Sozialdemokratie kämpfte und kämpft mit vollem Recht gegen den bürgerlichen demokratischen Mißbrauch des Wortes Volk... Sie teilt aber das „Volk“ nicht in „Klassen“, damit sich die fortschrittliche Klasse in sich selbst verkaptele, sondern damit die fortschrittliche Klasse, ohne durch die Halbheit, Unbeständigkeit, Unentschlossenheit der Zwischenglieder zu leiden, mit um so größerer Energie, mit um so größerem Enthusiasmus für die Sache des ganzen Volkes, an der Spitze des ganzen Volkes kämpfe.“

Die Volksrevolution als strategische Hauptlösung bringt also die Verpflichtung mit sich, die Einbeziehung der werktätigen Mittelschichten in die revolutionäre Front mit entschlossener Initiative in Angriff zu nehmen. Das gilt für die Klein- und Mittelbauern, für den städtischen Mittelstand und nicht zuletzt für die Arbeit unter den Angestellten und Beamten.

## Unsere Politik und die Aufgaben der Partei

Genossen! Ich komme jetzt zu der Frage einer genauen Konturierung dieser politischen Linie. Die Hauptgefahr von Abweichungen in der jetzigen Situation ist selbstverständlich der rechte Opportunismus. Jede Abschwächung unseres Massenkampfes, jeder Temporekret gegenüber der revolutionären Entwicklung, jede Unterdrückung der revolutionären Perspektive wäre der schwerste politische Fehler. Aber auch andere Fehler könnten der Partei gefährlich werden. Wenn zum Beispiel die Partei Heberfahrungen in der Aufgabenstellung zuließe, könnte das dazu führen, daß wir auf die provokatorischen Pläne der Bourgeoisie und Sozialdemokratie hereinfallen und uns zu einem verfrühten Kampf provozieren lassen würden. Solche Heberfahrungen liegen zum Beispiel in dem Artikel des Genossen Sepp in der „Internationale“ vor, der am Schluß hinsichtlich der organisierten Formen unseres Kampfes schwere Heberfahrungen bringt. In dem Zusammenhang gibt es einzelne Auffassungen, die schon jetzt eine politische Delegiertenbewegung, gewissermaßen im Sinne von Keimen von Sowjets, schaffen wollten. Dies ist unrichtig. Wichtig ist auch die Auffassung, daß es zum Beispiel beim Ruhrkampf richtig gewesen wäre, nicht die vorhandenen vorbereitenden Kampfleitungen in Streikleitungen umzuwandeln, sondern an ihre Stelle Delegiertenkonferenzen und antifaschistische Aktionsausschüsse zu setzen. Diese ganzen Tendenzen erinnern an die Lösung der Menschewitz in der russischen Revolution, als sie „allgemeine Arbeiterkomitees gegen den Faschismus“ an Stelle der vielfältigen Organisationsformen des proletarischen Klassenkampfes setzen wollten.

Worum handelt es sich in Wirklichkeit bei unseren neuen Einheitsfrontorganen gegen den Faschismus? Wir haben eine große Welle des antifaschistischen Kampfwillens weit über den Rahmen der Partei hinaus. Hier bestehen die günstigsten Voraussetzungen für die proletarische Einheitsfront. Wir

haben als entscheidende Massenglieder in den Betrieben die Betriebswehren des Kampfbundes gegen den Faschismus, so wie wir die Jugendstaffeln und auf den Stempelstellen die Erwerbslosenstaffeln haben. Um über den Rahmen des Kampfbundes hinauszutreten, sowohl in der Mobilisierung der Massen für die antifaschistische Front, als auch in der Zerlegung der faschistischen Front, stellen wir die Frage der Wahl von Delegierten zu antifaschistischen Delegiertenkonferenzen und die Aufgabe, auf diesen Konferenzen örtliche und bezirkliche Aktionsausschüsse gegen den Faschismus zu bilden. Das ist der Charakter und die Aufgabenstellung dieser neuen Organisationsform. Wenn man die Frage stellt, wie weit wir darüber hinaus mit den bestehenden Einheitsfrontorganen und Organisationsformen nicht mehr auskommen, so möchte ich demgegenüber darauf hinweisen, daß z. B. der revolutionäre Vertrauensleutekörper, wie wir ihn auf dem Webbering Parteitag forderten, in der Praxis leider noch keineswegs ausgebaut ist. Hier müssen wir sofort den Aufbau in den Betrieben einleiten. Ebenso entsprechen die wenigen AGO-Betriebsgruppen noch durchaus nicht den Anforderungen ihrer Aufgaben. Statt diese Organe wirklich auszubauen, gibt es Genossen, die sich neue Organe ausdenken. Es ist klar, daß die Partei diesen Weg nicht beschreiten wird. Eine andere Frage ist die Notwendigkeit, in der Massenmobilisierung gegen die Terrorakte der Nazis eine entschlossene Wendung zu offensivem Taktik zu vollziehen.

Es darf keinen Terrorakt der Naziführer geben, ohne daß die Arbeiterschaft überall sofort mit offensivem, wehrhaftem Massenkampf antwortet.

## Einheitsfrontpolitik und der Kampf um die Gewinnung der Arbeiter

Genossen! Wenn wir die Frage der Einheitsfrontpolitik als des ausschlaggebenden Hebels zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse betrachten, so müssen wir uns an die verschiedenen Schwankungen und Abweichungen erinnern, die es in dieser Frage in unseren Reihen gegeben hat. Nach der Ruth-Fischer-Zeit gab es durch den Offenen Brief von 1925 große Fortschritte. Später versuchten dann die Versöhler, das Hauptgewicht der Einheitsfrontpolitik von unten zu verschieben und die Linie des Offener Parteitages zu revidieren. In derselben Linie lag ja auch Eweris Fragestellung: „Zwingt die Bonzen!“ Später gab es dann im vergangenen Frühjahr bei unseren Auseinandersetzungen mit dem Genossen Werker den entgegengegesetzten Fehler zu betämpfen, nämlich das Unverständnis der Methoden der Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter. Selbst in unserem Kreis bestanden damals Meinungsverschiedenheiten über den Passus in der Resolution unseres Märzplenums 1930, wonach wir „zwischen der konterrevolutionären Führerschaft der SPD, den unteren Betriebsfunktionären und den einfachen sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen“ unterscheiden müssen. Heute ist das für jeden eine Selbstverständlichkeit. Aber auch hinsichtlich der Einheitsfrontpolitik mit den SPD-Arbeitern haben wir jetzt eine neue Situation. Einerseits finden wir die vollständige Krise der reformistischen Theorie, andererseits in den Reihen der SPD- und SAJ-Mitgliedschaft zahlreiche Erscheinungen

einer inneren Gärung, Zerlegung und Rebellion. Deshalb stellen wir heute die kühne Aufgabe: Liquidierung des Masseneinflusses der SPD und Liquidierung der SAJ überhaupt.

Warum diese Fragestellung? Mit der Zuspitzung der Klassenituation, dem Vorhandensein von Elementen einer revolutionären Krise müssen wir uns überlegen, wo wir anzusetzen haben, um die revolutionäre Entwicklung vorwärtszutreiben. Genossen, dabei ist es klar, daß zwar der Hauptfeind des Proletariats im Klassenkampf der Faschismus ist, daß aber zugleich das Haupthindernis für die proletarische Revolution im Lager der Arbeiterklasse die SPD darstellt. Darum müssen wir in der Werbung und Gewinnung von Arbeitern aus dem gegnerischen Lager unsere Stoßkraft gerade auf dieses Haupthindernis konzentrieren, was natürlich nicht bedeutet, daß wir unsere Arbeit unter den unorganisierten, christlichen Arbeitern und antikapitalistischen werktätigen Nazianhängern vernachlässigen dürfen. Das war ja gerade die große Bedeutung des Wahlsieges am 14. September, daß wir damals ins Lager des Reformismus einbrachen und der SPD etwa 1 Million Stimmen abnehmen konnten. Die Sozialdemokratie verliert heute immer mehr an politischer Achtung. Mit der Verengung der arbeitertarokratischen Basis des Reformismus vollzieht sich der dauernde, historische Abstieg der SPD. Hier müssen wir



die erfolgreich begonnene Offensive fortsetzen und weitere Millionen sozialdemokratischer und in ihrer Mehrheit befindlichen Arbeiter gewinnen.

Die beste Voraussetzung für unseren prinzipiellen Kampf gegen die SPD, bietet die theoretische Krise der Sozialdemokratie und der II. Internationale. Genossen! Erinnert euch, welche neue „Theorie“ die Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre an Stelle des Marxismus erfunden hat und was davon übriggeblieben ist.

Bekanntlich produzierte Hilferding auf dem Kleiser SPD-Parteitag im Mai 1927 die Theorie von der jetzigen Periode als der Zeit „eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus“. Eine „Transformationsperiode“ sei gegeben auf Grund des „organisierten Kapitalismus, d. h. des Monopolkapitalismus, der allmählich die Anarchie des Kapitalismus, der freien Wirtschaft beseitigt“. Den Beweis dafür sollten die Vereinigten Staaten mit ihrer dauernden Prosperität liefern.

Aus dieser ökonomischen Fragestellung der reformistischen Theorie ergab sich die soziale Fragestellung, die gleichfalls ein ganzes theoretisches Gebäude im krassten Gegensatz zu den marxistischen Lehren darstellte. Die Lage der Arbeiterklasse sollte sich in der Transformationsperiode gleichmäßig mit der Konzentration des Kapitals und der Rationalisierung verbessern. Während Marx das „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ aufgestellt hat, wonach die „Akkumulation des Kapitals der Akkumulation von Elend entspricht“, erklärten die sozialdemokratischen Theoretiker, dieses marxistische Gesetz sei nicht stichhaltig. Die kapitalistische Rationalisierung müsse mit allen Kräften von der Arbeiterklasse unterstützt werden, ja, das sei eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften, da die Rationalisierung auch den Arbeitern nützen würde. Sogar kam an Stelle der marxistischen Lohntheorie die sogenannte Tarnowske Lohntheorie von der angeblichen Möglichkeit der hohen Löhne für die Kapitalisten. Und schließlich die famose Wirtschaftsdemokratie als „Weg zum Sozialismus“.

Dieses ganze theoretische System wurde naturgemäß auch nach der Seite der politischen Fragestellung ausgebaut. Ganz offen erklärte man, daß der Staatsapparat nicht mehr im Sinne von Marx und Engels als „Ausführungsorgan der Ausbeuterklasse zur Unterdrückung der Ausgebeuteten“ angesehen werden dürfe. Hilferding nannte den Parlamentarismus noch auf dem Magdeburger Parteitag der SPD den „einzigen Weg zur Verwirklichung des Sozialismus“ und verlangte deshalb für die Erhaltung des Parlamentarismus „Opfer, wie groß sie auch sein mögen“. Natürlich wurde auch mit dieser Theorie die Begründung für die Koalitionspolitik gegeben, insofern Koalitionserregungen den notwendigen Übergang zum Sozialismus darstellen.

Genossen, ich frage: Was ist von diesem ganzen theoretischen Gebäude übriggeblieben? Der „organisierte Kapitalismus“, der die Krisen ausschalten sollte, hat die Weltwirtschaftskrise nur verschärft. Das amerikanische „Paradies“ mit der Dauerkonjunktur existiert nicht mehr. Die Lage der Arbeiterklasse ist durch den Monopolkapitalismus, durch die Rationalisierung und trotz aller reformistischen „Theorien“, wie die Tarnowske Lohntheorie oder Wirtschaftsdemokratie ungeheuerlich verschlechtert worden. Heute wagt selbst kein Reformist mehr, diese alte Theorie aufzuwärmen. Die Rationalisierung hat statt Wohlstand Massenelend und Millionenverwerflichkeit gebracht. Was schließlich die Koalitionspolitik anbetrifft, können sich heute auch die sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr der Tatsache verschließen, daß die Koalitionsregierungen Schritt nach Schritt dem Faschismus huldigen. Es ist also höchstbedauerlich kein halber Stein mehr von dem ganzen theoretischen Gebäude des Reformismus übriggeblieben.

Die ganze theoretische Krise der II. Internationale, ihre ideologische Säulnis und ihr konterrevolutionärer Sumpf äußert sich am deutlichsten in der Stellung zur Sowjetunion. Nehmen wir z. B. Herrn Kautsky. Trotzdem er selbst in den Reihen seiner eigenen Freunde nicht mehr ernst genommen wird, wagte er es, vor einigen Monaten ein Buch herauszugeben „Der Bolschewismus in der Sakgasse“. Dieses Buch ist ein einziges Dokument der antibolschewistischen Kriegsbegeisterung im Dienste der Imperialisten. Herr Kautsky fordert so offen den gewaltsamen Sturz der Sowjetmacht, daß selbst solche schwachen Feinde des Proletariats, solche konterrevolutionäre, wie der Menschevikenführer Abramowitsch aus demagogischen Gründen von ihm abdrückte. In der Januarnummer der „Gesellschaft“ antwortet nun Kautsky auf die Kritik von Abramowitsch und den in einem Artikel „Sozialdemokratie und Bolschewismus“. Dort heißt es:

„Ist es möglich, daß an Stelle der Hölle, die das jetzige Sowjetrußland darstellt, noch etwas Schlimmeres kommt? Kann ein Sturz der Diktatur etwas Anderes bringen als eine Milderung der Hölle, zumindest vermehrte Bewegungsfreiheit? Für meine Phantasie wenigstens ist es nicht möglich, etwas Schlimmeres zu erkennen, als den heutigen Zustand Sowjetrußlands. Ich empfinde es höchst schmerzhaft, wenn die Macht unseres Angriffs gegen die unerbittlichen Schrecknisse der Diktatur dadurch geschwächt, daß man uns jürschen läßt, es wäre noch Schlimmeres möglich, wenn sie führt...“

Soweit ist es schon mit der II. Internationale gekommen. Das wagt selber nicht einmal die Bourgeoisie zu schreiben. Dieser konterrevolutionären Verumpfung der Führer steht die Radikalisierung der Massen gegenüber. Welche hauptsächlichsten Erscheinungen haben wir auf diesem Gebiet zu verzeichnen? Da ist einmal die Teilnahme der sozialdemokratischen Arbeiter und auch anderer Funktionäre an den Wirtschaftskämpfen. Seite an Seite mit der KPD. Zweitens müssen wir hier den antisozialistischen Kampfwillen bei den sozialdemokratischen Arbeitern verzeichnen. In kleineren Orten und auch in Großstädten treten ganze Abteilungen der SPD, manchmal sogar des Reichsbanners an unsere Genossen oder an die Genossen des Kampfbandes gegen den Faschismus heran, zum gemeinsamen Kampf gegen die Nazis.

Selbstverständlich hat hierbei unsere strategische Wendung eine große Rolle gespielt und alarmierend in den Reihen gewirkt. Ein drittes entscheidendes Faktum sind die ersten organisatorischen Formen einer Gruppenbildung in der SPD. Wir haben da einmal in Breslau, wo bekanntlich die SPD-Mitglieder ein Reichsbanner-Kommando aus ihrer Versammlung herausprägelten, den sogenannten „Sozialistischen Kampfband“, ganze Gruppen, in denen der jetzt zu uns übergetretene Genosse Müller eine Rolle spielte. Wir haben im Ruhrgebiet die Zeitschrift „Roter Kämpfer“, die illegal herausgegeben wird und um die sich verschiedene Gruppen im Reich gebildet haben. Wir haben schließlich in

Westen die Anwesenheit mit den Jungadlern, die die SPD immer haben, wobei es zu dem schweren Konflikt mit dem Reichsbanner und dem Bezirksvorstand kam. Überhaupt ist die Lage bei der KPD schon viel weiter fortgeschritten. Dort haben wir vielfach Übertritte ganzer Ortsgruppen zu verzeichnen. Im ganzen kann man sagen, daß unsere Partei viel zu wenig Kenntnis von diesen Vorgängen im sozialdemokratischen Lager hat. Die Hauptgefahr vom Standpunkt der proletarischen Revolution wäre jetzt die Bildung einer neuen KPD, auf die die Brandler-Geite spekulieren. Wir müssen eine solche verhängnisvolle Entwicklung durch unsere Entlarvung und Bekämpfung der Zentristen, der „linken“ SPD-Führer verhindern. Wir müssen viel stärker heran an die oppositionellen Arbeiter in der Sozialdemokratie.

Welche neuen Methoden ergeben sich dabei für uns? Die Hauptsache ist, daß wir die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr einfach sich selbst überlassen dürfen. Wir müssen eine Wendung zur Massendiskussion durchführen. Die Lösungen: Keine SPD-Versammlung ohne KPD-Referenten! und: Keine SPD-Mitgliederversammlung ohne kommunistische Beeinflussung! müssen unbedingt praktisch durchgeführt werden. Die Formen sind naturgemäß überall verschieden. In kleineren Orten wird man es sogar durchgehenden können, daß Kommunisten in sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen sprechen können. Eine weitere wichtige Frage ist, daß wir unsere Gegnerarbeit nicht mehr resistent, sondern als Aufgabe der Gesamtpartei betrachten müssen. Wir müssen es verstehen, die wichtigsten Diskussionen, zum Beispiel die Frage des „kleineren Übels“, dabei in elastischer und beweglicher Weise in den Vordergrund zu rücken. Und schließlich ein weiterer entscheidender Punkt: unsere Sprache, die in der Presse und Agitation viel mehr von Kraftbewußtsein und Siegesgewißheit getragen sein muß. Ein

## Unser Kampf gegen die Hitlerpartei

Über die Gewinnung der christlichen und unorganisierten Arbeiter will ich an dieser Stelle nichts sagen, weil es sich hier hauptsächlich um eine Aufgabe der KPD handelt. Aber eine besondere Stellungnahme erfordert die Behandlung der Nazifront. Ich habe schon über die Notwendigkeit der Verstärkung unseres wehrhaften Massenkampfes gegen den SA-Terror gesprochen. Dieser kann selbstverständlich nur auf der Grundlage einer verstärkten ideologischen Offensive zur Gewinnung der wertvollen Anhänger der Hitlerpartei vorantreiben gehen.

Betrachten wir kurz die Politik der Hitler-Partei in den letzten Monaten: ihren Verrat in Sachen des Young-Planes, ihr Einschwenken in die Völkerverbundspolitik, ihre Knechtseligkeit gegenüber Mussolini, ihre Antikommunisten, die praktisch einer Stützung Pilsudski-Polens und Soldnerdiensten für das Weltfinanzkapital gleichkommt, ihre Bekenntnisse für den Kapitalismus und das Privateigentum, ihre Hege gegen die Streik der Arbeiterklasse im Solde des Unternehmertums und zuletzt ihren Kampf gegen den Bolschewismus oder, wie sie provokatorisch sagen, gegen das „Untermenschentum“.

Auf Grund dieser Politik muß es uns möglich sein, einen mächtigen Einbruch in die Front des Nationalsozialismus zu erreichen. Unsere Aufgabe ist, jedes Eindringen der Nazis in die Arbeiterklasse trotz aller sozialdemokratischen Liebesdienste für den Faschismus zurückzuschlagen und die anti-

kapitalistische Arbeiter, Angestellten und Mittelständler, die bei ihnen stehen, loszureißen. Hier brauchen wir eine entschlossene Wendung.

Wir müssen mit aller Klarheit aufzeigen, daß wir die Partei sind, die die nationale Befreiung des deutschen Volkes ohne Eroberungskrieg, ohne Unterdrückung fremder Völker durch die proletarische Revolution zu verwirklichen vermag. Sie, die Nazis, sind die Partei der Revanche, wir sind die Partei des Friedens! Wir führen den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung der Minderheiten, sei es im Pilsudski-Polen oder in Mussolinis Italien oder in Frankreich; aber wir führen ihn gemeinsam mit den polnischen, italienischen und französischen Arbeitern. Wir brauchen nur das Beispiel des kühnen Auftretens unseres Genossen Tunkel, der als deutscher kommunistischer Landtagsabgeordneter nach Pilsudski-Oberbesessien ging und dort in Duzenden von Gruben zur Arbeiterklasse sprach, zu erinnern. Hier zeigt sich der krasse Unterschied zwischen unserer Politik und der der Hitler-Partei: Sie drehten Phrasen, wir schiden unsere Abgeordneten nach Pilsudski-Polen, um den Pilsudski-Terror im eigenen Lande zu bekämpfen und die Verbrüderung zwischen deutschen und polnischen Arbeitern zu demonstrieren. Auf der Linie dieser Politik mit der Waffe unseres Freiheitsprogramms das wir immer und immer wieder popularisieren müssen, werden wir die Faschisten schlagen und hunderttausende Anhänger von ihnen losreißen.

## Wir sind die Partei der marxistischen Front!

Aber wir müssen die wirkliche marxistische Massenfront erst schaffen, indem wir die Zähne des Marxismus immer stärker entfalten. Das muß auch in unserer Agitation zum Ausdruck kommen. Was ist jener „Marxismus“, gegen den die Bourgeoisie und die Nazis hegen? Was meinen sie damit? Der hungrigste Erwerbslose, dem sie Unterstützung rauben, der ausgeplünderte Betriebsarbeiter, dem sie den Lohn kürzen, die Arbeiterfrau, der sie das Fleisch vom Tische reißen, die Jugend, die sie zur Arbeitsdienstpflicht zwingen wollen, — diese alle sind mit „Marxismus“ gemeint, wenn die Kapitalisten vom Kampf gegen den Marxismus reden!

Die marxistische Front, das ist unsere Front!

## Die Aufgaben der Revolutionären Gewerkschaftsopposition

Die Stärkung und der Ausbau der KPD wird immer mehr zur zentralen Tagesaufgabe der Partei. Hier ist die stärkste Methode zur Gewinnung der bisher fernstehenden, unorganisierten und organisierten Arbeitermassen gegeben. Hier haben wir die wichtigste Stoßkraft für den Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur. Denn selbstverständlich ist jeder Lohnkampf heute ein politischer Kampf. Wir müssen Schlüsselmachen mit der Fragestellung von der sogenannten Politisierung der Wirtschaftskämpfe. Es handelt sich vielmehr darum, den politischen Charakter, den diese Kämpfe schon in sich tragen, herauszuarbeiten und zu entwickeln. Unrichtig ist auch die Meinung, daß der politische Massenstreik nur aus ökonomischen Streit hervorzunehmen könne. Das ist nicht richtig — wie Danzig zeigte —, aber es ist klar, daß jeder Lohnkampf, jeder ökonomische Streit, den Boden für den politischen Massenstreik auflodert.

Und nun einige Worte zu den ersten Lehren des Ruhrkampfes und des oberösterreichischen Streiks. Diese Streiks stellen ohne Zweifel eine prinzipiell höhere Stufe des Kampfes dar, deren Bedeutung weit über die Kämpfe von Mansfeld, des Berliner Metallarbeiterstreiks usw. hinausgeht. Warum ist das so? Einmal haben wir die Massen völlig allein und selbständig herausgeführt, obwohl die reformistischen Gewerkschaften von vornherein offen in der Front gegen den Streik standen und nicht erst, wie in Mansfeld und Berlin, im Verlaufe des Kampfes zum Streikbruch übergingen. Damit bedeuten diese Kämpfe einen gewaltigen Erfolg, der der KPD Achtung beim Proletariat errungen hat. Als zweites kommt hinzu, daß wir bei diesen Kämpfen neue wesentliche Erfahrungen hinsichtlich der Kampfmethode erworben haben. Die offensive Taktik hinsichtlich des Termins für den Streikbesinn bewirkte eine Ueberrumpfung des Gegners. Die Arbeiterklasse lernt, daß sie sich nicht das Gesetz des Handelns vom Gegner vorzeichnen lassen darf.

Schließlich die glänzende Rolle der Frauen und der Jugend wie auch der Erwerbslosen und als weiteres die offene Entlarvung der Nationalsozialisten als bemaffnete Streikbrechergarde, wobei sie sich freilich blutige Köpfe von der Arbeiterklasse geholt haben. Das Volksbüro wird über diese Kämpfe noch eine besondere Reulution in nächster Zeit herausbringen.

Andererseits können wir heute schon einige Schwächen feststellen. Das ist einmal das Verhältnis zwischen den parteilosen Arbeitern und unseren Funktionären. Unsere Genossen hatten sich auf eine Anzahl fester Schächte konzentriert, die sie als absolut freiständig betrachteten. Nachher stellte sich heraus, daß von diesen Schächten einige nicht in den Streik traten, wohl aber andere, von denen man es nicht erwartet hatte. Ein weiterer Mangel besteht in der ungenügenden politischen Vorbereitung des Streiks. Wir haben den bedauerlichen Vorposten-Terror den Massen nicht genügend aufgezeigt, so daß auch die Abwehrkraft der Massen gegen skrupellosen Terror

nicht genügend entwickelt war. Eine weitere Frage ist die ungenügende Einstellung des ganzen Reiches auf die Solidaritätsaktion. Im Ruhrrevier, Waldenburg, Mitteldeutschland, Sachsen und Saargebiet gab es keinen gleichzeitigen Kampf. In Oberschlesien setzte der Streik zu spät ein. Eine andere Schwäche sind die Mängel in der Herausbildung aktiver Streikführer. Es fehlten die wirklichen Kader. Die roten Betriebsräte waren ungenügend in die Organisation des Kampfes einbezogen. Es gab ferner auch in der politischen Leitung Schwächen, nachdem Genosse Florin durch seine Krankheit ferngehalten war.

Ein wichtiger Punkt ist die ungenügende organisatorische Vorbereitung für den roten Bergarbeiterverband. Und zuletzt die Tatsache, daß es im Kampfgebiet selbst keine genügende Solidaritätsbewegung der übrigen Arbeiterschichten, mit Ausnahme des glänzenden Hafnarbeiterstreiks in Duisburg, gab.

Trotz dieser selbstkritischen Bemerkungen kann selbstverständlich die gewaltige positive Rolle des Ruhrstreikes in keiner Weise geschmälert werden. Dieser Kampf eröffnet eine neue Periode in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Verglichen mit den früheren Kämpfen entspricht er der höheren Aufgabenstellung des V. KGW-Kongresses gegenüber dem V. KGW-Kongress.

Genossen, ich möchte in diesem Zusammenhang an die berühmten Worte des Genossen Stalin im Präsidium des KGW am 19. Dezember 1928 erinnern, wo er trotz des Geheuls der Rechten und Versöhler bereits in klarer Voraussicht die Perspektive des Entstehens von roten Gewerkschaften in Deutschland entwickelte. Genosse Stalin sagte damals:

„Vollkommen denkbar wäre aber eine solche Situation, in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu schaffen, entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verkaufenden Bonzen. Eine solche Situation haben wir bereits in Amerika. Es ist durchaus möglich, daß auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird.“

Damals wagten uns die Versöhler hier im Zentralkomitee die Frage vorzulegen: „Wie steht ihr zu Stalin?“ Wir gaben ihnen eine Antwort damals und geben sie ihnen heute: Die KGW-Arbeit und die roten Verbände sind unsere Antwort! Natürlich ist es klar, daß diese nur auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung entstehen können, wenn die Spaltungs- und Streikbruchspolitik des Sozialfaschismus schon besonders krasse Formen angenommen hat. Von entscheidender Bedeutung ist selbstverständlich nach wie vor die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front der reformistischen Verbände, wo es immer noch etwa 5 Millionen organisierte Arbeiter gibt. Hier müssen wir lernen und verstehen, die Mandate, die die Bourgeoisie bei ihrer faktischen Arbeitsgemeinschaft mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie durchführt (wobei sie den Reformisten bis



### Trotzdem:

## Berichtet an die „Arbeiter-Zeitung“!

War es da in einer Bezirks-Spielleitung (8. Bezirk) in Schwand, als man man folgenden Beschluss des 14. Kreises (Schlesien) bekanntgab: Es ist verboten, Sportberichte an die „Arbeiter-Zeitung“ zu senden; Strafe — Ausschluss! Selbstverständlich sprachen sich die anwesenden Funktionäre sehr dagegen aus, denn alle „Hundstreu“ Genossen sind noch nicht so verblödet, wie sie die „Führer“ der Kreisleitung einschätzen mögen. Ihr Klassenbewusstsein sportler, schart auch zusammen und werbet Kämpfer für die Einheit im Arbeitersport. Auch will man den Genossen verbieten, das JG. Abzeichen zu tragen und erklärt ganz einfach, ob man nicht weiß, daß man mit dem Moment ausgehoben ist, wo man das Abzeichen trägt. Aber nur gemacht, ihr „Dürrgenossen“, auch eure Stunde wird bald geschlagen haben.

### Adressen der Roten Fußballer

Da von Provinzvereinen die Anschriften der Roten Fußballer Breslaus bisher wenig bekannt sind, veröffentlichen wir dieselben.  
 USB. Fichte (West): Paul Kuntke, Welfenburger Straße 11.  
 USB. Pfeil: Max Brubny, Lange Gasse 53.  
 USB. Rot-Weiß: Kurt Wersig, Dofener Straße 75.  
 USB. Fanal: Fritz Wintler, Leuthenstraße 66.  
 USB. Grün-Weiß: Karl Kumsche, Karuthstraße 18.  
 USB. Dynamo: Max Grögor, Salzstraße 31.  
 USB. Solidarität: Max Hilbert, Seitengasse 6.  
 Fichte Schelling: Turnabteilung und Handball: Willi Baum, Friedrich-Wilhelm-Straße 102, Seltenshaus.  
 USB. Blau-Weiß, Dels: Karl Kaczmarol, Storchneßstraße 17.

### Am die schlesische Mannschaftsmeisterschaft der Athleten

In den sämtlichen Bezirken des 1. Kreises des NWD. sind die Orientkämpfe im Ringen und Heben für 1930/31 ausgetragen worden und stehen folgende Bezirksmeister fest:

- Ringen A-Klasse:**
1. Bezirk: Freie Sportvereinsigung 1897 Breslau;
  2. Bezirk: „Die Freien“, Lannhausen;
  3. Bezirk: „Eiche“, Plegnit;
  4. Bezirk: „Einigkeit“, Langenbielau;
  5. Bezirk: „Einigkeit“, Schlegel;
  6. Bezirk: Arbeiter-Turn- und Kraftverein, Penzig.
- Gewichtheben A-Klasse:**
1. Bezirk: NWD. 1911, Breslau;
  2. Bezirk: „Einigkeit“, Wmoasser;
  3. Bezirk: „Eiche“, Striegau;
  4. Bezirk: „Einigkeit“, Langenbielau;
  5. Bezirk: „Einigkeit“, Schlegel.

### Bezirkstage der Arbeitersportler im Waldenburger Bergland

Die wichtigsten Tagungen als Schlüssel des vergangenen Jahres, die Bezirkstage, sind in unmittelbarer Nähe gerückt. Dem Bezirkstage aller Sparten voraus gehen die Tagungen der einzelnen Sparten. Ihnen ist diesmal insofern ganz besondere Bedeutung beizumessen, als der Bezirk ein Jahr großer Arbeit hinter sich hat — und vor einem weiteren neuen großen Abschnitt seines bisherigen Bestehens steht. Doch auf diesen Tagungen mitunter brennende Fragen zur Diskussion stehen werden, liegt klar auf der Hand und ist begründet durch die immer mehr sich zuspitzende wirtschaftliche Lage, die tief eingreift in alle Vereinsarbeit. Aller Voraussicht nach werden die diesmaligen Vertretertagungen aber nicht die zahlreiche Beschäftigung seitens der Vereine aufzuweisen haben wie andere Jahre. Der größte Teil der Mitglieder ist leider erwerbslos und die Vereinstaffeln haben nicht immer die Mittel zu angemessener Delegation. Mehr denn je ist es daher notwendig, daß die Arbeitersportler zu all den Tagungen die Hilfe ihres Funktionärapparates einfordern.

Die Fußballer tagen am 8. Februar im „Fürst Blicher“, Neu-Waldenburg. Der Bezirkstag für alle Sparten findet am 15. Februar in Salzbrunn, Hotel „Schwert“, statt.

### Rot-Weiß Breslau gegen USB. Fichte Kreuzburg

Am Sonntag, dem 18. Januar, fanden sich die ausgeschlossenen Vereine Rot-Weiß Breslau und USB. Fichte Kreuzburg gegenüber. Da beide Mannschaften über eine gute erste Elf verfügen, gab es schon Kämpfe. Breslau führte ein flottes technisches Spiel und es gelang Breslau, in der Halbzeit zwei Tore zu erzielen, so daß die Halbzeit 2:0 für Breslau stand. Doch die zweite Halbzeit verstand Kreuzburg das Spiel. Es fiel das erste Tor, das die Breslauer erlaubten und aus der Ruhe brachte, und Kreuzburg schob darauf das zweite Tor und erzielte damit den Ausgleich. Um so eifriger wurde das Spiel beider Mannschaften, so daß es den Kreuzburgern gelang, die Führung zu übernehmen. Kurz vor Schluß gelang den Breslawern ein Abseitstun. Doch der Schiedsrichter ließ sich nicht beeinflussen und das Spiel endete mit 3:3.

### Freie Sportvereinsigung 1897

In der Turnhalle Brummenstraße schlug am Mittwoch im Mannschaftsspielen der Handballer 1897 III die unvollständige zweite Mannschaft mit 12:2, so daß sich folgende Platzierung ergibt:

1. 1897 I Männerhandballer, 2 Siege, 20:11 Punkte;
2. 1897 III Männerhandballer, 1 Sieg, 1 Niederlage, 20:12 Punkte;
3. 1897 II Männerhandballer, 2 Niederlagen, 5:27 Punkte.

Zu begrüßen wäre es, wenn die Handballer das Ringen als Ergänzungssport auch weiter durchführen.

USB. Dynamo, Breslau. Die Vorstandswahlen ergaben folgende Zusammensetzung: erster Vorsitzender und Sportwart Max Grögor; zweiter Vorsitzender Artur Krause; erster Kassierer Max Gohl; erster Schriftführer H. Radon; Beisitzer: Galle und Franzke. Sitzung jeden Freitag in Schmieders Gaststätte, Uferstraße 42. Sämtliche roten Fußballer Schelling sind gern gesehen.

Sportvereinsigung Nordost 03 E. R. Mittwoch, den 28. Januar, 20 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung aller Abteilungs-Funktionäre bei Martin Joublik, Kollwitzer Straße 11. Freitag, den 29. Januar, Turnhalle Waterloostraße, Mannschaftskampf im Ringen, Obertor gegen Ohlauertor. Freunde und Gäste des Arbeitersportes gern gesehen. Eintritt frei. Beginn 20 Uhr.

## Sport vom Sonntag

Rot-Weiß (Lomb.) gegen Grün-Weiß 5:3  
 Dynamo I gegen Pfeil I 3:1

Der gestrige Sonntag brachte auf der Brückenmaße zwei Gesellschaftsspiele. Allerdings ließ der aufgetaute schlüpfrige Schneeboden einwandfreie Spiele nicht zu, und waren durch diesen mitternächtere Spielphasen, die bei regulären Verhältnissen bestimmt vermieden worden wären, zu verzeichnen. Am besten hatte es der Zuschauer, der helle Freude an den vor Schmutz starrenden und im Pfützen badenden Spielern hatte. Schadenfreude ist nun einmal die größte Freude. Unter Leitung von Köstner (Dynamo) trafen um 9 Uhr Rot-Weiß und die das erstmalig partende Grün-Weiß-Mannschaft zusammen. Das Spiel verlief durchweg interessant, und dürfte für unsere junge Bewegung bestimmt Propaganda gemacht haben. Grün-

Weiß stellte eine Mannschaft, die bei öfterem Zusammenspiel bestimmt zu beachten sein wird. Resultat: 5:3 für Rot-Weiß.

Am Nachmittag machte der schlechte Boden den Akteuren von Dynamo und Pfeil öfters Beschwerden, und muß man unter diesen Umständen eine Mannschaftsstärke völlig fallen lassen. Dynamo gewann dieses Spiel durch die bessere Zusammenarbeit der ganzen Mannschaft, doch steht man bei Pfeil, daß es auch dort rüftig vorwärts geht. Wulle (Rot-Weiß) als Schiedsrichter mußte energischer durchgreifen, denn die erregten Gemüter erlaubten sich doch manchmal subtel, was man bei dieser Klasse nicht erwartet hätte.

Montag, den 28. Januar, Bezirksführung in Barthels Bierstuben, Lange Gasse 47. Es werden hiermit die Sportgenossen Wulle (Rot-Weiß), Rausch (Pfeil) und Schelle, Friß (Dynamo) für 20,30 Uhr vorgeladen.

## Spartakiade 1931 in Berlin

Im Juli d. J. ruft die Rote Sportinternationale sämtliche Roten Sportler zur Spartakiade nach Berlin. Es ist bereits eine große Begeisterung unter den revolutionären Arbeitersportlern aller Welt. Immer mehr verbreitet sich die revolutionäre Idee des Klassenbewußten Proletariats in der Arbeitersportbewegung. Im Gegensatz zu der Olympiade der Luzerner Sportinternationale, die nicht den Charakter der internationalen Solidarität des Proletariats zum Sturz des Weltkapitalismus hat, werden die Roten Sportler in Berlin offen das Banner der proletarischen Revolution erheben. In allen Ländern, in denen Sektionen der revolutionären Opposition in den Arbeitersportverbänden bestehen, rüstet man zur Spartakiade.

In England ist bereits ein Zentralkomitee zur Vorbereitung der Spartakiade gebildet. In fast sämtlichen Orten bestanden Rote Sportvereine, deren Mitglieder eifrig über die Beteiligung an der Spartakiade diskutierten und bereits aktive Sammeltätigkeit zur Finanzierung der Sportdelegation in die Wege geleitet haben.

Große Begeisterung herrscht bei den Arbeitersportlern in Frankreich. Praktische Maßnahmen, die eine zahlreiche Beteiligung an der Spartakiade ermöglichen, Anmeldungen von Bog-, Radfahrer- und Leichtathleten-Sparten sind bereits in Berlin getätigt.

Aus der Tschechei wird ein starkes Aufgebot in Berlin ein treffen. Überall haben bereits die Arbeitersportvereine zur Spartakiade Stellung genommen. Alle Sportler erklären, daß sie trotz wirtschaftlich schwieriger Verhältnisse alles daran setzen werden, um nach Berlin zu fahren.

Auch die nordischen Sportler rüsten zur Spartakiade. In

den Vereinen finden Ertragskungen statt, in denen Spartakiade-Komitees gebildet werden, welche Vorbereitungen treffen sollen, um wegen der Arbeitslosigkeit finanzielle Mittel zu schaffen, die eine starke Beteiligung in Berlin ermöglichen.

Auch in Oesterreich und in der Schweiz rüstet man zur Spartakiade und die dort verhältnismäßig schwache Bewegung behauptet ein großes Interesse für Berlin.

Aus allen Ecken unseres Reiches mobilisieren die Arbeitersportvereine ihre Kräfte zur Spartakiade. Daß dieselbe in Berlin stattfindet, wird besonders von der revolutionären Arbeiterschaft begrüßt.

Bei uns in Schlesien und Oberschlesien muß die nächste Zeit vollkommen im Zeichen der Vorbereitungen zur Spartakiade stehen. Die gesamte technische und organisatorische Arbeit muß in allen Sparten auf dieses Ereignis eingestellt sein. Schlesien muß dazu helfen, daß die Zahl von 75 000 in Berlin eintreffender Sportler noch übertroffen wird. Eine gewaltige nie dagewesene Sportveranstaltung wird zur Abwicklung gelangen. Notwendig ist es, daß sich ein jeder der Größe der Spartakiade bewußt wird und genügend Verantwortungsgelbst dafür aufbringt.

Darum, Rote Sportler, beweist durch zahlreiche Meldungen zur Spartakiade nach Berlin, daß ihr ein großes Ganzes bildet und daß der Reformistensport in unserer Provinz durch eifriges Werben für unsere Bewegung bald verschwindet.

Die Meldebüro sowie die sportlichen Darbietungen bei der Spartakiade werden in der nächsten Woche veröffentlicht.

## Spaltung im 1. Kreis vollzogen

NWD.-Kreis-Generalversammlung des 1. Kreises — Aares Auftreten der Opposition

Sonntag, den 18. Januar, tagte in Plegnit die Kreis-Generalversammlung der Arbeiter-Athleten mit einer Tagesordnung, die wegen der Kürze der Zeit gerade den für uns wichtigsten Tagesordnungspunkt „Stellungnahme zum Bundesstag Ostern 1931 in Augsburg“ überhaupt nicht behandelte. Die einzelnen Punkte wurden in ihrer Reihenfolge erledigt. Die Mandatsprüfungskommission prüfte die Bücher von 30 Teilnehmern und beanstandete davon neun. Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab Wiederwahl desselben gegen die Stimmen der Opposition. Den Berichten der einzelnen Leiter nach haben wir einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen und geringe Teilnahme am sportlichen Leben. Das in Nieder-Pernsdorf stattgefundene Preisfest endete mit einem Defizit. Auf die Ursachen dieses Verfalls ging man nicht näher ein, nur die Genossen Kleinert und Klose zeichneten klar und eindeutig, daß SPD. und Gewerkschaftsbürokraten an diesem Niedergang mitschuldig sind. Durch die Lohnabbauakt der Gewerkschaftsbürokraten können die Genossen nur noch das allernotwendigste kaufen, auf sportliche Betätigung reicht es nicht mehr. Dapfisch wirtte die Bemerkung eines SPD.-Delegierten, welcher erklärte: „Nicht die Opposition frist uns, sondern die Beiträge!“ Bestanden wurde der Klassenbericht und gleichzeitig damit gefordert, daß, wie alljährlich, jedem Delegierten ein gedruckter Klassenbericht vorgelegt wird. Vom Genossen Kleinert wurde insbesondere den Delegierten ans Herz gelegt, für Verbreitung des Jiu-Jitsu Sorge zu tragen, da sie es als Arbeitersportler einmal nötig haben werden. Der Punkt „Bundesstag“ wurde, wie eingangs erwähnt, nur gestreift, gerade hierzu müßte mehr Zeit vorhanden sein. Als Delegierte sahen:

### Diktatorisch bestimmt vom Bundesvorstand

ber Preisleiter Köhler und Pechel. Plegnit, der von der Versammlung mit sechs Stimmen bestimmt wurde. Mit diesen Maßnahmen sichert sich der Bundesvorstand schon von vornherein eine Zweidrittelmehrheit. Genossen, glaubt doch nicht, daß der Bundesstag

wegen der Inzidenzen und Erwerbslosensfrage einberufen wird, wenn die Statutenänderung ist angebahnt und damit verbunden die Frage: „Wie bekämpfen wir am besten die Opposition?“ Erinnert sei nur an den Artikel der Arbeiter-Zeitung in diesem Monat mit der Überschrift: „Die Aufgaben des Bundesstages 1931.“ Dort wird ja klar in den Vordergrund gestellt, was man will: nur Kampf gegen alles, was kommunistisch heißt. Von diesem zusammengefaßten Bundesstag können wir allerdings erwarten. Unter Preisangelegenheiten folgte sich das wahre Gesicht der SPD.-Postenwärter. Was dort zur Sprache kam, wohlgerichtet, von SPD.-Sportlern, ist beschämend für die ganze Arbeitersportbewegung. Der erste Vorsitzende Köhler stellte den Antrag auf

### Ausschluss der Genossen Bittner und Niebel wegen oppositioneller Tätigkeit

Die Delegierten erklärten, daß dieser Antrag, wenn er zur Annahme kommt, in den Vereinen nicht durchgeführt werde. Der Ausschluß wurde mit 17 gegen 8 Stimmen ausgesprochen. Ein Drittel der Delegierten war wegen der vorgeleiteten Zeit schon weg. Bei dieser Debatte kam das eingangs beschriebene Verhalten des Kreisjugendleiters Pechel zur Sprache. Pechel kommt mit seiner Mannschaft von Plegnit, um gegen einen Breslauer Sportverein zu kämpfen. Die Breslauer Genossen hatten sich aber zu dieser Veranstaltung die Kapelle des Musikvereins „Fortschritt“ bestellt, die sie unentgeltlich spielte, das Reichsbanner aber für Stellung der Musik von Proletariaten Geld verlangte. Die Kapelle trug aber die Wahlführerbinden der SPD. und rote Selbstbinder. Das wirkte auf einzelne Plegnitzer und insbesondere auf Pechel so, daß er den Breslauer Verein im Stich ließ, also ohne zu kämpfen nach Hause fuhr. Sportgenossen, steht daraus eure Lehren, steht nicht nur in Opposition zu diesen Luchtsenossen, sondern kämpft gemeinsam mit der REZ. gegen diese Leute, laßt unsere Presse und helft uns, die Abwehrfront gegen die Zerstückelung zu organisieren.

G. R.

## Distriktskonferenz der Arbeiter-Esperantisten für Einheit

Oppeln. Wie in anderen Arbeiterorganisationen, sind auch in der Arbeiter-Esperantobewegung die Spalter am Werk, die Arbeiter-Esperantisten in zwei Teile zu reißen, um sie vom Klassenkampf abzuhalten. Einigen fanatischen SPD.-Anhängern im Reich ist die jetzige kommunistische Bundesleitung, welche voriges Jahr Ostern am Bundesstag in Essen ordnungsgemäß mit überwiegender Stimmenmehrheit gewählt wurde, ein Dorn im Auge. Das veranlaßte sie, aus dem Bunde auszutreten, um einen eigenen Laden zu gründen, welcher sich Sozialistischer Esperantobund nennt. Natürlich dürfen in Schlesien die Krümer dieses Ladens nicht fehlen; der bisherige Distriktsleiter Deller ist aus nichtigenden Gründen aus dem Bunde ausgetreten und hat seinem Parteifreund Janotta, ohne die Ortsgruppen zu informieren, die Leitung übergeben. Janotta sollte an einer vom Bundesvorstand am 22. Dezember v. J. nach Berlin einberufenen erweiterten Bundesvorstandssitzung teilnehmen, hat sich aber nur mit einem Schreiben vollstündiger Verleumdungen gegen den Bundesvorstand bemerkbar gemacht. Genosse Bildebrand, Berlin, 1. Vorsitzender des Arbeiter-Esperantobundes, lud für den 18. Januar die schlesischen und ober-schlesischen Ortsgruppen zu einer erde-

lichen Distriktskonferenz nach Breslau ein, um über die Lage des Bundes zu berichten und wo er auch die Verleumdungen gegen den Bundesvorstand von Seiten Janotta & Co. in einer sehr sachlichen Art juristisches. Nach offener und reichlicher Aussprache der Delegierten trat man für die Einheit im Bunde ein, und beurteilte auf das schärfste die Handlungsweise Janottas, welcher trotz Einladung nicht amwesend und zu feige war, seinen Standpunkt in bezug des Bundes offen und sachlich darzulegen. Janotta wurde als Distriktsleiter nicht anerkannt, und man wählte die Genossen Krochen, Oppeln, als ersten, und Genossen Herich, Breslau, als zweiten Vorsitzenden in die Leitung des Distrikts Schlesien. Nachdem noch verschiedene Fragen erledigt wurden, schloß man die Konferenz mit dem Rufe: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

### Briefkasten

Agitationskreis Breslau. Da über das Spiel Rot-Weiß Breslau gegen Fichte Kreuzburg ein Bericht aus Kreuzburg fehlt, haben wir diesen veröffentlicht.



# Rund um den Erdball

Diese Heuchler wagen über „Zwangsarbeit in der Sowjetunion“ zu faseln

## Bei den ausgeliehenen Kettenflaven der Südstaaten

Auffeherregende Enthüllungen über den amerikanischen Strafvolzug: „Der Kettengang“

Im Man, ein kommunistischer Reporter Amerikas, hatte Gelegenheit, in den Südstaaten Amerikas den Strafvolzug dieses lastvollsten Anstaltens zu beobachten. Im folgenden Bericht mit seinen Bildern, der unter dem Titel: „Die erdähnliche Hölle der amerikanischen Strafvolzugsanstalten“, veröffentlicht wird, ist die da fortgesetzt von einer „Zwangsarbeit in der Sowjetunion“ faseln.

### Arbeitsklaven mit gefesselten Füßen

Newport 23. Jan (Rote Hilfe-Bericht.) Das zaristische Rußland hatte sein Sibirien, das tschechische Jugoslawien und die anderen Kaiserstaaten des Balkans haben ihre Marzeshöhlen, Venezuela seine Schreckensammer, Frankreich seine Teufelsinseln — Amerika hat keine „Kettengänge“ das sind Strafgefangene, die an den Füßen mit Ketten gefesselt sind, Staatsarbeiten verrichten oder an Unternehmer „ausgeliehen“ werden.

Der Süden Amerikas ist immer noch ein halbfeudales Land, in dem 75 Prozent der Agrarbevölkerung Pächter sind, die auf den tiefsten Lebensstandard aller Schichten des amerikanischen Proletariats hinuntergedrückt sind. Neun Millionen der südlichen Werktätigen sind Neger, die in der sozialen Struktur Amerikas die Stellung der Parasiten einnehmen.

Diesem feudalen-agrarischen Wirtschaftssystem entspricht auch das barbarische System des Strafvolzuges, „Der Kettengang“. Die herrschende Klasse, deren Reichtum auf Leibeigenschaft und Wächterausbeutung beruht, die zuläßt, daß die Neger um den Mississippi herum noch nicht einmal wissen, daß die Sklaverei gesehlich aufgehoben ist, die es zulassen, daß Neger an irgend einen Baum geknüpft zum „Sieb“ gefesselt werden, braucht natürlich den Kettengang als Mittel des Strafvolzuges. Kettengang, das ist Arbeit in Ketten. Wird der Gefangene ins Lager gebracht, so werden ihm sofort Ketten um seine Gelenke geschmiebt, die erst nach Verbüßung der Strafe wieder abgenommen werden.

### In den Sümpfen des Mississippi

In diese schweren Ketten gefesselt, schufen die Gefangenen mit dem 48 Pfund schweren Hammer in den feuchten Steinbrüchen, in der glühend heißen Sonne, beim staatlichen Wagnis, in den malaria infizierten Sümpfen des Mississippi, Alabama oder Georgias. Billiger als das Futter für den Maulwurf ist der Straß, der den Arbeitsklaven hingeworfen wird. Für 55 Cent verfrachtet der Maulwurf am Tage, doch der Straß für den Gefangenen kostet nur 14½ Cent.

Gefangene, die ihre Menschenwürde nicht kampflos zertreten lassen wollen, werden mit den raffiniertesten Martiern zur „Wandlung“ gebracht. Denn die Wächter des Kettenganges sind der Abschaum der Menschheit. Sie rekrutieren sich aus denselben Schichten, wie die berüchtigten „Kohlen- und Eisenpolizisten“ der nordamerikanischen Industriellen. Eine besonders teuflische Art der Feinstrafung ist, den Gefangenen besondere Stahldornen an den Gelenken zu befestigen, die ihnen selbst die kleinste Bewegung zur Höllequal machen. Trotzdem aber muß der Gefangene sein Arbeitspensum wie sonst verrichten. Weigert sich jemand zu arbeiten, wird er an Pfähle gefesselt und ausgepeitscht.

In den unendlichen Sümpfen und undurchdringlichen Wäldern von Georgia und am Mississippi erleiden die Gefangenen Höllequalen, die selbst den tschechischen Sibirien des Balkans noch unbekannt sein dürften. Und nur solch ein erbärmlich ausgebeutetes Arbeitstier, wie es der Negerarbeiter der Südstaaten ist, kann solchen Strafvolzug überleben.

### Dollars, Dollars, Dollars!

Doch das Unerhörteste an diesem Strafvolzug von Staaten, die sich „christlich“ nennen, ist: In den Kettenflaven

### Der Meuterer von Odessa frei



Der französische Genosse André Marthy, der Führer des Aufstandes in der Schwarz-See-Flotte, wurde nach mehrjähriger Gefängnisstrafe infolge des verstärkten Druckes der französischen Arbeitermassen freigelassen. Ein „Rot Front!“ dem Meuterer von Odessa!

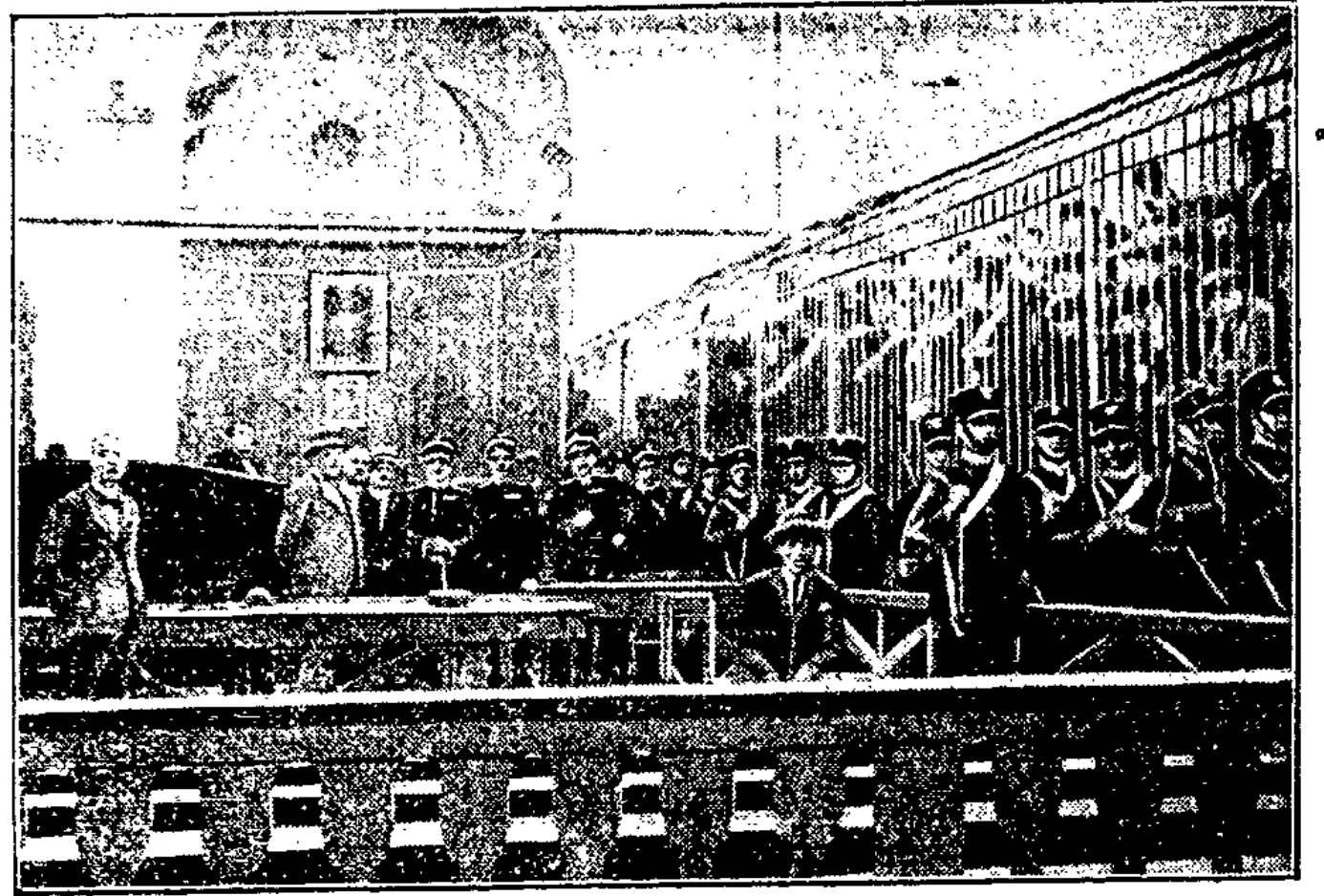
wird verdient! Dollars! Sie werden entweder für öffentliche Arbeiten auf Straßen und Staatsfarmen verwendet, erledigen also bezahlte Arbeitskräfte — Amerika hat ja auch so wenig Arbeitslose! — oder sie werden rottenweise an Unternehmer vertrieben. Werden solche unbezahlte Arbeitsklaven gebraucht, so veranlassen die Polizei Kazzten und verhaftet alle, die als „Landstreicher“ in ihre Hände fallen, zur Strafverbüßung im Kettengang. Ja, sogar die junge Industrie sucht sich die spottbilligen Arbeitsklaven beim Kettengang. Die United Steel-Corporation benutzte das berühmte „Landstreichergesetz“, um die klassenbewußten Arbeiterorganisationsunfähig zu machen. Denn was die bezahlten Totschläger der Stahlwerke nicht vermögen, das

wollen die Unternehmer mit Hilfe des staatlichen Strafvolzuges erreichen!

Diese selbst in der kapitalistischen Welt an Sabismus einzig dastehende Klassentyrannie der Sklaventreiber der Südstaaten, die — koste es was es wolle — ihre feudalistischen Vorrechte zu erhalten suchen, muß die klassenbewußte Industriearbeiterklasse der ganzen Welt, die von der geschichtlichen Entwicklung als Freunde und Vorkämpfer aller unterdrückten Kolonialsklaven bestimmt sind, bis zum äußersten anspornen, alles daran zu setzen, die kapitalistischen Blutsauger und Sklaventreiber nach dem Beispiel der sowjetrussischen Arbeiter- und Bauernmassen als herrschende Klasse zu liquidieren.

### Zu 1000 Jahren Zuchthaus verurteilt

131 Mitglieder der sizilianischen „Maffia“ wurden zu insgesamt 1000 Jahren Zuchthaus verurteilt. Den 186 Angeklagten dieses Riesensprozesses — 55 wurden freigesprochen — waren 2800 Verbrechen zur Last gelegt. Während der vier Monate dauernden Verhandlung saßen die Angeklagten, wie unser Bild zeigt, in einem vergitterten Eisenkäfig. Der faschistische Gerichtshof hatte sich aus Sicherheitsgründen während der vier-tägigen Beratung im Gerichtsgebäude Tag und Nacht aufgehalten.



300 Kilogramm Gold sollte in drei Monaten produziert werden

## Wie Tausends Bluff einmal mißglückte

Ein Zeuge, der etwas schlauer war als Ludendorff, enthüllt die „Goldmacher-Technik“

### 6. Tag

In der Sonnabend-Verhandlung des Münchener Mischmistenprozesses offenbarte der als Zeuge vernommene Chemiker Dr. Hohage, was für plumpe Mittel Goldmacher Franz Tausend anzuwenden brauchte, um Ludendorff und andere reaktionäre Geldgeber zu blaffen.

Im Antrage der Schöllner-Werke Wien hat der Zeuge Hohage seiner Zeit mit Tausend verhandelt. Nach seiner damaligen Erfahrung mit dem Goldmacher sei er heute berechtigt, ihn als einen Phantasten zu betrachten. Selbst in Anwesenheit dieses Fachmannes mißlangten Tausends Experimente trotz dreistündiger Arbeit, wobei dem armen Tausend der Schweiß aus allen Poren brach. Als nun einmal der Zeuge Hohage gelangweilt zum Fenster hinausgedrückt hatte, bemerkte er, wie Tausend eifrig weiterarbeitete. Er beobachtete ihn von der Seite und sah plötzlich, wie Tausend heimlich einen Zigarettenstummel mit Goldmündstück in den Schmelztiegel fallen ließ. Hohage sagte nichts dazu, doch bald gelang es Tausend, ein Stückchen Gold aus der Bleimasse herauszuzaubern.

Damit wäre eigentlich schon das Geheimnis der Tausendischen „Goldmachertechnik“ geklärt, zumal bereits in der Anklagechrift behauptet wird, daß nach dem ersten mißlungenen Versuch in der Staatsmünze, wo Tausend Gold in Zigaretten

eingeschmuggelt habe, ebenfalls der zweite Versuch gelungen sei.

### Jeder wollte Besitzer des Goldverfahrens sein

Der als Zeuge vernommene ehemalige Geschäftsführer der „Studiengesellschaft Tausend“, der nationale Fabrikbesitzer Herbert von Obwurzer aus Dresden schildert, daß der Konkurrenzzeit unter Tausends reaktionären Freunden und Mitarbeitern ganz schlimm gewesen sei. Jeder wollte sich gierig allein in den Besitz des „Goldverfahrens“ bringen. Gerade wäre man dabei gewesen, ein Produktionsprogramm aufzustellen, wonach 300 Kilogramm Gold in drei Monaten hergestellt werden sollte, als Tausend erkrankte.

### Reichsbank hat Glück gehabt

Die Vernehmung des früheren preussischen Finanzministers v. Lenzgen, des Präsidenten der Deutschen Rentenbank, ergab, daß dieser etwas schlauer gewesen ist, wie seine vielen reaktionären Klassengenossen. Trotzdem hat auch er geglaubt, daß man die Reichsbank unbedingt für Tausends Goldproduktion interessieren müsse. Von wegen der „Erneuerung des Vaterlands“, Bezahlung der Reparations-schulden und Finanzierung bewaffneter Faschistenmörder gegenüber der Arbeiterklasse. Wie man sieht, ein ganz annehmbares arbeitereindliches Programm. Wenn nur Franz Tausend nicht mit seinem Zigarettenstummel geblufft hätte...

### Orkanartige Stürme im Schwarzen Meer

Sowjetkriegsschiffe retten Handelsschiffe und Fischerboote

Moskau, 23. Januar. Seit Tagen wütet auf dem Schwarzen Meer ein orkanartiger Sturm, dem zahlreiche Schiffe zum Opfer gefallen sind. Den zur Hilfeleistung ins offene Meer ausgelaufenen Kriegsschiffen der roten Marine ist es am Freitag gelungen, 12 Fischerboote und Handelsschiffe in die Häfen der Krim zu bringen. Etwa 30 Fischerboote und Handelsschiffe, die in den Orkan gerieten, sind auch auf offener See. Auch am Freitag wurden von den Küstenstationen drahtlose Hilferufe von Schiffen aufgefangen. Zur Zeit sind noch drei Sowjet-Kriegsschiffe auf See, um den Schiffen Hilfe zu leisten.

### Grippepeuche auch in Japan

Auch in Japan grassiert die Grippepeuche augenblicklich in unbegrenzter Maße. Besonders ist die Bevölkerung der Hauptstadt Tokio von dieser Epidemie betroffen. Nach offiziellen Angaben sollen dort etwa täglich 60 Personen an den Folgen der

Grippe sterben. In zahlreichen Gebieten Japans sind die Schulen geschlossen worden, auch viele staatliche und städtische Behörden mußten ihren Dienst schließen, da Hunderte von Beamten erkrankten.

### Explosion in einer Schulklasse

Nach einer Meldung aus Kattowitz ereignete sich am Freitag in einer Volksschule in Kochlowitz ein schweres Explosionsunglück, wobei 8 Schüler verletzt wurden.

Der Lehrer experimentierte gerade im Physikzimmer der Schulklasse, als plötzlich 2 Behälter mit Wasserstoff explodierten. Ein Schüler wurde schwer verletzt und ist in Gefahr, sein Augenlicht zu verlieren. 7 weitere Schüler erlitten leichtere Verletzungen. Die Schuldfrage konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden.

### 16 Schiffe im Packeis eingeschlossen

Im Finnischen Meerbusen, etwa 20 Kilometer westlich von Kronstadt, sind 16 Schiffe im Packeis eingeschlossen. Am Freitag gelang es bereits drei russischen Eisbrechern, 12 Dampfer aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien.



wollen sogar kleinere Streiks gestatten, wie in Bielefeld oder Hannover, vor den Massen Märkten zu erklären. Die kommunistische Fraktionsarbeit in den Roten Gewerkschaften darf nicht unterlassen werden, die Tatsachen in der Tschechoslowakei und Frankreich warnen uns.

Ein Hauptkapitel der KPD-Arbeit ist die Frage der Erwerbslosen. Nur wir sind imstande, Depressions- und Verwerfungsstimmungen unter diesen Massen zu verhindern. Wir müssen eine starke Vernachlässigung unserer Erwerbslosenarbeit feststellen. Das Wichtigste ist, die Erwerbslosen immer wieder in die politischen Kampagnen einzubeziehen, sie auch an den Streiks teilnehmen zu lassen, damit die Arbeiterklasse nicht in zwei Teile zerfällt. In diesem Sinne müssen wir den 25. Februar als internationalen Kampftag der Erwerbslosen machtvoll vorbereiten. Wichtig gilt es, mit der veröhnlerischen Ideologie zu brechen, die in einer gewissen Unterschätzung der revolutionären Bedeutung der Arbeitslosen besteht. Für uns sind sie in der Tat eine entscheidende Sturmtruppe für die proletarische Revolution.

Ich komme nun zur Frage der Angestellten. Es gibt in Deutschland ungefähr 4 Millionen. Zweidrittel haben ein monatliches Einkommen unter 200 Mark. Bei weiblichen Angestellten beträgt es durchschnittlich ungefähr 100 Mark. Diese Tatsachen zwingen uns, die große Passivität hinsichtlich der Angestelltenarbeit in der Partei zu liquidieren und mit der Ideologie aufzuräumen, als ob das „bessere Leute“ wären. Die

Warenhäuser und Banken sind heute Reservelager der Nazi. Deshalb an die Warenhäuser und Banken! Mehr Mut und Gastfreundschaft unserer Arbeiter unter diesen Schindern.

Einige Bemerkungen zu den Betriebsräte wahlen. Sie sind noch stärker als je zuvor, politische Wahlen. Gegenüber dem vorigen Jahre gilt es vor allem die Einheitsfrontpolitik im stärkeren Maße zur Durchführung zu bringen. Unsere Hauptaufgaben müssen sein: Gegen die Kapitaloffensive! Schafft rote Hochburgen gegen den Faschismus! Kampf gegen die Brüning-Diktatur! Das Wichtigste ist bei den Betriebsräte wahlen die Stellungnahme der Belegschaften in der Annahme besonderer, konkreter, betrieblicher Kampfprogramme. Ueberhaupt müssen wir die Wahlen nicht im Sinne terminmäßiger Wahlarbeit, sondern als wirkliche Mobilisierung der Belegschaften für den Wirtschaftskampf und alle anderen politischen Fragen durch die Wahlauschüsse fördern und beleben. Notwendig ist auch, daß die Betriebsräte offen Rechenschaft für ihre Handlungen ablegen müssen, wobei offene Selbstkritik nur unsere Verbundenheit mit den Arbeitern erhöhen kann.

Zum Schluß noch einige allgemeine Worte über die KPD. Es ist klar, daß sie als Ganzes stärker politisch in den Vordergrund treten muß. Wo ist z. B. der Kampf des Reichskomitees der KPD gegen den Faschismus spürbar? Auch hier gilt es vorzustoßen und Veräusertes nachzuholen. Die KPD hat heute die größte Entfaltungsmöglichkeit und muß zu einer wahren Massenbewegung in Deutschland werden.

Jeder Genosse seine Pflicht erkennt, wenn neben ihm ein anderer, alterer Genosse auftaucht, der vielleicht sogar stärkere Fähigkeiten besitzt, als er selbst, diesen Genossen in seiner Entwicklung zu fördern und nicht etwa zurückzuhalten. Unsere Genossen müssen viel mehr ideologische und auch individuelle Hilfe von unseren Leitungen erhalten. Mit der Hebung des allgemeinen theoretischen Niveaus der Partei werden wir einen stärkeren Zuwachs an neuen, reiferen Elementen bekommen. Vor uns steht die Aufgabe der Verdoppelung der Mitgliederzahl der Partei und des kommunistischen Jugendverbandes, bei gleichzeitiger Ueberwindung der Inkonsistenz, Erhöhung der Gesamtaufgabe der Presse, stärkste Förderung der Betriebszellen und der revolutionären Gewerkschaftsarbeit. Ich bin sicher: Die Partei ist stark genug, diese Aufgabe zu lösen!

Ein entscheidendes Problem ist selbstverständlich bei der heutigen Situation und den Perspektiven der revolutionären Entwicklung die Wehrhaftmachung des Proletariats. Hier stehen die allergrößten und neue Aufgaben vor der Partei. Unsere Klassenfeinde helfen uns dabei. Wenn Seevering sein Wort von den „härtesten Waffen“ als Drohung gegen die Arbeiterklasse schleudert, wenn Hitler und Goebbels ankündigen, daß sie „Köpfe rollen lassen“ wollen, so zeigen diese Äußerungen dem Proletariat am besten, was ihm blüht, wenn es nicht wehrhaft sich selbst zu schützen und seine Todfeinde zu überwinden vermag.

Genossen, die großen historischen Aufgaben, die vor uns stehen, belasten uns mit gewaltiger Verantwortung. Man muß überall auf die Stimme der KPD hören! Dafür genügt nicht allein eine richtige Politik, nicht allein die beispiellose einheitliche Geschlossenheit unserer Partei, sondern auch die stärkere Verantwortung des einzelnen Kommunisten in den proletarischen Massen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Beschleunigung der revolutionären Entwicklung hängt in erster Linie von uns ab. Dabei geht es nicht nur um das Interesse der deutschen Arbeiter, sondern auch um die Fragen der kommunistischen Internationale und der Verteidigung der Sowjetunion.

Die KPD zeigt im Ringen und Siegen des sozialistischen Aufbaues dem ganzen Weltproletariat heroische Leistungen. Ihr historisches Werk muß ein vorwärtstreibendes Vorbild auch bei der inneren Mobilisierung unserer Reihen sein. Wir erklären unsere unerbürdliche Solidarität mit der Tagung und den Beschlüssen des ZK und der ZK der KPSU. Wir begrüßen ihre Beschlüsse gegen die Rechte wie gegen den Blod Stryzow-Lominabe. Die Einheit der KPD stärkt unsere Einheit. Unsere Erfolge sind auch ihre Erfolge. Ihr grandioser sozialistischer Sieg fördert unsere Sieg. Diese Verbundenheit mit der KPSU spiegelt lebendig unsere bolschewistische Klassenlinie wider, die die beste Garantie und die unerlässliche Voraussetzung für die siegreiche Erfüllung unserer revolutionären Aufgaben ist.

## Fortsschritte und Mängel in der Parteiarbeit

Wenn wir die Bilanz unserer Arbeit nach dem 14. September ziehen, so sehen wir eine Reihe von großen Erfolgen der Partei: Die außerparlamentarischen Massenkämpfe, die neuen Streiks, die antifaschistische Massenkampfwelle, das organisatorische Wachstum der Partei und der Jugend, wobei wir z. B. in der Partei vom August bis November vorigen Jahres bereits an abgerechneten Mitgliedern eine Steigerung um 35 Prozent erzielt hatten. Im Jugendverband ist zahlenmäßig das Wachstum ebenfalls sehr befriedigend, nur sind die Abrechnungsergebnisse noch schlecht. Auch in der Frauenarbeit haben wir neue starke Erfolge, wie der Reichstagskongreß der werktätigen Frauen bewiesen hat.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch starke Mängel. Einige Wahlen nach dem 14. September zeigten einen gewissen Tempoerlust gegenüber unseren Gegnern. Das konnte vermieden werden. Wir haben ferner eine allzu schematische Anwendung der Politik der Partei ohne genügende Konkretisierung und selbständige Initiative der Bezirke und der unteren Organisationen. Wir müssen das, was im

Volksleben vorgeht, viel stärker beobachten und daran anknüpfen. Kleine und große Probleme mehr verbinden mit unserer revolutionären Ideologie.

Genosse Thälmann bringt nunmehr eine Reihe von Beispielen für opportunistische und linksfetterische Fehler in der Parteiarbeit. Es handelt sich sowohl um Tatsachen des ideologischen Opportunismus in der Leugnung der revolutionären Perspektive, um Beispiele eines Zurückweichens vor der Staatsgewalt oder um Opportunismus in der Praxis und bei Streiks. Diese Gefahr ist die Hauptgefahr in der Partei. Andererseits solche „linke“ Fehler wie die Unterschätzung von bestimmten Anlässen für die Massenmobilisierung, weil es sich um „hochpolitische“ Fragen handelt. (Z. B. Hochwasser in Schlesien, Remarque-Standal in Berlin usw.) Nach der Ausführung dieses Tatsachenmaterials fährt Genosse Thälmann fort:

Mit den wachsenden Aufgaben und den höheren Anforderungen, die an uns gestellt werden, kommen wir mit den bisherigen Kadern, mit den bisherigen führenden Funktionären unserer Partei nicht mehr aus. Wir müssen dafür sorgen, daß

## Brüning der kommende Mussolini

Schluß des Artikels von der 1. Seite

Außenpolitische Überlegungen sind es, die das Zentrum veranlaßt haben, schärfere Töne gegen die Nationalsozialisten anzuschlagen. Nicht zuletzt ist es aber der Ausdruck des Ringens zwischen den zwei verschiedenen Fraktionen des Faschismus in Deutschland, um die Hegemonie, das vorläufig noch zugunsten Brünings entschieden ist, was sich aber ändern kann, sobald wesentliche Teile der Schwerindustrie, der „Kreise um Hindenburg“ und die Militärs ihm die Gefolgschaft aufgeben. Die parteipolitischen Interessen des Zentrums gehen natürlich dahin, diesen heutigen Zustand beizubehalten, zumindest in einer Regierung, in der die Nazis ihre, keine untergeordnete Rolle zu spielen.

Gerade weil es so ist, deswegen wird Brüning unter dem Druck der Krise, vorwärtsgepeitscht von den Industriellen, die ihm wiederholt zu verstehen gegeben haben, daß er von ihnen abhängig ist, zu weiteren Maßnahmen greifen, die ihn in immer größere Machtfaschist zu Hitler bringen.

Verjagt er in der weiteren Entwicklung gegenüber seinen Auftraggebern, dann ist er ein toter Mann. Und dann wird Friede ein anderer Nationalsozialist, vielleicht auch erst ein General kommen, der die bisherige Politik Brünings fortsetzen wird. Dann wird kein Reichstag etwas ändern. Daran wird auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nichts ändern, und wenn sie mit beiden Händen für Brüning, das „kleinere Übel“, stimmt.

Es wäre möglich, an dieser Stelle alle Möglichkeiten der äußeren Aem der weiteren Entwicklung der Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie zu untersuchen. Worauf es ankommt, das ist zu begreifen, daß Brüning heute faktisch schon der Diktator in Deutschland ist, wenn er sich dabei auch noch der letzten Fäden der parlamentarischen Kulissen bedient, um das Volk zu täuschen.

„Die Zeit arbeitet für uns“, sagte Goebbels auf der letzten Gaugang der Berliner NSDAP. Wenn das deutsche Proletariat der Sozialdemokratie folgen und damit die weitere Anwendung faschistischer Methoden und deren Ausbau zu einem System dulden würde, dann könnte Herr Goebbels recht behalten.

Aber die Pfiffe in Chemnitz, der negative „Massenjubel“, als Brüning eintrat, dürften ihn belehrt haben, daß seine und seiner Auftraggeber Macht alles andere als stark ist. Die Pose allein macht es nicht. Es ist vulkanischer Boden, auf dem der Diktator Brüning seine Macht errichtet hat. Fast fünf Millionen Arbeitslose, wachsende Massenstreiks...

Herr Brüning sprach in Chemnitz davon, daß das rasche Tempo der Nationalisierung den Bedürfnissen vorausgeeilt und die Krise erst recht verschärft hat. Das ist richtig. Das zeigt den Widersinn des ganzen kapitalistischen Systems. Man wird daran „reparieren“. Man wird bei wachsender Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenunterstützungen noch rücksichtsloser abbauen. Man wird jetzt die Reichsversicherung abbauen. Man wird versuchen, die Löhne noch tiefer zu senken und den Hungerexport zu steigern. Es wird unausweichlich sein, daß dadurch die Krise eine weitere Verschärfung erfährt.

Das Jahr 1931 begann mit dem Massenstreik an der Ruhr und in Oberschlesien, mit den Streikämpfen an Niederrhein, am Bergischen Land und in Mitteldeutschland. Diese Kämpfe unter der Führung der KPD und der RGD waren der erste Akt des Kampfes der Arbeiter gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, die heute von Brüning repräsentiert wird.

Während Brüning die kapitalistischen „Interessentenhausen“ verteidigt, kämpfen die deutschen Arbeiter und mit ihr alle werktätigen Schichten um ihre elementarsten Rechte, um Arbeit für die Väter, Brot für die Kinder, um die Freiheit von sozialer und nationaler Bedrückung, um eine menschenwürdige, das heißt sozialistische Zukunft.

Es ist ein Kampf aus Notwehr, der 5 Millionen Volk gegen

die dünne Schicht der Parasiten bis zum Siege führen muß, wenn es nicht untergehen will in der Barbarei eines terroristischen Faschismus. Herr Brüning sagte in Chemnitz, daß es in Zukunft „nicht ohne Härten“ gehen wird. Ja, es wird hart auf hart gehen und es wird nicht nur gepiffen werden.

Mit dem Wiederzusammentritt des Reichstages und der bevorstehenden Verabschiedung des Hungererlasses ist mit neuen Not-

### Ein Justizskandal

## Die schlesische Justiz als Werkzeug der braunen Mordpest

Jüdische Richter degradiert

Die Breslauer „Zeit am Montag“ bringt folgende aufsehenerregende Meldung:

„Breslau, den 25. Januar 1931. Soeben wird bekannt, daß die 5. Strafkammer als Beschwerdebinstanz einem gegen zwei jüdische Richter des hiesigen Landgerichts vorgebrachten Ablehnungsantrag stattgegeben hat. Es handelt sich um die Anklage gegen den völkischen Führer Waldmann. Als Waldmann sich vor Landgerichtsdirektor Steinfeld und Assessor Stanner, als Angeklagter verantworten sollte, legte er erst Stanner, und dann Steinfeld ab. Nunmehr mußte die Beschwerdebinstanz zu der Ablehnung Stellung nehmen, und sie erklärte — welche Ueberraschung! — die Ablehnung als begründet!“

Wenn das Breslauer Montagblatt von einer „Ueberraschung“ schreibt, so ist das absolut unzutreffend. Wir haben noch dieser Tage aus Anlaß des Liegnitzer Bluturteils geschrieben, daß die schwarzen Talartträger bei den schlesischen „Gerechtigkeitsfabriken“ drauf und dran sind, aus Schlesien so eine Art Balkan-Kolonie zu machen. Der oben gemeldete Standal unterstreicht unsere Feststellung. Diese schwarzen Justizstrickisten glauben, wir hätten schon das „Dritte Reich“, und deshalb können sie sich alles herausnehmen.

Aber die Freunde des Nazistrolchums dürfen sich darauf verlassen, daß die Arbeiterklasse vor dieser heuchelnden Freundschaft nicht etwa lapidulieren wird. Sie wird den Kampf gegen diesen, nur im Interesse der braunen Mordpest liegenden Terror verschärft fortsetzen.

## Macht die Schachtanlagen des Erzbergbaues streitbereit!

Für den obereschlesischen Erzbergbau ist ein Schiedspruch gefällt worden, der eine Lohnsenkung von 6 Prozent ab 1. Januar vorschlägt. Stegerwald hat jetzt die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt, angeblich, weil die Lohnsenkung für einige Kategorien dieser Bergarbeiter angesichts der heute schon bestehenden sehr niedrigen Löhne zu groß sei. Aber zweifellos rechnet Stegerwald damit, daß die Unternehmer mit den paar tausend Bergleuten in den drei obereschlesischen Erzgruben schon selber fertig werden. Die Unternehmer kündigen an, daß sie den Belegschaften zum 7. Februar kündigen werden.

Die Unternehmer haben daraufhin durch Anschlag auf den Anlagen die Kündigung der gesamten Belegschaften zum 7. Februar d. J. angekündigt. Im Schluß der Bekanntmachung heißt es: „Die Bedingungen, unter denen wir bereit sind, am 8. Februar

Verordnungen zu rechen. Seevering ist drauf und dran, Berlin einem Diktator anzuliefern. Auf der ganzen Linie, im Reich und in den Ländern, wird der „Eisenwächler“ durchgeführt.

Schon heute rufen wir daher allen Arbeitern zu, daß es jetzt darauf ankommt, weitere faschistische Maßnahmen zu verhindern. Das ist nur möglich durch den Massenkampf der Millionen, durch den Sturm in Stadt und Land, der Herrn Brüning ein „Chemnitz“ im ganzen Reiche befeuert.

Wenn die Arbeiter in den Betrieben nicht länger dulden, daß eine diktatorische Maßnahme nach der anderen durchgeführt wird, wenn sie sich aktiv gegen jeden Anschlag auf ihre Freiheit zur Wehr setzen, wenn sich die 5 Millionen Erwerbslosen, die Frauen und proletarische Jugend ihnen anschließen, wenn alle

sehen, dann fällt nicht nur Brüning...

### Politischer Massenstreik gegen den Faschismus in Danzig

Danzig, 25. Januar. Nachdem erst vor kurzem über ein großer politischer Massenstreik durchgeführt worden war, kann Danzig am Donnerstag erneut im Zeichen des politischen Massenstreiks gegen die von den Nazis unterstützte neue Regierung. Diese verlastete Faschistenregierung hatte ein Ermächtigungsgesetz erlassen, welches neben der Regenersteuer, Mietenerhöhung, Abbau der sozialen Fürsorge Sprozentigen Weantenersteuer und eine Krankenverordnung mit Sondergebühren vorschlägt. Gegen diesen faschistischen Anschlag organisierte die KPD zum zweitenmal den politischen Massenstreik. Unter dem Eindruck gewaltiger Demonstrationen sah sich die Regierung gezwungen, den Kampf an den Kranken aufzugeben. Im Senat sprachen, trotzdem man der kommunistischen Forderung das Wort verweigert hatte, zwei von unseren Genossen und Stadtmärkten unter hundertem Beifall die schändlichen Maßnahmen der Faschistenregierung.

Dieser Streik ist gerade nach der Chemnitzer Rede Brünings von großer Bedeutung. Er ist ein lehrreiches Beispiel für die gesamte Arbeiterklasse, deren hervorragende Aufgabe zurzeit darin besteht, die Volksrevolution gegen den Hunger und den Faschismus zu organisieren. Die Berliner Arbeiter müssen gegenüber der von Seevering vorbereiteten Diktatur über Berlin ebenfalls zum Sturm gegen diesen Plan vorgehen, und so muß es überall werden.

Die neue Arbeitsverträge abzuschließen, werden wir nach vorheriger Fühlungsnahme mit dem Arbeiterrat in den nächsten Tagen durch Anschlag bekanntgeben.“

Die bürgerliche Presse weiß zu berichten, daß der Bergbauindustriearbeiterverband seine Mitglieder auffordern wird, einen neuen Arbeitsvertrag nicht zu unterschreiben. Das allein genügt nicht, weil man damit nicht den Lohnraub abwehren kann. Die Parolen der KPD: „Kein Betriebsrat darf mit den Unternehmern auf Verschlechterung der bisherigen Lohnbedingungen verhandeln, kein Belegschaftsmitglied darf einen neuen Arbeitsvertrag unterschreiben!“ Die Belegschaften haben sofort in Belegschaftsversammlungen zur Lage Stellung zu nehmen und die entsprechenden Kampfmaßnahmen zu beschließen. Keine Schachtanlage ohne Kampfabstand! Die Betriebe müssen streitbereit gemacht werden!



# Waldenburger Bergland Was tut die Bergbehörde gegen Unfallgefahr

## Nazi-Praktiken gegen die Arbeiter

Die Bergbehörde ist ein staatliches Organ. Ihre eigentliche Aufgabe soll die Bewachung des Bergbaues sein, damit die Vorschriften und Gesetze, die der kapitalistische Staat für den Bergwerksbetrieb herausgibt, auch innegehalten werden. Es besteht insoweit unter der Arbeiterschaft die Meinung, die Bergbehörde sei eine „Aberparteiliche“ Institution, die, wenn das Recht auf Seiten der Arbeiter steht, auch der Arbeiterschaft zu ihrem Recht verhelfen möchte. Dem ist nicht so. Die Arbeiterschaft muß sich endlich die marxistische Erkenntnis aneignen, daß der kapitalistische Staat nur ein Werkzeug der herrschenden Klasse ist, und demzufolge auch die Bergbehörde ein Werkzeug des kapitalistischen Staates darstellt. Um dies zu erhärten, dafür zwei Beispiele:

Bei dem Grubenunglück in Hermdorf im Jahre 1929 stellte die Bergbehörde als Ursache der Katastrophe eine defekte Gruben-sicherheitslampe (Benzinlampe) fest. Unsere Presse erklärte dazu:

daß außer der Lampe in erster Linie Schlagwetter vorhanden sein mußte, die zur Explosion kamen, und was auf die Aufzeichnung eines Betriebsrates im Jahrbuch hin, der einige Tage vorher Schlagwetter in gefährlichen Mengen feststellte.

Diese Feststellung des Betriebsrates war der Bergbehörde unangenehm, und sie verfügte darauf die Entfernung der Benzinlampen aus der Grube. Der Betriebsrat der Melchiorgrube erhob dagegen Protest und begründete ihn damit, daß nun den Betriebsräten die Möglichkeit genommen würde, die Wetterführung in den Abteilungen zu kontrollieren. Die Bergbehörde blieb aber dabei, und der Betriebsrat wandte sich nun an den Minister für Handel und Gewerbe. Dieser beauftragte die Bergbehörde zu nochmaliger Verhandlung mit dem Betriebsrat. Bei dieser Verhandlung gab sich Bergrat Berger die größte Mühe, die Betriebsräte für seinen Plan zu gewinnen. Ausdrücke wie „schmieriger Jude“ bestärkten uns seine Hoffnungen auf das „Dritte Reich“. Der Hinweis eines Betriebsratsmitgliedes, daß eine überfüllte Belegschaftsversammlung die Verhinderung der Benzinlampen für Betriebsräte verlangten, wurde von Bergrat Berger abgewiesen mit der „Begründung“, daß man darauf nicht viel geben könne, da es in der Belegschaft viel junge Leute gäbe. Nicht nur die Bergbehörde habe ein Interesse an der Entfernung der Benzinlampen, erklärte Herr Berger, sondern auch die Verwaltung der Zeche (das glauben wir auch). Als die Betriebsräte dagegen protestierten und erklärten, daß man dann nicht mehr das Lustreten von Schlagwetter feststellen könnte, erklärte Bergrat Berger, beim Abbau von neuen Feldern erhalten die Drittelführer Benzinlampen. Damit wollte er sagen, daß die Benzinlampe in der Hand des Drittelführers nicht so gefährlich ist, als in der Hand des Betriebsrates. Daran sieht man, wie die Bergbehörde eifrig bemüht ist, dem Betriebsrat die Kontrollmöglichkeit zu nehmen, damit bei späteren Grubenunglücken die Aufzeichnungen des Betriebsrates für die Grubenverwaltung nicht belastend ist.

Dieselbe einseitige Haltung nahm Bergrat Berger kürzlich bei der Beschwerde eines Betriebsratsmitgliedes wegen Ueberschreitung der Gewerbeordnung ein. Bei der Voruntersuchung stellte Bergrat

Rudolf ausdrücklich fest, daß sich Maschinensteiger Knoblich einer Ueberschreitung der Gewerbeordnung schuldig gemacht hat, indem er einen Handwerker drei Sonntage nacheinander zur Sonntagsarbeit bestellte. Auch Betriebsführer Petersen gab die Ueberschreitung zu. Nun sollte die Bergbehörde Anzeige erstatten. Was tat aber Herr Bergrat Berger? Er teilte dem Betriebsrat mit, daß eine Ueberschreitung der Arbeitszeitordnung nicht in Frage komme, da, nach dem Absatz 3 des § 105 e der Gewerbeordnung wohl der dritte Sonntag, nicht aber ein dazwischenliegender Feiertag arbeitsfrei bleiben muß. Der dazwischenliegende Feiertag war der 1. Weihnachtstfeiertag, der bei den Gelezesmachern und Leuten um Bergrat Berger stets als ein „heiliger“ Tag bezeichnet wird, und die Grubenverwaltung selbst 75 Prozent Zuschlag für Arbeiten an solchen „heiligen“ Tagen zahlen muß, während für gewöhnliche Sonntage nur 50 Prozent gezahlt werden brauchen. Aber verstehen kann man die Haltung des Herrn Berger erst dann, wenn man weiß, daß der Bergrat Berger und Maschinensteiger Knoblich ein und derselben Partei angehören, und zwar der Nazi-Partei. Denn man hat noch nicht gehört, daß ein Nazi dem anderen die Augen ausgekratzt hätte.

### Entlassungen auf den Fürstentaggrube

Wie uns geschrieben wird, haben am 22. Januar 14 Handwerker auf der Grube die Kündigung erhalten.

### Heute Mietervertreterversammlung in Weißstein

Am gestrigen Sonntag tagte die Generalversammlung des Weißsteiner Mietervereins, in der u. a. zu dem neuen „Mietsbuch“ der Hausbesitzer Stellung genommen wurde. Es wurde einstimmig folgende Protestentscheidung angenommen: „Die am 25. Januar tagende Jahresversammlung des Mietervereins Weißstein nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Monstrum, „Mietsbuch“ genannt. Wir lehnen ganz energisch dieses Mietsbuch ab und werden alles aufbieten, den Mietern von Weißstein den wahren Sinn dieses Vertrages zu erläutern. Um den Herren Hausbesitzern zu zeigen, daß wir Weißsteiner Mieterproleten noch nicht gewillt sind, solche falschlichen Methoden zu schlußeln. Der Hausbesitzerverein will nicht mehr und nicht weniger, als den Mietern von vornherein die Möglichkeit zu nehmen, sich gegen Schikanen der Hausbesitzer zu wehren. Heute abend wird in einer Protestversammlung den Mitgliedern des Hausbesitzervereins ganz deutlich gesagt werden, daß in Weißstein für die Faschisten aller Art kein Blumentopf zu gewinnen ist.“

### Freiburg

#### III.-Feier

Freitag, den 30. Januar, 20 Uhr, findet im Gesellschaftshaus die III.-Feier statt. Austritt der Theatergruppe „Notre Sender“ des U.D. Schweißhütten. Streichmusik der Jugend. Eintritt 25 Pf. — Wir erwarten, daß die Arbeiterschaft die Feier restlos besucht.

## Niederschlesien

### Der unerfättliche Magen der Kirche

#### 20 000 Mark für Kirchenglocken auf Grund mittelalterlicher Verträge

Sagan. Die erste Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahre bot wieder einmal reichlich Gelegenheit, die Feinde der Arbeiterklasse kennenzulernen. Schon der Vorsteher Fallhauer nahm sich heraus, bei seinem Rücktritt auf das Jahr 1930 über „unliebsame Erscheinungen“ bei den Beratungen Rede zu führen. „Kategorisch“ verlangte er größeres „Verantwortungsgesühl“ und eine mehr der „Würde des Hauses“ entsprechende Verhandlungsmethode.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl aller bisherigen Mitglieder des Vorstandes. Dabei zeigte sich bereits, welcher Stiefelwederei die Sozialfaschisten fähig sind. Durch ihre Stimmen haben sie den reaktionären Vorsteher in den Sattel gehoben. Als Duitung dafür wurden für den stellvertretenden SPD-Vorsteher Wajschle fünf leere Beitel von den Beratungen abgeben. Auch unser Genosse stimmte nicht für Blasphäm. Daß zwei unserer Stadtverordneten verjagt sind, gab dem Vorsteher ebenfalls Gelegenheit, seiner Freude darüber Ausdruck zu verleihen. Nach der Wahl wiederholte Herr Fallhauer die Mahnung, daß im kommenden Jahre die Parole heißen müßte: „Sparen und nochmals sparen.“ Weiterhin gab er bekannt, daß die Biersteuer auf Anordnung des Regierungspräsidenten zwangsweise eingeführt werde.

Nach Erledigung verschiedener Geschäftsberichte ufm. wurde das Urteil des höchsten preussischen Gerichts in dem Glodenstreit zwischen der Stadt Sagan und der katholischen Kirche verlesen. In diesem Streit handelte es sich um folgendes: Sowohl die evangelische, als auch die katholische Kirche haben während des Krieges in Ausführung ihrer Theorie „Liebet eure Feinde“ ufm. die Gloden abgeleitet, damit diese zu Rohinstrumenten verarbeitet und „christliche Nächstenliebe“ praktizieren konnten. Die evangelische Kirche hat sich inzwischen aus eigenen Mitteln (den aus den Proleten herausgepreßten Groschen) neue Gloden angeschafft, während die katholische noch nicht dazu imstande war, und auch der „arme Bischof von Breslau“ mit seinem Kleingehalt den Saganer Glaubensgenossen noch kein Geld zur Verfügung gestellt hatte. Daraufhin lagte die katholische Kirche auf Ersatzgloden, und stützte sich dabei auf einen mit der Stadt Sagan im Jahre — 13341 — abgeschlossenen Vertrag, welcher der Stadt unbeschränkte Danakst der Kirchen auferlegt. Nachdem dieser recht christliche Prozeß alle unleren Instanzen durchlaufen hatte,

hat tatsächlich das höchste preussische Gericht diesen Vertrag aus dem Mittelalter anerkannt, und Sagan muß jetzt ungefähr 5000 Mark allein für Gloden bezahlen. Die ganze Geschichte kostet ungefähr 20 000 Mark, die aufgebracht werden müssen für die „arme Kirche“, während für die armen Erwerbslosen, Sozialrentner ufm. nur Hungerstämme bewilligt werden.

Erwähnenswert ist hierbei noch, daß sich das Urteil auf Geheiß aus dem 15. und 16. Jahrhundert, also ebenfalls auf das Mittelalter stützt.

Die Maulausreißer der National- und Sozialfaschisten lehnten zwar, trotz des Urteils, gemeinsam mit den Kommunisten die Bewilligung der Gelder ab, aber es versteht sich von selbst, daß es sich

dabei nur um ein Betrugsmanöver handelt, weil ihnen bekannt ist, daß nämlich, wie bei der Biersteuer, auch in diesem Falle die Zahlung jener 20 000 Mark „von höherer Stelle“ aus verfügt werden wird, wobei gegenüber den Sozialfaschisten noch hinzugefügt werden muß, daß sie als die Konfordssozialisten überhaupt kein Recht haben, sich in dieser Geschichte einzumischen. Im Anschluß daran wurde beschlossen, diesen mittelalterlichen Vertrag sofort zu lösen.

Der Arbeiterschaft erwächst aus diesem Skandal die Verpflichtung, das Verhalten der Kirche vor der gesamten Bevölkerung zu entlarven und dafür zu sorgen, daß als Antwort darauf den Pfaffen und Pfaffenknaben ein massenhafter Austritt aus der Kirche erfolgt wird. Darüber hinaus müssen sie noch mehr als bisher für die „Arbeiter-Zeitung“, das einzige Blatt, welches gegenüber dieser Sorte Christentum den Kampf führt, eintreten.

### Görlitz

#### Aus dem Nazi-Sumpf

Wie überall im Reich, so beherbergen auch die Görlitzer Nazioten außer den notorischen Verbrecherphlegmen einige sehr fragwürdige Gestalten, die wir heute einmal etwas unter die Lupe nehmen wollen. Da ist zuerst ein junger Mann namens Valtte, der als Geschäftsführer der Naziotengeschäftsstelle sein Unwesen treibt. Dieser Valtte verlangt, daß er mit „Herr Parteigenosse“ angesprochen wird. Jeder Naziot, auch wenn er erwerbslos ist, hat einen Monatsbeitrag von 1,50 Mark zu entrichten, bleibt er einen Monat im Rückstand, so erhält der Herr Naziot einen Mahnbrief. Eine ganz besondere Mühe aber ist der Herr „Referent“ Erich Kioß, der mit hohem Kapf, aber mit um so größerer Revolverschauze in den Naziveranstaltungen auf dem Lande sich stets als ehemaliger kommunistischer Märtyrer aufspielt. Er behauptet immer, er sei schon wegen seiner ehemaligen kommunistischen Ueberzeugung als Jugendlicher in die Fürsorgeerziehung gekommen, trotzdem wir wiederholt den Schwindler entlarvt haben. Nun ist auch diese Säule des „Dritten Reiches“ gestorben. In einer Versammlung in Schöndorf, wo er diesen Glorienschein wieder um sein Haupt legen wollte, stand plötzlich ein Arbeiter auf und erklärte, daß er mit diesem Menichen zusammen in einer Fürsorgeanstalt war, wo eben dieser Nazi wegen unzüchtlichen Handlungen hingerufen sei. Diese Enthüllung brach ihm das Genick, der Schwindler war entlarvt. Feine Marke, was? Wegen allzu großer Freigebigkeit hat man nun auch den Sturmführer Bötschel abgesetzt, weil er auf der Rothenburger Straße gar zu schnell gelaufen sein soll, trotzdem er sich vor Gericht selbst als „Held“ aufspielte und angab, mit einem Dolche tüchtig zugegriffen zu haben.

Um von den Arbeitern nicht erkannt zu werden, tragen die Nordkommandos der Nazioten neuerdings Aussenmittel mit weißem Aufschlag. Die Arbeiterschaft wird hiermit auf diese Burschen erneut aufmerksam gemacht, und werden wir die Beleuchtung dieser organisierten Verbrecherbande in nächster Zeit fortsetzen.

Wofür die SPD. Geld hat  
Wichtig. Wenn es darum geht, für Erwerbslose Geld zu schaffen, ist es als Unterstützung oder durch Arbeitsbeschaffung, dann heißt es bekanntlich immer: Es ist kein Geld da! Wie mindig diese Ausrede oft ist, das zeigte sich hier wieder mal an einem sehr hochschwebenden Vorfall. Tropdem sich der Heßge, wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand tretende Gemeindevorsteher bereit erklärt hatte, die Amtsgeschäfte ehrenamtlich weiterzuführen, wurde unter Ausnützung der SPD-Mehrheit ihr Genosse Wilko Lang mit gewöhnt. Seinen Beschäftigungsmachwels befrachte er am 1. Mai vorigen Jahres, indem er an diesem Tage arbeitete, und indem er weiter den Forderungen der Erwerbslosen immer entgegen trat und damit zeigte, daß er sich in nichts von den Bürgerlichen unterscheiden ließe.  
Daß durch das Geld, welches ununterweil für diesen SPD-Bonzen ausgegeben wird, viel Not und Elend hätte gelindert werden können, das wollen und können diese „Arbeiter“-Vertreter nicht begreifen. Wenn aber die „Bergmacht“ von einem „schweren Amt“ dieses Bonzen schreibt, so beweist sie damit, daß sie in keine Arbeiterwohnhung gehört. Darum geht ihr den schon längst verdienten Tribut und abonniert die „Arbeiter-Zeitung“.

Stanowitz  
Der SPD-Gemeindevorsteher ohne Maske  
Was sich unser SPD-Vorsteher alles erlaubt, möchten wir hier einmal vor der Öffentlichkeit feststellen. Das Ehepaar D., alle beide Rentnerempfangler, der Mann hat im Dienst für den Geldsack das Rechte Wein verloren, bewohnt das Gemeindefhaus. Es ist durch einen Beschluß der Gemeindevertretung 1926 hineingekleidet worden, also bereits vier Jahre darin. Jetzt läßt dieser famole Sozialdemokrat dem armen Ehepaar einen Mas auf den Tisch stellen, der folgendermaßen ausieht:

„Nachdem ich Ihnen bereits persönlich gekündigt habe, nehme ich hiermit Gelegenheit, Ihnen auch schriftlich die Wohnung im Gemeindefarmenhaus zu kündigen, so daß Sie bis zum 31. Januar 1931 die Wohnung geräumt haben müssen.“  
Der Gemeindevorsteher Müffel. — Stempel.

Zu dieser ungeheuerlichen Betätigung sozialdemokratischer Sozialpolitik ist dem Herrn Gemeindevorsteher zu sagen, daß er zu einer solchen Maßnahme gar kein Recht hat. Es liegt ein Gemeindevorsteherbeschluß vor, und solange dieser nicht aufgehoben ist, wohnt dieses Ehepaar in dieser Wohnung zu recht. Erhöht wird diese Unverschämtheit des Gemeindevorstehers noch dadurch, daß er es nicht einmal für notwendig fand, seine Maßnahmen irgendwie zu begründen. Er scheint der Auffassung zu sein, daß er hier so eines weiteren Mussolinis Reithoden einführen könnte. Das Schlimme bei der Geschichte ist, daß auch hier eine große Wohnungsnot herrscht, und wenn tatsächlich der Gemeindevorsteher sein Vorhaben durchführt, die alten Leute auf die Straße fliegen, ohne daß sie Gelegenheit haben werden, irgend wo anders unterzukommen. Die Arbeiter und auch die kleinen Rentner von Stanowitz mügen aber daraus erkennen, wer für ihre Interessen in der Gemeinde eintritt, und daraus die Konsequenzen ziehen.

Kolzenau  
III.-Feier  
Die von der Klassenbewußten Arbeiterschaft im Saal von Franz Hynast veranstaltete III.-Feier war überfüllt. Fast 400 Proleten hatten sich eingekunden, um dem Spielteil der Diegnitzer Spieltruppe beizuwohnen. Einige Sozial- und Nationalfaschisten hatten sich vorgenommen, diesen Abend zu stören, doch hatten sie die Rechnung ohne uns gemacht. Durch das Gebrölle vaterländischer Liedern in der Gaststube wurden wieder einige Proleten aus ihren Reihen für die rote Klassenfront gewonnen. Kolzenau wird wieder eine Hochburg des klassenbewußten Proletariats!

Neusalz  
Freude bei der SPD. über zweifelhaften Gewinn  
Das Käseblatt der SPD, der „Volkswille“, stimmt aus Unfaß des Uebertritts des Renegaten Weinert zur Koske-Partei ein großes Freudengeheul an. Wir gönnen der SPD. diesen Weinert, denn wir sind überzeugt davon, daß sich sehr bald herausstellen wird, daß der „Gewinn“ für die SPD. in Wirklichkeit ein Gewinn für die KPD. ist. Herr Weinert, der aus unserer Partei wegen seines andauernden parteischädigenden Verhaltens hinausgeschoben wurde, hat ja zunächst versucht, bei den Nazis unterzukommen. Wenn er jetzt bei den Sozialdemokraten gelandet ist, dann spricht das nicht nur für den recht eigenartigen „Wert“ des Herrn Weinert, sondern auch gleichzeitig für den „Wert“ der SPD. selbst. Wenn aber der Renegat glaubt, durch seine „Begründung“ des Uebertritts seinen „Wert“ zu erhöhen, so wird er auch damit kein Glück haben. Jeder ehrliche Arbeiter wird daraus erkennen, daß auf diese Art und Weise jemand nur zum Judas werden kann, der bereits in n e r l i c h ein verkauftes Subjekt geworden ist. Die SPD. aber wird in ihrem weiteren Fortschritt durch diesen Uebertritt nicht nur nicht gehindert werden, sondern auch dieser Meinung von Weinert noch erfolgreicher als bisher weitermarschieren, wie das bereits in letzter Zeit deutlich erkennbar war.

Liegnitz  
Hausfuchung um des Arbeitermörders Köhne willen  
Als die Diegnitzer Arbeiter zum Protest gegen den Justizrenter im Bunzlauer Prozeß aufforderten, hielt es der SPD-Kommunist Scholz für angebracht, eine Hausfuchung im Interesse seines Freundes, des Herrn Köhne, in die Wege zu leiten. Er sandte drei Mann seiner Garde nach dem Büro unserer Zeitung, damit sie dort nach Flugblättern suchen sollten. Die Arbeit war aber vergebens. Bemerkenswert ist, daß Herr Scholz einen uniformierten Gummimäppelträger mitgeschickt hatte. Wahrscheinlich wollte er damit mehr Respekt bei der Hausfuchung hervorbringen. Aber auch das war vergebens. Vielleicht entschließt sich Herr Scholz, demnächst in einer Person solche „Aktionen“ zu unternehmen.

Schupo gegen Schupo  
Zunächst einer Naziveranstaltung im Schießhaus kam es hier zu Zusammenstößen. Die Schupo, die Schutztruppe des Reichsbanner, kam mit den Nazis in Konflikt und es dauerte nicht lange, da war auch die „republikanische“ Polizei dabei. Der Nonce Ufert hielt es für angebracht, die Arbeiter zu ermahnen, daß sie zu Hause gehen sollten, da es doch „Unsere Polizei“ wäre. Aber diese „Unsere Polizei“ nahm die von uns bezahlten Gummimäppel und hieb auf die Schupo ein, um so offensichtlich und für jeden Arbeiter verständlich zu zeigen, daß es nicht „Unsere Polizei“, sondern die Polizei der braunen Mordpest ist. Die „Volkzeitung“ aber schwieg über diese Betätigung „Unsere Polizei“, sie weiß warum.



# 120 000 Traktoren — 18 Millionen Hektar Saatfläche

## Aufruf der Genossen Stalin und Molotow an die werktätigen Massen der Sowjetunion zur bolschewistischen Frühjahrssaat

Moskau, 24. Januar. In einem vom Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Genossen Molotow und dem Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen Stalin, unterzeichneten Aufruf an alle Partei-, Sowjetwirtschafts-, Genossenschafts-, Kollektivwirtschafts- und KZB-Organisationen über die Kontrahierung der Frühjahrssaat 1931 heißt es:

Die Ueberholung der Voranschläge des Fünfjahrplans in den verflochtenen zwei Jahren, insbesondere in der Schwerindustrie und im Landmaschinenbau, gewährt der Sowjetmacht die Möglichkeit, im dritten Jahre des Fünfjahrplans die Kapitalanlagen in der Landwirtschaft gegenüber den vergangenen Jahren noch weiter zu erhöhen und somit die staatliche Unterstützung des Dorfes zur Kollektivierung der armen und Mittelbauernwirtschaften und zur Durchführung der Aufgabe der Liquidierung des Kulakentums als Klasse zu verstärken. Demgemäß und in Anbetracht der bevorstehenden Kampagne zur Kontrahierung der Frühjahrssaat erachtet es der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion und das ZK der KPdSU für notwendig, folgende staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft durchzuführen:

Im Laufe 1931 der Landwirtschaft 120 000 Traktoren im Gesamtwerte von 200 Millionen Rubel zur Verfügung zu stellen; 1040 neue Maschinen- und Traktorenstationen neben den bisherigen 360 zu schaffen, die eine Frühjahrssaat von 18 Millionen Hektar auf 4 Millionen Hektar im Vorjahre gewährleisten sollen; für den Bau dieser Stationen 540 Millionen Rubel aufwenden; die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen zu verdoppeln, indem solche Maschinen zu einem Gesamtwert von 768 Millionen Rubel bereitgestellt werden gegen 400 Millionen Rubel im Vorjahre, wobei bereits im Frühjahr Maschinen im Werte von 370 Millionen Rubel an die Landwirtschaft geliefert werden sollen. 7 000 Automobile, darunter mindestens 2000 für Maschinen- und Traktorenstationen, sollen der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Es sollen ferner 24 Millionen Zentner mineralische

Düngemittel im Werte von 105 Millionen Rubel aufgebracht werden. 40 Millionen Rubel sind zur Bekämpfung der Insekten vorgezogen gegenüber 18 Millionen im Vorjahre. Zwecks Erhöhung des Ernteertrages der Kollektivwirtschaften sollen 21 Millionen Zentner selektiertes Saatgut bereitgestellt werden. Für die Kollektivwirtschaften, Maschinen- und Traktorenstationen werden 1050 Millionen Rubel im Rahmen des Staatsetats als langfristige Kredite bewilligt. Neben den erwähnten Maßnahmen soll der Staatsbank die Verpflichtung auferlegt werden, als Borschüsse für kontrahierte Saat insgesamt 335 Millionen Rubel bereitzustellen.

Alle diese Aufwendungen sollen den enormen Ausbau der technischen Ausrüstungen auf der materiellen Basis der wachsenden Kollektivwirtschaftsbewegung gewährleisten und somit die Rohstoff- und Rechnungsmittelquellen des Landes erweitern. Ferner wird eine Anzahl Maßnahmen genannt, die vom Ackerbau- und Belieferungs-

kommissariat zur Kontrahierung verschiedener Frühjahrssaaten getroffen werden sollen. Der Rat der Volkskommissare der UdSSR, und das ZK der KPdSU, fordern alle Partei-, Sowjetwirtschafts-, Genossenschafts-, Kollektivwirtschafts- und KZB-Organisationen auf, auf bolschewistische Art die Kontrahierung der Frühjahrssaaten in Angriff zu nehmen, ihre Kräfte zu mobilisieren und den Arbeiter- und Bauernmassen die Bedeutung der von der Sowjetmacht getroffenen Maßnahmen zur technischen Neuausrüstung und Kollektivierung der Bauernwirtschaften klarzumachen, zum neuen Aufstieg der Kollektivwirtschaftsbewegung der Millionenmassen des Dorfes die Führung zu übernehmen und somit entscheidende Erfolge bei der Liquidierung des Kulakentums als Klasse sowie bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes zu gewährleisten.

Der Rote Bannerorden der Arbeit

## dem leninistischen Komjomol

Moskau, 24. Januar. Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion beschloß, dem Kommunistischen Jugendverband der Sowjetunion in Anerkennung seiner Initiative in der Stößbrigadenbewegung und im sozialistischen Wettbewerb, die die erfolgreiche Durchführung des Fünfjahrplanes gewährleisten, den Roten Bannerorden der Arbeit zu verleihen.

# Hundert Jahre Kampforgan der Negerarbeiter

## „Liberator“, die Zeitung der „Kampfliga für Negerrechte“

Am 26. Januar feiern die Negerarbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika das hundertjährige Weite ihres Kampforgans „Liberator“ („Befreier“). Der „Liberator“ ist das Organ der revolutionären Negerorganisation „League of Struggle for Negro Rights“ („Kampfliga für Negerrechte“).

Das Blatt ist zum ersten Male am 26. Januar 1831 erschienen. Es wurde gegründet von William Lloyd Garrison, einem der bedeutendsten Vorläufer der Negerbefreiung, als Organ der Antisklavereibewegung.

Heute ist es das offizielle Organ der „Kampfliga für Negerrechte“, der Klassenkampforganisation der farbigen Arbeiterschaft, die den hundertjährigen Geburtstag dieses Blattes mit einer großen Kundgebung begehen wird.

Am 26. Januar wird in New York ein großes Meeting stattfinden. Als Redner sind vorgezogen Richard

W. Moor, Mitglied des Landeskomitees der „Kampfliga für Negerrechte“, Genosse William J. Foster, der Führer der „Liga für Gewerkschaftseinheit“ und Herbert Brown, einer der Verteidiger der mit dem elektrischen Stuhl bedrohten Organisatoren einer Anti-Lynch-Kundgebung in Atlanta (Georgien).

Die Redaktion der „Roten Fahne“ sandte dem revolutionären Negerorgan anlässlich seines hundertjährigen Bestehens das folgende Begrüßungstelegramm:

„Redaktion „Liberator“ 799 Broadway, Room 338 in New York. Die Redaktion der „Roten Fahne“ erbietet dem revolutionären Klassenorgan der amerikanischen Negerarbeiter zu seinem hundertsten Geburtstag beglückwünscht. Wir sind uns bewußt der engen Verbundenheit des Befreiungskampfes der Negerarbeiter mit unserem Kampf, mit dem Kampf des gesamten Weltproletariats ohne Unterschied der Rasse. Die Befreiung der Negerarbeiter ist ein Teil des großen Freiheitskampfes der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Redaktion „Rote Fahne“.

## Die Sowjetunion verstärkt ihre Getreideausfuhr

### Der inländische Bedarf bei weitem gedeckt

Die Moskauer „Ökonomische Tageszeitung „Ekonomitscheskaja Schisn“ („Wirtschaftsleben“) veröffentlicht einen bemerkenswerten Artikel des stellvertretenden Volkskommissars für Versorgung, Genossen Tschernow, über das Getreideproblem in der Sowjetunion.

Genosse Tschernow bemerkt, daß die bis zum 1. Januar bereitgestellte Getreidemenge 45,8 Prozent mehr beträgt, als die Getreideeinfuhr in dem entsprechenden Zeitabschnitt der vorjährigen Bereitstellungs-kampagne. Von der bereitgestellten Getreidemenge entfallen zwei Drittel auf die Lebensmittelkulturen, deren Bereitstellungen diejenigen des Vorjahres um 67,6 Prozent übersteigen und zwar bei Roggen um 48,5 Prozent und bei Weizen um 81,3 Prozent. Die Bereitstellungen von Getreide würden im Endergebnis die Vorkriegsanfänge um 5 Prozent übertreffen.

Die starke Steigerung der Getreidebereitstellungen und zwar vor allem die erhebliche Zunahme der Anfänge von Lebensmittelkulturen ermöglichte es der Sowjetregierung, nicht nur den laufenden Bedarf des Landes zu decken, sondern auch an eine Wiederaufnahme des Getreideexports in großem Umfange heranzugehen.

## Keinen Pfennig für die faschistische Diktatur!

### Rühmes Auftreten der Kommunisten in Pilsudskis Parlament

Warschau, 24. Januar. Bei der ersten Abstimmung über den Budget-Kredit im polnischen Sejm sprach das Mitglied der kommunistischen Sejmfraktion, Rozek, über die zwangsweise Steuerentziehung.

Rozek erklärte namens der Arbeiter- und Bauernmassen Polens, der Westukraine und Westweißrusslands, daß die werktätigen Massen keinen Pfennig für die Unterstützung der faschistischen Diktatur für den blutigen Terror, für die Folterung der politischen Gefangenen, für die „Befriedung“ der Westukraine und für die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion her-

geben werden. Die Arbeiter und Bauern verjagen aus den Städten und Dörfern die Gerichtsvollzieher, die ihnen die letzte Kuh und den letzten Hock nehmen.

Auf Zurufe von Mitgliedern des „Parteilosen Blocks“ erklärte Rozek, daß die Sowjetunion das einzige Land der Welt ist, in dem die Arbeitslosigkeit reiflos liquidiert ist, in dem man keine Krise kennt, in dem der Wohlstand die Kultur und die Freiheit der werktätigen Massen mit jedem Tage wachsen. Die polnischen Arbeiter und Bauern werden dem Proletariat der Sowjetunion folgen.

Alle Bemühungen der Sozialfaschisten, unter dem Deckmantel heuchlerischer oppositioneller Phrasen die Arbeiter- und Bauernmassen vom revolutionären Kampfe abzulenken, werden erfolglos bleiben. Die überwältigende Mehrheit der Unterdrückten schließt sich unter den Fahnen des Kommunismus zum Kampfe für Sowjetpolen zusammen.

Nach diesen Worten entzog der Sejmvorsitzende Rozek das Wort.

# Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

19. Fortsetzung

Die Lichter der Autos spalten die Finsternis wie Keile, die fünf Wagen rasten wie vom Teufel gejagt hintereinander her.

„Serrlich, wir machen Rentopp in Wirklichkeit!“ rief grinsend Kuroiwa seinen Leuten zu, die vor Aufregung bleich waren.

„Die da vorne haben scheint's schon bemerkt, daß wir hinter ihnen her sind,“ sagte die Brille, die neben dem Chauffeur saß. Die Leute, die unter strenger Kontrolle der Streifenwachen in dieses Abenteuer gingen, trugen eine schwere Verantwortung.

Der Lastwagen fuhr über einen Eisenbahnübergang. Das kam unerwartet. Nach ihren Informationen sollte das Ziel der Wagen die Mühlenfabrik von Ztabachi sein. Doch dann hätten sie rechts von den Schienen abbiegen und nicht über die Bahnhütte fahren müssen.

„So, so, es scheint, sie wollen uns täuschen.“

Ohne abzustoppen rasten die beiden Autos hinterher. Die Fahrer von Ztabachi lagen hinter ihnen. Die Wagen fuhren jetzt auf der Landstraße zwischen Wasserfeldern\* — fünf Minuten — neben Minuten. Nur zur Rechten sah man den Lichtschimmer der Vorstadt Ztabachi.

„Wohin sie wohl fahren?“

Im kalten Nachtwind und in der Erwartung des Kampfes strafften sich die Körper der Männer.

„Sie fahren um die Ecke. Die Bande will einen Umweg machen.“ schrie die Brille. Kuroiwa steckte seinen Kopf aus dem Wagen.

„Ausgezeichnet, überholt sie!“ brüllte er, den ganzen Mund voll Wind.

„Achtung!“ wurde nach hinten beschrien; die Gelegenheit darf man nicht versäumen, dachte die Brille.

„Jetzt muß ich meinen Spielzeugrevolver arbeiten lassen!“ der Mann mit dem fahlen Schädel im ersten Wagen zog sich die Jade aus. Seinem bösen, gespannten Gesicht mußte jeder glauben, daß der Revolver echt sei.

Die Motoren liefen mit Vollgas, die Maschinen zitterten vor Schnelligkeit, unter den Rädern sprangen kleine Kiesel in die Luft.

20 Meter — 16 Meter — 10 Meter. Auf der ausgefahrenen Landstraße stießen und sprangen die Wagen; jeden Augenblick konnte es eine Panne geben.

„Kinder, wir kommen!“ Der Wind riß die Stimme in die Finsternis.

Sechs Meter — zwei Meter — sie waren vorbei, beide Wagen bremsen hart ab, die ganze Straßenbreite verstopfend — „halt!“

Der Mann mit dem rasierten Schädel sprang vom ersten Wagen, lief an den Führer des feindlichen Autos und zielte mit dem Revolver auf die Leute. Im selben Augenblick erhielt er einen Schlag auf den Arm, der sofort gefühllos wurde und herabfiel. Aber die Wagen der Feinde hielten.

„Halunke...!“ Kuroiwa sprang auf den Lastwagen und umschlang den Mann mit dem Knüppel. Der Lastwagen, der einen Zusammenstoß mit den andern Wagen hatte vermeiden wollen, war mit einem Rad auf das weiche Feld geraten und stand ganz schief; er war in der Dunkelheit in dem überschwemmten Boden festgefahren. Vier Männer sprangen von den Autos der Gesellschaft. Sie hatten Knüppel und Dolche und rangen mit den andern auf den Wasserfeldern.

„Vorsichtig, nicht so aufgeregte“, rief die Brille den Genossen zu.

Die großen Lampen der Automobile strahlten nach allen Richtungen und beleuchteten hin und wieder die Gesichter der Kämpfenden.

„Steigt aus, schnell, schnell“, rief der mit dem ausgerasteten Schädel den ängstlichen Lehrlingen zu. Die Genossen waren in einer schlechten Lage. Die Feinde waren alle bewaffnet, Kuroiwa konnte deshalb nicht an seinen Gegner herankommen und wurde auf dem Felde herumgejagt.

„Schnur!“ Er glitt nieder, nahm eine Handvoll Erde und Steine und warf sie dem Mann ins Gesicht, aber in der Dunkel-

heit verfehlte er sein Ziel, der Bursche hob dicht über ihm das Messer.

„Gefahr!“

Die Brille kam heran und warf, weil es nicht schnell genug ging, seinen Knüppel auf den Messerhelden, der mit dem Kopf auswich und so dem unter ihm liegenden Kuroiwa ein Ziel bot. Der traf ihn mit einem Stein mitten ins Gesicht.

„Umstellt sie!“ brüllte die Brille. Auf den jumpfgen Lehrlern zitterte die Finsternis wie Wassergras im Meer.

Die Kieselsteine flogen, — die Steine waren immer unsere beste Waffe. Die Lehrlinge schossen mit den Kieselsteinen Deckungsfeuer. Die Feinde waren Stroiche, gewerbsmäßige Bösewichte, aber die Unseren waren ihnen überlegen.

Da blickte ein Feuerchein in der Dunkelheit auf.

„Lump!“

Kuroiwa sprang von hinten dem Stroich auf den Rücken. Einer wälzte sich am Boden. Es roch nach Pulver.

„Hör auf!“ schrie die Brille und zog Kuroiwa hoch, die Sirenen der Autos brüllten durch die Nacht. Die Mannschaft der zwei Autos quetschte sich mit den Lehrlingen in die Wagen ihre Augen waren blutunterlaufen.

„Scheiße!“

Einer der Komdys erhob sich mit letzter Anstrengung. In diesem Augenblick legten sich die Autos in Bewegung.

Wäng — ein scharfer Knall zerschchnitt die Finsternis.

„Oh!“

Die Brille schrie auf und fiel in den eben ansahrenden Wagen. Im Licht der Schlußlampe schwebte der gelbe Rauch eines Schusses.

Finsternis.

Zwei Autos verschwanden wie der schnelle Wind.

Die Masken ab

1. Stadtvorordnete

Müde — ach, so müde war Hagimura, daß er nicht mehr vernünftig zu denken vermochte, obwohl er sich Mühe gab, seine Gedanken zusammenzufassen. Er legte seinen Kopf in die weichen Gräber, die schon gelb wurden, sie waren weich wie die Haishaare der Hunde aus Nordland. Seine Gedanken waren stumpf und matt.

(Fortsetzung folgt)

\* Die Reisfelder werden im Frühjahr überflutet.



# Breslau

## Fünf Pfennig tägliche Unterstützung

Der Arbeiter Richard Danke, der verheiratet ist, erhält eine monatliche Wohlfahrtsunterstützung von 22 Mark. Die Miete in Höhe von 20 Mark wird einbehalten, so daß er pro Tag fünf und siebenzig Pfennig (5 7/10) Deutsche Reichspfennig, also für die ganze Woche 30 Pfennig Unterstützung erhält. Dieser Betrag wird wegen seiner Verdinglichung nicht wöchentlich ausbezahlt. Sowohl die Tatfachen. Es ist eine Verhöhnung des Erwerbslosen, ihm zu akkumulieren, von fünf Pfennig täglich mit der Familie zu leben. Man will aller Wahrscheinlichkeit nach den Betroffenen zwingen, auf kriminelle Art und Weise seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, um dann wieder von dem anwachsenden Verbrechertum unter den Erwerbslosen sprechen zu können.

Erwerbslose, der neue Unterstützungskraus gewinnt greifbare Gehalt. Daraus zur Abwehr! Schließt sich zusammen in der A.O.D. und kämpft gemeinsam, Erwerbslose und Betriebsarbeiter, gegen dieses System.

## Zwei Schupos vernichteten Brünning

A. R. Am Mittwoch erlebte das Odertor eine kleine Sensation. Mehrere Erwerbslose bauten aus Schnee den „besten“ Brünning, auf einer Bank sitzend, im Waldchen an der Rosenthaler Straße, auf. Ganz naturgetreu sah er da, bestaunt und belacht von allen Vorübergehenden. Es bestand hier keine Gefahr vor Gummihüpfelkugeln. Den Kopf zierte ein echter Zylinder, an dem eine Todesannonce, schwarz umrandet, mit seinem Namen angeheftet war. Das kleine Kunstwerk bildete bald ein Stadtgespräch im Odertor, und der Kreis der Besucher wurde immer größer. Zutrittstränke nahen da zwei Pläne und zerstückten Brünning unter dem Gelächter der Zuschauer.

## Die „Volkswacht“ lügt

Am Donnerstag veröffentlichte die „Volkswacht“ eine geradezu lächerliche Notiz über eine angebliche kommunistische Pötte im niederschlesischen Bergbau. In dieser Notiz wurde die noch bildere Behauptung aufgestellt, daß unter Genosse, der Reichstagsabgeordnete Beder, monatlich 600 Mark Diktien und das Parteisekretärgehalt erhält. Die „Volkswacht“ entnimmt diese Behauptung der in Waldenburg erscheinenden sozialdemokratischen „Bergwacht“. Da wir dazu bereits einmal Stellung genommen haben, begnügen wir uns mit folgender Feststellung: Der Genosse Beder bezieht nicht neben seinen Diktien noch ein Parteisekretärgehalt. Auch von den Diktien selbst führt er einen Teil an die Partei ab, so daß ihm eben nur ein Gehalt bleibt. In der Sozialdemokratischen Partei ist es bekanntlich anders. Dort beziehen die Abgeordneten neben ihren vollen Diktien auch noch Gehälter.

## Marxistische Arbeiterschule

- Montag, den 26. Januar, 20 Uhr, Funktionärsführung im Lokal bei Fritz Müller, Gellhornstraße 27.
- Dienstag, den 27. Januar, 20 Uhr, Esperanto Kursus bei Hahn, Werderstraße 37.
- Dienstag, den 27. Januar, 20 Uhr, „Deutsche Wirtschaft und Politik“. Referent Genosse Reimann. Zentralbauaal, Westendstraße.
- Mittwoch, den 28. Januar, 20 Uhr, beginnt der Stenographienkurs für Reichstagschrift zu dem sich Teilnehmer melden können. Leitung: Herr Müller, Werderstraße. Anmeldungen für diesen Kursus sind zu richten an Rud. Fochler, Martstraße 15.
- Donnerstag, den 29. Januar, 20 Uhr, „Die politischen Grundlehren des Marxismus“, Zentralbauaal, Westendstraße.
- Freitag, den 30. Januar, Führung: „Observatorium Krieten“. — Näheres wird noch bekanntgegeben.

## Naturwissenschaftliche Vorträge

Der „Verein der Freunde des Zoologischen Gartens“ veranstaltet eine Reihe von Lichtbildervorträgen im Kleinen Saal des Breslauer Konzerthauses, Gartenstraße 39-41. Die Vorträge finden jeweils um 20,15 Uhr statt. Der Zyklus beginnt mit folgenden Vorträgen: Mittwoch, den 28. Januar: „Welche Eigenschaften vererben sich bei Mensch und Tier?“ Sonntag, den 1. Februar, „Erziehung der Jugend zum Naturverständnis.“ Sonntag, den 8. Februar, „Tiere als Überträger von Krankheiten.“ Mittwoch, den 11. Februar, „Vogelblumen und Blütenvögel.“ Eintritt für Nichtmitglieder 50 und für Mitglieder 20 Pfennig.

## Filmvortrag für Frauen im Westen

Heute, um 20 Uhr, findet bei O. H. R. Leuthenstraße 62, ein Filmvortrag statt, zu dem alle werktätigen Frauen aus dem Westen eingeladen sind.

**Achtung! Mieterkampfausschüsse!** Am Mittwoch, dem 28. Januar, um 20 Uhr, findet bei Arndt, Malergasse, eine Sitzung der Breslauer Mieterkampfausschüsse unter Einziehung von Vertretern des Erwerbslosenausschusses statt. Wir fordern alle in Frage kommenden Kollegen auf, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

**Arbeiterphotographen!** Am Montag findet ein Lehrgang in Bildretusche bei Wittner, Frankfurter Straße 139, 4. Etage, statt.

**A. B. D. Nord.** Dienstag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung, „Stadt Waterloo“, Celsnerstraße.

**Musikgruppe der „Jfa“.** Probe am heutigen Montag, „Gambriusstraße“, Lange Gasse, pünktlich 20 Uhr.

## Hallo! Hallo!

Am Tag des internationalen Arbeiter-Theaters spielen:

## Fanal

## Rote Sturmfluten als Gast

## Die Trommler

Arbeiterportier, Freudenler, Mitglieder proletarischer Organisationen

## Eure Solidarität dem politischen Kampftheater!

Auf, zum Massenbesuch, am 30. Januar, 20 Uhr, im Schießwerder. Volkarbeiter 35 Pfennig, Erwerbslose 35 Pfennig.

## Der Ruf an die Handelshilfsarbeiter:

# Nicht still verrecken, sondern kämpfen!

Sind etwa 27 Mark bei 56 Stunden Arbeit zuviel?

Ein Betriebsrat aus der Reihe der Handelshilfsarbeiter schreibt uns zu dem sechsprozentigen Lohnraub: „Den Breslauer Hausdienern und Ausfühern wurde vorgestern folgender „Schrieb“ zur Unterschrift vorgelegt: In den Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften wegen Ausgestaltung des Lohntarifvertrages für die Handelshilfsarbeiter ist ein Schiedspruch nicht zustande gekommen, der unter anderem die Löhne um 6 Prozent für die Handelshilfsarbeiter gesenkt wissen will. Ein neuer Lohntarifvertrag ist jedoch nicht zustande gekommen.“

Auf Grund eines Beschlusses unseres Arbeitgeberverbandes kündigen wir Ihnen hiermit vorsorglich das Arbeitsverhältnis mit Frist von 14 Tagen und schlagen Ihnen gleichzeitig den Neuaufschluß eines Arbeitsverhältnisses von heute in 14 Tagen ab mit einem um 6 Prozent gesenkten Lohn vor.

Wir bitten Sie, uns Ihr Einverständnis mit diesem Vorschlag umgehend mitzuteilen. Breslau, den 23. Januar 1931. Name der Firma ..... Mit Vorstehendem bin ich einverstanden (folgt Name des Arbeiters).

Diesen komischen Schrieb kann nur ein Amtsgerichtsrat Paul, ein Syndikus Ehrlich und der Vorsitzende Jacob Comberb ausgeheckt haben. Drei internationale Finanzgiganten, denen die Bres-

lauer Kaufleute auf den Leim getreten sind. Herr Comberb, der Inhaber der Wach- und Schließgesellschaft und brutaler Lohnbrüder auf die Breslauer Arbeitererschaft, wird von Leinen auf etwa 16 Millionen eingekauft, die er sich in der Zeit von acht und zwanzig Jahren aus den Knochen seiner sogenannten „Untergebenen“ geschöpft hat. Wahrscheinlich soll durch bezerrigte Manipulationen das Vermögen verdoppelt werden. Der Transportarbeiter dagegen geht mit einem

Nettoverdienst von 27 Mark bei 56stündiger Arbeitszeit nach Hause. Ein Trinkgeld nur, denn Lohn kann man diese eferden Bettelpfennige nicht nennen. Bedenkt man nun, daß die Miete im Oktober 1929, April, Juli und November 1930 gesteigert wurde und zum April 1931 weiter steigt, daß der Bräunliche Negersteuerdieb, Stahl zur Hälfte vollzogen ist, daß das Krankengeld um 15 Prozent gekürzt wurde, daß für Kranken- und Arzneischeln je 50 Pfennig zu schlechtere sind, daß Straßenbahnpreis und tausenderlei Sachen sich verschlechtert haben, dann raten wir der Breslauer Kaufmannschaft, die Hände aus diesem erbärmlichen Spiel zu lassen. Der Kaufmann lebt von un- der arbeitenden Bevölkerung. Will er es haben, muß er wer der Arbeitererschaft den Lebensnerd abschneidet, wird selbst schnell zugrunde gehen. Wenn die freie Gewerkschaft versagt, dann lauzet der Kampf der A.O.D.: Nicht still verrecken, sondern kämpfen!

# Städtische Arbeiter, wehret euch!

Am Sonnabend teilten wir mit, daß zur Sanierung der städtischen Finanzen u. a. eine Verkürzung der Arbeitszeit bei den städtischen Arbeitern von 48 auf 44 Stunden stattfinden soll. Es haben bereits Verhandlungen zwischen Vertretern des Magistrats und der Gewerkschaftsbürokratie stattgefunden. Im Prinzip sind Buchner, Blant und Senf mit einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich einverstanden. Es wäre also töricht zu hoffen, daß sie auch nur etwas zur Organisierung eines Abwehrkampfes tun könnten. Wenn die Verhandlungen noch nicht zu einem endgültigen Abschluß gekommen sind, so nur deshalb, weil die Herren die Empörung und den Widerstand der Arbeiter befürchten.

Die Forderung der Arbeiter muß lauten: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich! Einstellung von Erwerbslosen in die städtischen Betriebe. Es ist klar, daß man ohne Kampf diese Forderung nicht durchsetzen kann. Diesen Kampf organisieren und führen kann nur die A.O.D. Deswegen, städtische Arbeiter, schlägt Alarm in den Betrieben! Wehret euch! Bereiten die Komplanstischsel Fragt nicht danach, ob der eine partellos, der andere Sozialdemokrat, der Dritte Christ und Vierte Kommunist ist. Fragt nur danach, ob die Kollegen bereit sind, Schulter an Schulter den Abwehrkampf aufzunehmen. Kollegen, mobilisiert und vorwärts!

# Doch Diktatur über Breslau?

Wir veröffentlichten am Donnerstag eine Mitteilung über die Besprechungen, die zwischen dem Vertreter des preussischen Innenministers, von Leyden, und den Vertretern des Breslauer Magistrats und Fraktionsführern stattfand. In diese Besprechung wurde von einer bestimmten mit engem Horizont begrenzten Seite Hoffnungen auf Hilfe seitens des Reiches geknüpft. Sehr bald stellte es sich aber heraus, daß diese Hoffnung keinerlei Verachtung hat. In einer amtlichen Kundgebung des Preussischen Innenministeriums wird zu den schwebenden Fragen u. a. mitgeteilt, daß es sich zunächst nicht um Verfügungen der Staatskommissare handelt, sondern um Vorschläge zur Deckung des rund zwölf Millionen Mark betragenden Fehlbetrags im städtischen Etat, die zurzeit im Ministerium des Innern beraten werden und dem Minister zur Entscheidung vorliegen. Ein „offener Widerstand“ der städtischen

Körperschaften sei nicht zu erwarten, da in der Besprechung am 20 dieses Monats zwischen Ministerialdirektor von Leyden und Oberbürgermeister Ta polski und den Vorsitzenden der Magistrats- und Stadterverordnetenfraktionen bei diesen der beste Wille bestehe, die Vorschläge zu behandeln. Es handle sich also nicht um eine Auslösung der Selbstverwaltung der Stadt Breslau, sondern allein darum, daß Vorschläge für die Bilanzierung des Etats von 1931 den städtischen Körperschaften zur Beschlussfassung zugehen werden. Es wird ihnen dann

vollkommen freistehen, ob sie die Vorschläge des Ministeriums annehmen oder ob sie zur Ausbalancierung des Etats andere Wege gehen wollen.

Man sagt also, die Diktatur über Breslau sei nicht beabsichtigt, Breslau habe die

Freiheit, zu wählen, wie es am besten seine werktätige Bevölkerung dem endgültigen Hungertode und dem Mittelstand dem Ruin entgegenführt.

„Nur“ wenn der Magistrat und die Stadterordnetenversammlung sich weigern sollten, die Steuern noch mehr als bisher zu erhöhen und sonstige „Sparmaßnahmen“ durchzuführen, wird diese Maßnahme auf dem Verordnungswege durchgeführt... Die 12 Millionen müssen gedeckt werden. Da man die Millionäre nicht besteuern will und die Nielsengehälter der Spitzenbeamten für angemessen hält, wird man eben die Löhne der städtischen Arbeiter, die Wohlfahrtshilfsunterstützung kürzen und die auf den Schultern der Arbeiter, der Gewerbetreibenden und Geschäftleute liegenden Steuern noch weiter erhöhen. Diese Perspektive gilt es zu sehen und rechtzeitig den Abwehrkampf zu organisieren.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schmeidler, Berlin; für den literarischen Teil: Ernst Hoffmeier, M. B. L., Breslau. — Die Inserate: Wari Pansdorf, Breslau

## Arbeiter-Mandolinisten, vereinigt euch!

Die Gauleitung des D.A.M.V. veröffentlicht folgenden Aufruf: „Es ist eine Tatsache, daß sich der Deutsche Arbeiter-Mandolinisten- und Gitarren-Bund in Schließ sehr schwer durchdringen kann, während in anderen Teilen des Deutschen Reiches längst große Gänge in der gleichen Zeit entstanden sind. Auf der anderen Seite ist der schließliche Bau des bürgerlichen Bundes ein gutes Glied seiner angeblich neutralen Organisation. Die Mandolinisten- und Gitarrenspieler stehen den Organisationen gleichgültig gegenüber. Wohl gibt es diese Saumseligkeit auch bei den Sängern und Sportlern, doch in den Mandolinistenvereinen Schließens sieht es in dieser Beziehung sehr taurig aus. Der D.A.M.V. hat es im Deutschen Reich bereits auf 6000 Mitglieder gebracht. Diese Mitglieder wissen, daß sie nur als Arbeiter in einem Bunde Mitglieder sind, welcher alle Tätigkeit in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt hat. Gerade die Musik ist imstande, geistig auf die Auszubehenden und Hörenden einzuwirken. Es kommt nicht darauf an, daß überhaupt musiziert wird, sondern daß dieses Musizieren die Arbeiter bildet, sie geistig hart macht, um so als Arbeiter der Arbeitererschaft zu dienen. Neben der Pflege der Musik müssen wir uns der Erhaltung unseres Lebens widmen und unterscheiden uns darin von den bürgerlichen Verbänden, die mit ihrer Musikpflege die Gegensätze ausgleichen möchten. Wäge dieses den Arbeitern in den vielen bürgerlichen und wilden Mandolinistenvereinen genügen, daß sie es sich schnellstens überlegen und mit oder ohne den ganzen Verein zum Deutschen Arbeiter-Mandolinisten-Bund übertreten Arbeiter-Mandolinisten, vereinigt euch!“

Anmerkung der Redaktion: Es genügt nicht, daß man sich vereinigt, nur der Vereinigung wegen. Man muß sich vereinigen, um dem Klassenkampf besser dienen zu können. Es muß festgestellt werden, daß in den unter sozialdemokratischer Führung stehenden Musik- und ähnlichen Vereinen von Klassenkampfempfinden keine Spur zu finden ist, vom aktiven Eingreifen in den Klassenkampf des Tages gar nicht zu reden. Arbeiter-Mandolinisten, kurze Lösung sei: Wir sind rot und kämpfen in der roten Front!

**Verfälschter Ueberfall.** Am gestrigen Sonntag, gegen 1 Uhr, wurde ein Kapellmeister, der in Morgenau beruflich tätig war, auf dem Heimwege nach der Stadt, am Weidendam von einem fremden Mann, der ihn überholte, mit beiden Fäusten ins Gesicht geschlagen. Der Ueberfallene stürzte und war kurze Zeit bewusstlos. Der Täter ist entkommen. Es scheint ein Raubakt oder eine Verwechslung vorzuliegen.

## Aus der Partei

An alle Ortsgruppen! Diejenigen Ortsgruppen, die bis Mittwoch, den 26. Januar, nicht den Fragebogen der Literaturvertriebsstelle ausgefüllt eingekandt haben, werden nach einem besonderen Schlüssel mit Literatur versorgt. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Ortsgruppen sofort den Fragebogen einschicken. Bezirksliteraturvertriebsstelle.

**Ganz Breslau** spricht von den neuen **23 Sensationen** des **Circus Königs**: u. a.

<b>5 Albertys</b> Der Weltmeister der Dampfeure	<b>6 Lumenleids</b> Die souveränen Luft Gymnastiker
--	--

**Riesen-Circus GLEICH**  
Breslau, Circus-Busch-Gebäude  
Nur noch bis Sonnabend, den 31. Januar

**Wir suchen tüchtige Anzeigenvertreter**  
bei guter Verdienstmöglichkeit. Es kommen nur Vertreter in Frage, welche für eine intensive Werbearbeit Gewähr bieten.

Angebote an die Anzeigen-Expedition für die Arbeiter-Pressen B. m. B. H. Berlin SW 48, Wilhelmstraße 20

**Beerdigungsanstalt C. Heymann**  
Bestattungs- und Feuerbestattung  
Ueberführung und Feuerbestattung  
Klosterstraße 97 — Zweigeschäft Gräb- schener Straße 87 — Telephon 587 47

# Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad